



15. Jg. Heft 2/2006

femina politica

Zeitschrift für feministische
Politik-Wissenschaft

Geschlecht
in der politischen
Kommunikation

femina politica e.V.



Geschlecht in der politischen Kommunikation

Inhalt

Editorial	7
Schwerpunkt: Geschlecht in der politischen Kommunikation	9
Gabriele Abels, Jutta Bieringer Geschlecht in der politischen Kommunikation. Einleitung	9
Barbara Holland-Cunz Sprechen und Schweigen in der Demokratie: Ideale politischer Kommunikation und mediatisierte „Massendemokratien“	21
Margreth Lünenborg Zwischen Boulevard und Polit-Talk: Doing Gender im politischen Journalismus	33
Karen Ross Tricky Relations: Exploring the Intersections of Gender, Politics and News	47
Sylka Scholz Von „RüpelIn“ und „Testosteronbomben“ und einem „Engel ... der über Leichen geht“: Mediale Geschlechterkonstruktionen im Wahlkampf 2005	56
Ina E. Bieber Plötzlich ganz wichtig: Frauen im Mittelpunkt wahlkampfstrategischer Überlegungen	67
Gabriele Winker, Tanja Carstensen Der Internet-Hype ist vorbei – was ist geblieben? Auf der Suche nach feministischen Gegenöffentlichkeiten	79
Cilja Harders, Franka Hesse Partizipation und Geschlecht in der deutschen Blogosphäre Weblogs: ein neues Medienformat im Netz	90
Tagespolitik	102
Silke Bothfeld Das Elterngeld – Einige Anmerkungen zum Unbehagen mit der Neuregelung	102
Joyce Marie Mushaben Nomen et omen: Reframing the sogenannter-Ehrenmord Discourse in Europe	107
Eva Voß Forschung, Fortbildung und Förderung Zum 30-jährigen Bestehen des UN-Frauenforschungsinstituts INSTRAW	113
„Wir wollen, dass das bolivianische Volk regiert“. Interview mit Silvia Lazarte, Präsidentin der verfassungsgebenden Versammlung	117

Inhalt	5
Neues aus Lehre und Forschung	122
Kurzmitteilungen	122
Petra Ahrens, Sandra Lewalter Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen – Was lange währt, wird endlich gut?	124
Irina Michalowitz Die European Platform of Women Scientists: Interessenvermittlung für Wissenschaftlerinnen	128
Aktivitäten des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ in der DVPW	132
Bericht des Sprecherinnenrates	132
Annette Henninger Bericht aus dem Ständigen Ausschuss für Fragen der Frauenförderung (StAFF) der DVPW	135
Gabriele Abels Manches besser, aber nicht alles gut: 1. Gender Monitoring der DVPW	136
Rezensionen	139
Beate Rosenzweig Friederike Kuster: Rousseau: Die Konstitution des Privaten. Zur Genese der bürgerlichen Familie	139
Stefanie Janczyk Ingrid Kurz-Scherf u.a. (Hg.): Reader feministische Politik & Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart	141
Alexandra Scheele Cilja Harders u.a. (Hg.): Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften	143
Birgit Riegraf Heike Kahlert u.a. (Hg.): Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen	146
Nina Schuster Sabine Hark: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus	148
Delia Schindler Dagmar Vinz: Zeiten der Nachhaltigkeit: Perspektiven für eine ökologische und geschlechtergerechte Zeitpolitik	150

Claudia Kretschmann Sammelrezension: Migration und Geschlecht	152
Anneli Rüling Silke Bothfeld: Vom Erziehungsurlaub zur Elternzeit. Politisches Lernen im Reformprozess	155
Maria S. Rerrich Claudia Gather u.a.: Vergeben und vergessen? Gebäudereinigung im Spannungsfeld zwischen kommunalen Diensten und Privatisierung	157
Tagungsberichte	160
Barbara Fersch Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft – Forschung im Dialog. Tagung vom 28. bis 29. April 2006 in Dortmund	160
Susanne Heyn Re-Visionen der Zukunft: Perspektiven der Geschlechterforschung. Internationaler Kongress vom 4. bis 6. Mai 2006 an der Technischen Universität Braunschweig	162
Gabriele Jöck Frauen gestalten den gesellschaftlichen Wandel – 80 Jahre Deutscher Akademikerinnenbund. Tagung am 11. Mai 2006 in Dresden	165
Farah Lenser, Zeycan Yesilkaya Gender Research & Networking – GERES-NET. Sommeruniversität vom 26. Juni bis 1. Juli 2006 in Berlin	167
Ulrike Bey Frauen an der Macht – Drei Kontinente im Vergleich. Tagung am 1. Juli 2006 in Köln	169
Dorian R. Woods The Transformation of State and Society: Feminist Perspectives on Processes of Global Exclusion and Transnationalisation. Panel des AK Politik und Geschlecht auf dem DVPW Kongress am 28. September 2006 in Münster	171
Ankündigungen und Infos	173
Call for Papers <i>femina politica</i> Heft 2/2007 Die Bürgergesellschaft auf geschlechterpolitischer Perspektive	173
Neuerscheinungen.....	179
Autorinnen dieses Heftes	180
femina politica 2/2006	

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mit einer traurigen Nachricht beginnen wir unsere aktuelle Ausgabe. Am 31. Juli 2006 ist *Iris Marion Young*, zuletzt Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Chicago, 57-jährig an Krebs gestorben. Young ist bekannt geworden mit ihren theoretischen Schriften über Gerechtigkeit, Demokratie, Repräsentationsfragen und Inklusion und hat sich dabei insbesondere mit der Verschränkung unterschiedlicher Diskriminierungsformen auseinandergesetzt. Auch für die *femina politica* (Heft 1/1998) hat sie in einem Interview ihre Überlegungen erläutert. Durch ihren Tod verliert eine kritisch orientierte Wissenschaft ebenso wie emanzipatorisch ausgerichtete Politik eine engagierte Streiterin für gerechte und demokratische Verhältnisse.

In diesem Heft haben wir den Schwerpunkt auf den Zusammenhang von Geschlecht und politischer Kommunikation gelegt. Während in den Kommunikationswissenschaften die Auseinandersetzung über „politische Kommunikation“ seit vielen Jahren geführt wird, besteht diesbezüglich in der Politikwissenschaft noch Nachholbedarf, den wir nun mit dem von *Gabriele Abels* und *Jutta Bieringer* betreuten Schwerpunkt angehen.

Ein aktueller Blick auf die mehr oder minder politische Kommunikation in den Medien bietet aus frauenpolitischer Perspektive ein eher düsteres Bild. Seit einigen Wochen vergeht nun kaum ein Tag, an dem nicht im Feuilleton oder in diversen Talkshows „die Emanzipation“ und die gesellschaftliche Rolle von Frauen zur Debatte stehen. Angestoßen durch die Thesen von *Eva Herman*, nimmt diese Auseinandersetzung inzwischen teilweise absurde Züge an. Emanzipation und Feminismus hätten dazu geführt, dass „die“ Frauen nun am Rande ihrer Kräfte seien, darüber hinaus seien sie für die demografische Krise verantwortlich, da sie keine Kinder bekämen. Emanzipierte Frauen würden sich somit gegen ihre „Natur“ wenden und zugleich die Entmännlichung der Männer vorantreiben, die sich dann von „uns Frauen“ abwenden würden. In der derzeitigen Mediendebatte über das Buch werden von *Herman* nicht nur die „gottgegebenen“ oder „genetischen“ Unterschiede zwischen den Geschlechtern ins Feld geführt, sondern es wird meist auch über das Wohlergehen der Kinder gestritten: Familienväter betonen, wie wichtig es für die Entwicklung des Kindes sei, in den ersten drei Jahren von der Mutter betreut zu werden und Kinder äußern sich darüber, wie schön es in der Kindheit war, unter Muttis Bügelbrett zu spielen. Die Themenliste ließe sich endlos weiterführen und wäre eigentlich nur zum Staunen oder Lachen – wenn diese Diskussionen nicht erreichte Gleichstellungsfortschritte in Frage stellen würden und häufig mit explizit antifeministischen Positionen verbunden wären. Dabei wird von den emanzipationskritischen ProtagonistInnen der Debatte ignoriert, dass der aktuelle Datenreport 2006 zu dem Ergebnis kommt, dass nur noch knapp ein Drittel der befragten Deutschen der Meinung sind, Frauen sollten zuhause bleiben und Männer arbeiten gehen. Dieses Meinungsbild weist darauf hin, wie unpopulär diese alte Rollenverteilung seit Jahren tatsächlich ist.

Ein Lichtblick bot in diesen Tagen außerdem die *Zeit*, die unter der Überschrift „Wir brauchen einen neuen Feminismus“ 15 Frauen aus Wissenschaft, Kultur, Medien und Politik zu Wort kommen ließ, die sich reflektiert mit der Frage auseinandersetzten, vor welchen Herausforderungen Frauen (und Männer) heute stehen und welche Ansatzpunkte dafür der Feminismus bietet.

In diesem Heft findet sich außerdem in der *Tagespolitik* neben einem Beitrag zur Einführung des Elterngeldes von *Silke Bothfeld*, einer pointierten Auseinandersetzung von *Joyce M. Mushaben* mit den sogenannten „Ehrenmorden“ und einem Beitrag über das UN-Frauenforschungsinstitut INSTRAW von *Eva Voß*, auch ein Interview mit *Silvia Lazarte*, der Vorsitzenden der Verfassungsgebenden Versammlung von Bolivien, das *Antonia Kupfer* für die Redaktion geführt hat.

In der Rubrik Neues aus Lehre und Forschung stellen *Petra Ahrens* und *Sandra Lewalter* das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen vor, das im Laufe des Jahres 2007 seine Arbeit aufnehmen soll. Eine andere Europäische Einrichtung, die *European Platform of Women Scientists*, ist Gegenstand des Beitrages von *Irina Michalowitz*. Um die Situation von Frauen in der Wissenschaft, genauer in der Politikwissenschaft, geht es auch in dem Beitrag von *Gabriele Abels*, die sich mit dem 1. Gender Monitoring der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) auseinandersetzt und dessen zentralen Befunde vorstellt.

Auch in diesem Heft stellt der Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“ seine Arbeit vor und *Annette Henninger* berichtet über die Arbeit des Ständigen Ausschusses für Fragen der Frauenförderung in der DVPW.

Wir möchten noch auf unsere übernächste Ausgabe hinweisen, die den Arbeitstitel „Die Bürgergesellschaft aus geschlechterpolitischer Perspektive“ trägt; ein Call for Paper findet sich in diesem Heft. Wir bitten zu beachten, dass wir seit letztem Jahr eine neue Postadresse an der HU Berlin haben, ansonsten sind wir wie üblich per mail zu erreichen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht wie immer,

Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

- ▶ Heft 1/2007 Frauen – Gender – Diversity. Perspektiven theoretischer Konzepte und ihrer politischen Umsetzung
- ▶ Heft 2/2007 Die Bürgergesellschaft aus geschlechterpolitischer Perspektive

Geschlecht in der politischen Kommunikation

Geschlecht in der politischen Kommunikation. Einleitung

Gabriele Abels, Jutta Bieringer

Politische Kommunikation ist ein konstitutives Element politischer Systeme. In Demokratien ist sie von herausragender Bedeutung, denn politisches Handeln ist von der Zustimmung der BürgerInnen abhängig, es muss sich daher begründen und bedarf der öffentlichen Diskussion (vgl. Sarcinelli 2005). Nun ist politische Öffentlichkeit in „Massendemokratien“ medial geprägt. „Ohne Medien gibt es keine anhaltende, stabile Kommunikation zwischen den Akteuren wie auch zwischen Akteuren und den Bürgern“ (Jarren 2001, 12).

Aufgrund der medialen Durchdringung von Politik und Gesellschaft wird politische Öffentlichkeit häufig mit Medienöffentlichkeit gleichgesetzt (vgl. Lang 1997, 253). Dies bedingt eine hohe Abhängigkeit der Politik sowie der BürgerInnen von Medien – mit weit reichenden Folgen: „Im Sinne von Massenloyalität kann Vertrauen in einer Massendemokratie jedoch kaum mehr durch Face-to-Face-Kommunikation beschafft werden. Zur Arena der täglichen Trust-Pflege sind die Massenmedien geworden“ (Sarcinelli 2005, 64)

Positiv gewendet kommt dies in Begriffen wie „Mediendemokratie“ oder „vierter Gewalt“ zum Ausdruck. Aus dieser systemstabilisierenden Funktion von Medien werden die an eine demokratische Medienkultur und -verfassung gestellten Anforderungen normativ begründet. Ein Pendant findet dies im Selbstbild des Journalismus: einen Beitrag zur pluralistischen Meinungsbildung zu leisten.

Die mediale Vermitteltheit von Politik findet ihre Kehrseite in einer hegemonialen Informations- und Kommunikationskultur, Entpolitisierung der BürgerInnen sowie struktureller Exklusion von Frauen und Minoritäten aus der Öffentlichkeit (vgl. Lang 1998, 99). Medien sind keinesfalls „neutrale, instrumentelle Mittler oder nur funktionale Transmissionsriemen im Kommunikationsprozesse zwischen Bürgern und politischem System“ (ebd., 98), sondern Akteure. Die mediale Inszenierung von Politik wird durch sie zur Wirklichkeit von Politik. Medien fungieren als öffentliche Kontrollinstanzen; sie haben eine ausgeprägte Agenda-Setting-Funktion, eine Meinungsbildungsfunktion und beeinflussen, wer Zugang zur politischen Arena hat. Diese ersten Befunde werfen die Frage auf, in welcher Beziehung Geschlechterverhältnisse in die politische Kommunikationskultur „eingelassen“ sind. Welcher Grundvoraussetzungen, Formen und Institutionen bedarf eine demokratische politische Kommunikation aus feministischer Sicht und was ist hierunter zu verstehen?

Entwicklung politischer Kommunikationsforschung

In Europa nahm politische Kommunikationsforschung in den 1960er Jahren ihren Ausgangspunkt mit dem Aufstieg des Fernsehens zu *dem* zentralen Massenmedium, welches erst allmählich von der Politik entdeckt wurde.¹ Die Zahl der Medien ist seitdem stark gestiegen und neue Medienformen haben sich herausgebildet (Zielgruppenzeitschriften, Spartenkanäle, Onlineseiten); aber auch die Intensität der Vermittlung sowie deren Geschwindigkeit und Reichweite haben zugenommen („Medialisierung“; vgl. Jarren/Donges 2002, 30). Kommerzialisierung, Fragmentierung und Globalisierung sind die drei großen Trends in der Entwicklung von Massenkommunikation, die sich mit Verbreitung des Internets noch verstärken (vgl. Hague/Harrop 2004, 108ff.).

Diese Prozesse haben zum Aufstieg des Forschungsfeldes politische Kommunikation zunächst in der Kommunikationswissenschaft und dann mit Verspätung auch in der Politikwissenschaft geführt (vgl. Kaase 1998, 97ff.). Der Fokus liegt zum einen auf der Entstehung neuer Medientechnologien (z.B. Internet) und Veränderungen des Medienmarktes (Stichwort Ökonomisierung), zum anderen auf den politischen und medialen AkteurInnen und ihrem Zusammenspiel. Strategische Kommunikation, v.a. Wahlkampf und Professionalisierung der Politikvermittlung (*spin doctors*, Medienberatung, Öffentlichkeitsarbeit etc.), steht ebenso im Mittelpunkt wie der Trend zum „Politainment“. Ein dritter Schwerpunkt liegt auf öffentlichkeits- und demokratietheoretischen Fragen.

Politikwissenschaftliche Beiträge untersuchen einerseits Veränderungen in den Strukturen und der politischen Steuerung des Mediensystems und zwar auch im Kontext von Europäisierung und Globalisierung, andererseits „die Implikationen ... für die politischen Basisprozesse“ (so die Bestimmung des AK „Politik und Kommunikation“ in der DVPW. Hierzu gehört die Frage nach Integrationsleistungen, Partizipationsmöglichkeiten, Interessen- und Politikvermittlung sowie Legitimation von Machterwerb und Herrschaft. Mit dieser Gegenstandsbestimmung ging von Anfang eine Verengung des Politikbegriffs auf institutionelle Politik einher (vgl. Holtz-Bacha 2004, 464; Kaase 1998, 100).

Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung hat wiederholt auf Exklusionseffekte hingewiesen, die sich aus einer solchen Verengung ergeben. So sind weder die fokussierten Basisprozesse noch die zentralen theoretischen Bezugsgrößen Demokratie und Öffentlichkeit geschlechtsneutral. Dieser Umstand wird zumindest in der deutschsprachigen politischen Kommunikationsforschung kaum reflektiert. Dadurch, dass „Fragen marginalisiert (werden), die insbesondere die Möglichkeiten und Grenzen politischer Kommunikation in demokratischen Systemen“ beleuchten, sowie durch die Verengung auf mediale Kommunikation unter Ausblendung der in sie eingelassenen Segregationspraktiken und Macht-, Ressourcen- und Teilhabegefälle hat die politische Kommunikationsforschung bereits vom Ansatz her einen Ge-

schlechterbias – so die Kritik von Sabine Lang (1998, 99); Abhilfe schaffe nur eine demokratie- wie geschlechterkritische Reformulierung des Gegenstandes.

Doch diese ist bislang nicht geleistet – mehr noch: sie ist kaum begonnen. Vielmehr befinde sie sich „am Rande der Disziplin“ (Holtz-Bacha 1994). Ein Indikator ist, dass in einschlägigen Handbüchern und Sammelbänden politischer Kommunikationsforschung das Stichwort Geschlecht schlichtweg nicht vorkommt (s. z.B. Jarren u.a. 1998; Esser/Pfetsch 2003; Sarcinelli 2005).² Doch auch die politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung hat hier eine Leerstelle. In einschlägigen Lehr- und Einführungsbüchern ist die Kategorie Öffentlichkeit prominent und ein Schwerpunkt feministischer Theorie liegt auf demokratietheoretischen Fragen. Jedoch bleibt die Rolle politischer Kommunikation für Öffentlichkeit und Demokratie dabei ebenso ausgeblendet wie das „Faktum der Vermitteltheit und medialen ‚Überdeterminierung‘ des Politischen“ (Matjan 1998, 243). In der deutschsprachigen Forschung werden Geschlechterperspektiven eher in den Kommunikationswissenschaften bearbeitet (s. Klaus u.a. 2001; Fröhlich/Holtz-Bach 1995; Angerer/Dorer 1994a; Huhnke 1996).³

Zum Demokratieproblem politischer Kommunikationskultur

Für eine feministische Theorie demokratischer politischer Kommunikationskultur liegen bislang nur Fragmente vor, z.B. die Arbeiten von Lang (1997; 1998). *Barbara Holland-Cunz* plädiert in ihrem Beitrag für das Zusammenführen von feministischer Demokratietheorie und politischer Kommunikationsforschung. Dabei sei die Frage nach dem Integrationsgrad und den Teilhabemöglichkeiten, nach der Form der Interessen- und Politikvermittlung sowie der Macht- und Herrschaftslegitimation zentral. Dies erfordere, Formen mediatisierter Kommunikation in eine elaborierte feministische Demokratietheorie einzuarbeiten.

Holland-Cunz beschreibt das Zusammenwirken von Sprechen und Handeln in Anlehnung an Hannah Arendt, als das Wesen der Öffentlichkeit. In „Massendemokratien“ werde zwar ein immer größeres Publikum erreicht, jedoch seien die BürgerInnen lediglich Konsumierende, die politischen AkteurInnen hingegen aktiv medial kommunizierende und Handelnde. Massenkommunikation bedeutet dann nichts anderes als die technische Möglichkeit Informationen zu beziehen (vgl. Lang 1998, 101). Sie hat keineswegs eine verstärkte Teilhabe am demokratischen System zur Folge, führt nicht zu mehr Chancengleichheit oder zu einem gleichen Zugang zu Ressourcen. Es handle sich vielmehr um „eine passive Publikums-Demokratie im Habermasschen Sinne, eine Demokratie, in der die einen sprechen und die anderen zum Schweigen verurteilt sind. Öffentlichkeit verkommt zum mediatisierten Gespräch – Talk-Show-Geschwätz auf der einen, Stummheit auf der anderen Seite“ (*Holland-Cunz*, in diesem Heft).

Diese „Institutionalisierung von Schweigen und Sprechen“ (*Holland-Cunz*) lässt die Distanz zwischen Politik und Publikum immer größer werden und birgt die Gefahr des Verlustes des Politischen selbst (vgl. Jarren 2001). Anzeichen wachsender Entpo-

litisierung ist eine zunehmende Homogenisierung der Inhalte und eine damit einhergehende Hegemonie dessen, was als relevant gilt (vgl. Ross 2000; Sreberny/van Zoonen 2000). Zugleich ist eine Personalisierung des Politischen erkennbar. Aus medialen Informationen lassen sich kaum noch Strukturen des Politischen ableiten (vgl. Lang 1998, 103); stattdessen stehen einzelne Personen im Vordergrund der Berichterstattung und avancieren zu Medienstars.

Aus feministischer Perspektive ist ein *gendering* politischer Kommunikation mit Überlegungen zur demokratischen Teilhabe zu verknüpfen, basierend auf der Erkenntnis, dass hegemoniale Öffentlichkeiten immer noch männerdominiert sind, während sich Frauen oftmals in Teil- oder Gegenöffentlichkeiten bewegen, oder nur auf der „(Bild-)Oberfläche“ hegemonialer medialer Öffentlichkeiten (z.B. als Nachrichtensprecherin, nicht aber als Chefredakteurin). *Holland-Cunz* rekurriert auf die prozeduralistischen Überlegungen Seyla Benhabibs und Nancy Frasers. Dabei betont sie vor allem das neu zu betrachtende Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit, denn die Grenze zwischen diesen Bereichen werde permanent (neu) gezogen und verteidigt. Benhabib (1991) plädiert für Deliberation und Verfahrensgerechtigkeit sowie eine neue Konzeption des öffentlichen Raums, da dieser immer dann entstünde, wenn alle, die von politischen oder sozialen Handlungsnormen betroffen sind, in einen Diskurs miteinander eintreten würden. Infolgedessen könne Demokratisierung „als die Zunahme und das Wachstum von autonomen öffentlichen Sphären zwischen Beteiligten“ (ebd., 158) verstanden werden. Fraser präferiert ein Öffentlichkeitskonzept, welches auf eine Vielfalt von Öffentlichkeiten mit jeweils eigenen rhetorischen Stilen und diskursiven Logiken setzt. Soll die normative Theorie eine politische Wirkung entfalten, dann muss sie laut Fraser die Beseitigung sozialer Ungleichheit als Grundlage für eine gerechte Teilhabe fordern (Fraser 2001, 149).

Geschlecht im (politischen) Journalismus

Feministische Ansätze in der Kommunikationswissenschaft fragen danach, „wie Frauen aus der Medienrealität (insbesondere aus der politischen, wirtschaftlichen Berichterstattung) ausgeklammert werden, welche geschlechtsspezifischen Stereotypisierungen durch Medien transportiert werden und wie patriarchale bzw. paternalistische Strukturen in Medienorganisationen und Medieninhalten wirksam werden“ (Angerer/Dorer 1994b, 9).

In Deutschland lieferte die Küchenhoff-Studie 1975 erste Ergebnisse zur Unterrepräsentanz von Frauen in den Medien, vor allem in den Nachrichten. Heute, 30 Jahre später, moderieren Frauen politische Talk-Shows und Nachrichtensendungen und schreiben Leitartikel; sie sind in hohem Maße in der Profession präsent – allerdings kaum in den Chefetagen der Medien. Allerdings hat die quantitative Erhöhung des Frauenanteils in den Medien keineswegs eine andere oder gar geschlechtersensiblere politische Kommunikation zur Folge, wie die Kommunikationswissenschaftlerin *Margreth Lü-*

nenborg in ihrem Beitrag feststellt. Ursache hierfür sei, dass dem Journalismus bereits in seinen normativen Fundamenten eine dualisierende Geschlechterstruktur zugrunde liege und hierdurch „eine spezifische Geschlechterordnung erst geschaffen wird“. Auch wenn sich der Journalismus auf Objektivität, Neutralität und Pluralität verpflichtet, achten seine „MacherInnen“ nicht darauf, diese Normen gerade dadurch zu realisieren, dass geschlechtsspezifische Auswirkungen politisch zu berichtender Inhalte nachvollziehbar sind. Im politischen Journalismus seien, so *Lünenborg*, normative Ideale wirksam, die geschlechtsneutral daher kämen, aber dies nicht sind. Diesen Normen streben Journalistinnen in gleicher Weise nach wie ihre männlichen Kollegen. Die geschlechtsgebundene Konstruktion dieser „Aufklärungsideale“ hat ihren Eingang noch längst nicht ins Politikressort gefunden. Dadurch wirke der politische Journalismus daran mit, dass politische Öffentlichkeit und ihre Kommunikationskultur weiterhin weitgehend exklusiv „männlich“ sind bzw. als solche wahrgenommen werden.

Politikerinnen und Medien

Geschlechtersensible Kommunikationsforschung in den USA hat sich empirisch intensiv mit der Rolle von Frauen als „Quellen“ politischer Kommunikationsprozesse befasst (vgl. Bystrom 2004). Zahlreiche Studien belegen eindrücklich ein *gendering* in der medialen Berichterstattung über Frauen in der Politik. Statt über die politische Arbeit von Politikerinnen und ihre Inhalte zu berichten, kaprizieren sich Medien in hohem Maße auf die äußere Erscheinung von Politikerinnen oder *first ladies* und berichten über ihr Privatleben in anderer Weise als bei Politikern (z.B. Vereinbarkeitsproblem).⁴ Zwar können diese Ergebnisse angesichts der Unterschiede im politischen System nicht einfach auf deutsche Verhältnisse übertragen werden, gleichwohl sollte die Ausdifferenziertheit der US-Forschung Anregung sein für die Weiterentwicklung geschlechtersensibler politischer Kommunikationsforschung hierzulande.

In diese Forschung reiht sich der Beitrag der Kommunikationswissenschaftlerin *Karen Ross* ein. Sie diskutiert am Beispiel von Großbritannien, Nordirland, Australien und Südafrika die „tricky relation“ (Ross) zwischen Politikerinnen und Medien und stellt fest: „Unfortunately, when they (Politikerinnen) are successful in making the news, it is often for things other than their political actions or manifestos.“ Medien reproduzieren nicht einfach bereits vorhandene Geschlechterstereotype, sondern sind aktiv an ihrer Konstruktion und Reifizierung in der öffentlich-politischen Sphäre beteiligt. Hierzu gehört auch die Marginalisierung von „Frauenthemen“ und weiblichen Perspektiven. *Ross* erklärt dies nicht kulturalistisch oder mit individuellem (Fehl-) Verhalten von JournalistInnen, sondern identifiziert „the political economy of the newsroom“ als Ursache: „It seems clear that the ways in which women are represented in the media are inextricably linked with who produces those media outputs which in turn is linked with who owns those means of production.“ Auch Fraser (2005, 3)

macht darauf aufmerksam, dass die Frage gestellt werden muss, ob das Privateigentum der (inter-)nationalen Medien Prozesse der Meinungsbildung verzerrt.

Wahlkampf als Paradigma politischer Kommunikation

Wahlkampfkommunikation ist eines der zentralen Forschungsfelder politischer Kommunikationsforschung, und kann auf eine längere Tradition auch politikwissenschaftlicher Forschung zurückblicken (vgl. Kaase 1998, 97f.). Dies hängt zum einen mit der Legitimationsfunktion von Wahlen in Demokratien zusammen denn „in Wettbewerbsdemokratien (bleibt doch) die Wahl von Parlamenten der entscheidende Mechanismus, über den politische Herrschaft auf Zeit zugewiesen und legitimiert wird“ (ebd., 106). Zum anderen sind Wahlzeiten immer „times of condensed political communication, where its special features are made visible like light through a prism“ (Holtz-Bacha 2004, 468). Dabei findet Wahlkampfkommunikation „im Dreieck von Parteien, Medien und Wählern statt“ (Klingemann/Voltmer 1998, 396). Zwar bestehen auch direkte Kommunikationsbeziehungen zwischen Parteien und WählerInnen, doch der indirekte, medienvermittelte Kommunikationsfluss überwiegt (ebd., 397). Neben der Wirkungsforschung, die sich auf die Seite des Publikums, d.h. der WählerInnen, konzentriert, hat sich die Forschung vor dem Hintergrund erheblicher Veränderung von Wahlkampfstrategien (Stichworte: Professionalisierung, Personalisierung), die sich damit ebenso auf die Medienlogik wie auf die Auflösung traditioneller Wählerbindungen einzustellen suchen, verstärkt der Produzentenseite zugewandt. Zu fragen ist, ob und wenn ja, welche Unterschiede es im politischen Kommunikationsverhalten von Politikerinnen und Politikern gibt sowie in der medialen Repräsentation von Wahlkämpfen.

In Deutschland ist insbesondere der Wahlkampf 2005 höchst instruktiv, da sich erstmals eine Frau um das Bundeskanzleramt bewarb. Dabei kommt zum Tragen, dass auch für Wahlkampfkommunikation in Deutschland zunehmend eine „Amerikanisierung“ zu beobachten ist, d.h. ein Bedeutungsgewinn des Privaten über Sachthemen (vgl. etwa Holtz-Bacha 2001). Diese Intimisierung von Politik mag nur auf den ersten Blick als Einlösung des alten feministischen Slogans „Das Private ist Politisch“ gewertet werden. Denn tatsächlich geht diese Entwicklung weder mit einem partizipatorischen Anspruch von Frauen an Politik noch mit der Infragestellung traditioneller Politikbegriffe einher (vgl. Lang 1998, 104f.; Holtz-Bacha 2001, 2006), wie etwa die letzten beiden Bundestagswahlkämpfe zeigen. Während der Wahlkampf Schröder vs. Stoiber 2002 unter der Parole „Ich oder der“ geradezu einen Höhepunkt der Personalisierung erreicht hatte, wurde diese Strategie 2005 vermieden. Angela Merkel war darum bemüht, ihre private Seite aus dem Wahlkampf herauszuhalten, und Gerhard Schröder konnte bei einer Frau als Gegenkandidatin nicht bei der weiblichen Wählerschaft punkten. „Alles, was den Eindruck eines Wettbewerbs zwischen ‚Frau und Mann‘ erwecken konnte, wurde vermieden, weil sich dieser für Schröder, der sich bis

dahin gerade in der weiblichen Wählerschaft starker Unterstützung erfreute, negativ ausgewirkt hätte“ (Holtz-Bacha 2006; zu solchen Stil-Veränderungen s. auch Bystrom 2004, 438).

In der Berichterstattung bei der Bundestagswahl 2005 finden sich zahlreiche – und zwar durchaus widersprüchliche – mediale Konstruktionen von Geschlecht, wie *Sylka Scholz* in ihrem Beitrag aufzeigt. Diese reichen von der Diskussion über Merkels vermutete politische Inkompetenz („Kan[n]-di-dat?“), der Darstellung als „braves (Kohl-)Mädchen“, als „Trümmerfrau“ und „Physikerin der Macht“, bis hin zu ihrer, auch bildlichen, Darstellung als Erlöserin und Hoffnungsträgerin. *Scholz* interpretiert diese Widersprüchlichkeiten als „Irritationen“, ausgelöst durch die erstmalige Kandidatur einer Frau für das Bundeskanzleramt. Zugleich verweist dies auf eine fehlende Kultur weiblicher Machtinszenierung. Frauen in Spitzenpositionen – sei es in der Wirtschaft, Politik oder Kultur – haben keine oder nur wenige Vorbilder, an denen sie sich orientieren und abarbeiten können. Sie müssen sich erst neu (er-)finden und können damit auch in der Machtrepräsentation nicht auf alte Muster zurückgreifen (vgl. Meckel 2005).

Neben der medialen Repräsentation von KandidatInnen fokussiert die Forschung ebenso die kommunikativen Strategien der Werbung um WählerInnenstimmen, die angesichts sich auflösender traditioneller Parteibindungen immer relevanter – und professionalisierter – wird. Die Wahlforschung hat einen *gender gap* im Wahlverhalten festgestellt. So wurde in den Bundestagswahlen 2002 und 2005 die rot-grüne Option stärker von Frauen präferiert, während Männer eher auf die schwarz-gelbe Karte setzten. Für die Parteien stellt sich die Frage, inwiefern es sinnvoll ist, geschlechtsdifferenzierte Strategien der Stimmenwerbung zu verfolgen. KandidatInnen für politische Ämter in den USA, die Frauen als Zielgruppe direkt ansprechen und spezifische Frauenthemen in ihr *campaigning* integrieren, blicken laut Studien auf Erfolge bei dieser Gruppe zurück. Allerdings folgen US-Wahlkämpfe anderen Spielregeln aufgrund der Strukturen des Parteien- und Wahlsystems. Umso interessanter ist es, dass die SPD-Kampa 2002 eine eigene Abteilung „Zielgruppe Frauen“ einrichtete.

Ina Bieber beurteilt in ihrem Beitrag die Erfolgchancen solcher Strategien skeptisch. Voraussetzung hierfür sei, dass tatsächlich Unterschiede zwischen dem männlichen und weiblichen Wählermarkt bestünden. Sie identifiziert sieben Segmente auf dem „Wählerinnenmarkt“ und zeigt im Vergleich mit den männlichen Segmenten überwiegend Gemeinsamkeiten auf. Die Unterschiede sind hingegen eher marginal, freilich aber innerhalb der geschlechtsspezifischen Segmente groß. Geschlechtersensible wahlkampfstrategische Überlegungen könnten sich demnach nur darauf stützen, welche Medien im Wahlkampf genutzt würden oder auf die Darstellungsformate der Kommunikation, was jedoch in weiteren empirischen Untersuchungen erst noch zu verifizieren wäre.

Neue Medien politischer Kommunikation

Politische Kommunikationsforschung hat ihren Gegenstand auch aus der Weiterentwicklung von Techniken der Massenkommunikation entwickelt. Das Internet wurde von vielen als „Mobilisierungsmedium“ gesehen, welches politischen AkteurInnen mehr und bessere Kanäle politischer Kommunikation eröffne und so auch eher politikferne Gruppen zu mobilisieren könne (vgl. Hoecker 2006, 289f.). Tatsächlich wird das Internet inzwischen von politischen Parteien und PolitikerInnen ebenso wie von NGOs intensiv genutzt, allerdings meist nur zur Inhaltsvermittlung sowie Öffentlichkeitsdarstellung und in geringerem Maße zur Herstellung virtueller Gemeinschaften, z.B. über Chats (ebd., 295). Doch die auch von Feministinnen vielfach geteilten demokratiepolitischen Hoffnungen auf die „Cyberdemokratie“ gründeten vor allem auf neue im Sinne von inklusiven, partizipativen und deliberativen Formen politischer Öffentlichkeiten.

Mittlerweile hat die empirische Internet-Forschung undifferenzierte demokratiepolitische und zum Teil technikdeterministisch argumentierende Erwartungen gedämpft. Allein durch die Technik Internet entsteht noch kein politisches Interesse, das Medium verstärkt vielmehr bestehende politische Strukturen und Motivationen (vgl. ebd.). So zeigt sich, dass sozio-demographische Faktoren wie Geschlecht, Alter und Bildung, die in der „realen“ politischen Partizipation relevant sind, auch im virtuellen Raum ihre Wirkung zeigen. Zudem: politische Inhalte machen einen eher geringen Anteil des Gesamtangebots des Internets aus. Diese Ernüchterung soll aber nicht den Blick dafür verstellen, dass das Internet auch für zivilgesellschaftliche Interessen intensiv genutzt wird und sich durchaus neue Formen politischer Partizipation entwickelt haben wie etwa Online-Kampagnen und -Proteste, gar virtuelle Sit-ins, die wiederum vielfach mit klassischen und „realen“ Protestaktionen verbunden werden (ebd., 302ff.). Das Internet hat damit primär eine beschleunigende Funktion v.a. auf Protestöffentlichkeiten, weniger eine mobilisierende auf ansonsten politisch nicht-interessierte Gruppen.

Diese Befunde werden in den Beiträgen von *Gabriele Winker* und *Tanja Carstensen* sowie von *Cilja Harders* und *Franka Hesse* bestätigt. *Winker* und *Carstensen* fragen nach der Entstehung feministischer Gegenöffentlichkeiten und unterscheiden dabei zwischen vier Ausrichtungen frauenpolitischer Aktivitäten im Internet. Die meisten sind beruflich orientierte Interessengruppen, die das Internet primär als ein neues Verteilmedium von Informationen und zur Selbstdarstellung nutzen. Daneben gibt es Organisationen, die Beratungsleistungen anbieten, künstlerische Gruppen (Cyberfeministinnen) und schließlich dezidiert feministische Netzwerke, die sich für die Abschaffung von sozial und geschlechtlich diskriminierenden Herrschaftsstrukturen einsetzen. Da diese Aktivitäten aber weitgehend voneinander, aber auch untereinander wenig verbunden sind, schlagen *Winker* und *Carstensen* die Gründung „virtueller Nachbarschaften“ vor, wodurch Möglichkeiten für Gegenöffentlichkeiten eröffnet

würden, die mit anderen Formen medialer Öffentlichkeiten zu verschränken wären. *Harders* und *Hesse* befassen sich mit Geschlechterverhältnissen in der Blog-Sphäre, einer Weiterentwicklung des Internets. Gerade Blogs werden in den USA intensiv von Frauen genutzt. Ist es somit vielleicht kein Zufall, dass Frau Bundeskanzlerin seit Anfang Juni 2006, und zwar als erstes Regierungsoberhaupt weltweit, samstags in Videoblogs, d.h. Kurzbotschaften, ihre Politik erklärt? Durch Blogs entstünden Teilhabe- und Kommunikationsmöglichkeiten für Frauen durch sich im Netz konstituierende neue Öffentlichkeiten. Blogs sind ein Medium, bei dem die Grenze zwischen privat und öffentlich immer wieder neu gezogen und aufgelöst werde. Insofern sei, so *Harders* und *Hesse*, Bloggen durchaus als Form politischer Partizipation zu betrachten. Dadurch, dass die Zuschreibung von Relevanz immer auf hegemoniale Öffentlichkeiten rekurriert und Frauen bei der Konstruktion dieser Öffentlichkeiten nicht entsprechend vertreten sind, finden sich freilich auch im virtuellen Raum geschlechtskulturelle Muster.

Rückblick und Ausblick

Die Beiträge in diesem Schwerpunkt bilden einen Ausschnitt aus dem breiten Feld politischer Kommunikationsforschung und haben überwiegend einen Bias zugunsten akteurspezifischer Perspektiven auf Politik und Medien sowie auf die inhaltliche Dimension der politischen Kommunikation. Ausgeblendet ist das Feld medienpolitischer und medienökonomischer Fragen. Diese standen 1996 im Mittelpunkt des *Politologinnen-Rundbrief*, des Vorläufers der *femina politica*. Gleichwohl gilt auch heute noch die damalige Bestandsaufnahme von Christiane Leidinger (1996, 29): „Feministinnen (haben sich) ... gar nicht in Medienpolitik, insbesondere nicht in Medienkonzentration eingemischt“. Dies wäre heute umso dringlicher vor dem Hintergrund einer Expansion und Konzentration im Mediensystem. Dabei müsste dem Nexus zwischen der Entwicklung des Medienangebotssystems und geschlechtsspezifischem Mediennutzungsverhalten im Alltag besondere Aufmerksamkeit zukommen (vgl. Mettler-von Meibom 1996). Ausgeblendet bleiben auch Fragen zur Eliten- und Regierungskommunikation: Wie sich einerseits interne Kommunikationsprozesse unter dem Einfluss einer Dauerbeobachtung durch die Medien verändern und andererseits professionalisierte Kommunikationsstrategien zwischen Regierung und den BürgerInnen herausbilden. Gleichwohl ist der vorliegende Band ein Versuch, die politische Kommunikation stärker zum Gegenstand der Geschlechterforschung und demokratietheoretischer Überlegungen zu machen. Partizipation, Diskursivität und Handlung im Sinne einer politischen Kraft können als Schlagworte gebraucht werden, um zu einer neuen Betrachtung feministischer Öffentlichkeit und politischer Kommunikation zu gelangen. Es ist zu überlegen wie diskursive Prozesse institutionalisiert werden können und aus (politischer) Kommunikation Handeln ableitbar ist, um als politische Kraft und schließlich als Transformationspotenzial zu gelten. Geschlechterkritische Pers-

pektiven auf das Feld politischer Kommunikationsforschung sollten hierbei nicht den Verengungen des *mainstreams* erliegen, sondern einen breiten Politikbegriff zugrunde legen. Formen politischer Kommunikationen und Räume politischer Öffentlichkeiten, die weniger medial geprägt sind, neue Formen politischer Partizipation ermöglichen wie etwa Runde Tische, BürgerInnenforen oder andere ähnliche Diskursformate, können so untersucht werden. Hierbei ist die Frage nach der Verfügung über materielle Ressourcen zentral als Voraussetzung für die Artikulation von politischen Interessen. Darüber hinaus sollte im Mittelpunkt des Interesses auch der „multivalente, anfechtbare Charakter der Kategorien Privatheit und Öffentlichkeit mit ihren geschlechts- und rassenspezifischen Subtexten“ stehen sowie die Erkenntnis, dass Männer und Frauen, Minoritäten und Majoritäten in unterschiedlichen Verhältnissen zu jenen Kategorien stehen (Fraser 2001, 179).

Als theoretische Unterfütterung braucht es hierfür feministische Theorien einer demokratischen politischen Kommunikationskultur, die an feministischen Öffentlichkeits- und Demokratietheorien ansetzen, sich darin aber nicht erschöpfen können, wenn sie dem hochgradig medial vermittelten Charakter politischer Kommunikation gerecht werden wollen. Die Verschränkung von Demokratietheorie und Kommunikationswissenschaft birgt, wie im vorliegenden Heft sichtbar wird, Potenziale. Zusammen genommen vermitteln die hier versammelten Beiträge einen Eindruck, wie spannend und ertragreich es ist, dieses Forschungsfeld systematisch zu erschließen und zu erforschen – gerade auch für die feministische Politikwissenschaft. Wir hoffen als Herausgeberinnen jedenfalls, wohl gemeinsam mit den Autorinnen, für eine geschlechtersensible politische Kommunikationsforschung einige Anstöße zu geben.

Anmerkungen

- 1 Für einen Überblick vgl. Holtz-Bacha 2004, 472.
- 2 Anders in der US-Literatur; so enthält ein neues Handbuch ein eigenes Kapitel, welches den Stand der US-Forschung zu Frauen als Quellen und Publikum politischer Kommunikation zusammenfasst (Bystrom 2004).
- 3 „Klassikerinnen“ der US-Forschung sind Norris 1997; Sreberny/van Zoonen 2000; Creedon 1993; van Zoonen 1994.
- 4 Jüngste Beispiele sind etwa die breite Kommentierung, dass die US-Außenministerin Condoleezza Rice von der Frauenzeitschrift *Vanity Fair* auf die Liste der bestangezogenen Frauen gesetzt wurde oder auch die Darstellung „der Clintons“.

Literatur

- Angerer, Marie-Luise/Dorer, Johanna (Hg.), 1994a: *Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation*. Wien.
- Angerer, Marie-Luise/Dorer, Johanna, 1994b: „Auf dem Weg zu einer feministischen Kommunikations- und Medientheorie“. In: Dies. (Hg.): *Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation*. Wien, 8-23.

- Benhabib, Seyla, 1991: „Modelle des öffentlichen Raums: Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas“. *Soziale Welt*. Jg. 42. H. 2, 147-165.
- Bystrom, Dianne G., 2004: „Women as Political Communication Sources and Audiences“. In: Kaid, Lynda Lee (Hg.): *Handbook of Political Communication Research*. Mahwah, London, 435-458.
- Creedon, Pamela (Hg.): 1993. *Women in Mass Communication*. 2. Aufl. Newbury Park u.a.
- Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.), 2003: *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden.
- Fraser, Nancy, 2001: *Der halbierte Staat*. Frankfurt/M.
- Fraser, Nancy, 2005: *Transnationale Öffentlichkeit*. Internet: http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01_de.pdf (24.8.2006).
- Fröhlich, Romy/Holtz-Bacha, Christina, 1995: *Frauen und Medien: eine Synopse der deutschen Forschung*. Opladen.
- Hague, Rod/Harrop, Martin, 2004: *Comparative Government and Politics: An Introduction*. 6. aktual. u. überarb. Aufl. London.
- Hoecker, Beate, 2006: „Mehr Partizipation via Internet? Theoretische Erwartungen und empirische Befunde“. In: Dies. (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen, 289-307.
- Holtz-Bacha, Christina, 1994: „Am Rande der Disziplin: Weibliche Perspektiven in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft“. In: Angerer, Marie-Luise/Dorer, Johanna (Hg.): *Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation*. Wien, 35-46.
- Holtz-Bacha, Christina, 2001: „Das Private in der Politik: Ein neuer Medientrend?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 41-42, 20-26.
- Holtz-Bacha, Christina, 2004: „Political Communication Research Abroad: Europe“. In: Kaid, Lynda Lee (Hg.): *Handbook of Political Communication Research*. Mahwah, London, 463-477.
- Holtz-Bacha, Christina, 2006: „Personalisiert und emotional: Strategien des modernen Wahlkampfes“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 56, 11-19.
- Huhnke, Brigitta, 1996: *Macht – Medien – Geschlecht*. Opladen.
- Jarren, Ottfried/Donges, Patrick, 2002: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. Bd. 1. Wiesbaden.
- Jarren, Ottfried, 2001: „Mediengesellschaft – Risiken für die Politische Kommunikation“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 41-42, 10-19.
- Jarren, Ottfried u.a. (Hg.), 1998: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*. Opladen.
- Kaase, Max 1998: „Politische Kommunikation – Politikwissenschaftliche Perspektiven“. In: Jarren, Ottfried u.a. (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*. Opladen, 97-113.

- Klaus, Elisabeth u.a. (Hg.) 2001: *Kommunikationswissenschaft und Gender Studies*. Wiesbaden.
- Klingemann, Hans-Dieter/Voltmer, Katrin 1998: „Politische Kommunikation als Wahlkampfkommunikation“. In: Jarren, Ottfried u.a. (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*. Opladen, 396-405.
- Lang, Sabine, 1997: „Geschlechterordnung in der Demokratie: Über die Maskulinität politischer Öffentlichkeit“. In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.): *Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik*. Münster, 245-267.
- Lang, Sabine, 1998: „Mediale politische Kommunikation und Demokratie. Überlegungen zur Selektivität und Maskulinität der elektronischen Mediendemokratie“. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. Wiesbaden, 98-119.
- Leidinger, Christiane, 1996: „Medienpolitik ist Geschlechterpolitik: Überlegungen und Thesen zur politischen Bedeutung von Medienkonzentration“. *Politologinnen-Rundbrief*. 5. Jg. H. 10, 29-41.
- Matjan, Gregor, 1998: „Politische Repräsentation und Symbolisierung der Geschlechter in der medialen Vermittlung von Politik“. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. Wiesbaden, 243-261.
- Meckel, Miriam, 2005: „Unter Hirschen“. *Der Tagesspiegel*. 14.11.2005.
- Mettler-von Meibom, Barbara, 1996: „10 Jahr dualer Rundfunk aus feministischer Sicht. Überlegungen zu einer notwendigen Diskussion“. *Politologinnen-Rundbrief*. 5. Jg. H. 10, 44-51.
- Norris, Pippa (Hg.), 1997: *Women, Media, and Politics*. New York, Oxford.
- Ross, Karen, 2000: *Women Behaving Badly? Framing Gender in Political Communication*. Paper for the Political Studies Association-UK 50th Annual Conference, 10-13 April 2000, London.
- Sarcinelli, Ulrich, 2005: *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*. Wiesbaden.
- Sreberny, Annabelle/van Zoonen, Liesbet (Hg.), 2000: *Gender, Politics and Communication*. Cresskill, NJ.
- Zoonen, Liesbet van, 1994: *Feminist Media Studies*. London u.a.

Sprechen und Schweigen in der Demokratie

Ideale politischer Kommunikation und mediatisierte „Massendemokratien“

Barbara Holland-Cunz

Hannah Arendt und die Schwatzhaftigkeit der Demokratie

„Stumm ist nur die Gewalt ...“, verkündet Hannah Arendt (1989, 29) in der ihr eigenen apodiktischen Weise auf den ersten Seiten der *Vita Activa*. In Arendts berühmter Konturierung der politischen Öffentlichkeit als Raum demokratischer Macht und Freiheit wird bekanntlich das Handeln/Sprechen als die eigentlich menschliche Tätigkeit definiert und die Polis gilt als der Ort, an dem diese würdige Aktivität erstmals und nach wie vor beispielhaft praktiziert wurde: „...eben weil die griechische Lebensform sich dadurch auszeichnete, daß sie vom Reden bestimmt war und daß das zentrale Anliegen der Bürger das Miteinander-Sprechen war“ (Arendt 1989, 30). Die Polis ist deshalb „nicht ohne Grund als die ‚schwatzhafteste‘ aller Staatsformen“ bezeichnet worden, so Arendt (1989, 29, Burckhardt zitierend). In dieser „schwatzhaftesten“ aller Staatsformen waren sich, Arendt (1989, 43) zufolge, die Bürger „wohl bewusst“, dass nur durch die Begrenzung ihrer Zahl dem Handeln/Sprechen Vorrang gegeben werden konnte. „Große Anhäufungen von Menschen entwickeln eine nahezu automatische Tendenz zu despotischen Herrschaftsformen, sei es nun die despotische Herrschaft eines Mannes oder der Despotismus von Majoritäten.“ (Arendt 1989, 43f.). „Große Anhäufungen von Menschen“, darin ist sich Arendt (1989, 44) mit den Griechen einig, bergen die Gefahr, Konformismus und Automatismus „ein(zu)schleppen“. Arendts (1989: 44, 41, 252, 249) polemische Verve gegen das „uniformierte Sich-Verhalten“, gegen die „heutige(n) Massengesellschaft“, die „Verlassenheit des Massenmenschen“, gegen Massenbewegungen, Weltentfremdung etc. hat hier den zentralen Ausgangspunkt. Folgt man/frau für einen Moment Arendts demokratietheoretischer Intention, so ließe sich folgende These formulieren: Nur demokratische Schwatzhaftigkeit hilft gegen Massenmenschen, Massenbewegungen, Massengesellschaften, gegen die Stummheit der Gewalt und das Nicht-Miteinander-Sprechen. Dem entsprechend lobt Arendt (1994) in *Über die Revolution* die Schwatzhaftigkeit der Amerikanischen gegenüber der Gewalttätigkeit der Französischen Revolution. Die französischen RevolutionärInnen stürmten und kämpften mit Waffen; in den US-amerikanischen *townhall meetings* war stattdessen „eine Art von Verfassungsfieber ausgebrochen“, das dazu führte, dass die BürgerInnen den Verfassungstext „Abschnitt für Abschnitt und bis in alle Details“ miteinander diskutierten (Arendt 1994: 183, 188).

Die demokratietheoretische Polarisierung, die sich im Anschluss an Arendt umreißen lässt, fällt ziemlich drastisch aus: hier die wunderbare demokratische Schwatzhaftigkeit, dort die stumme Instrumentalität der Gewalt und das Nicht-Miteinander-Sprechen, u.a. in und durch Massen. Das sind schlechte Aussichten für heutige Demokratien, die a) gerne unter den Begriff „Massendemokratie“ rubriziert werden, b) politische Kommunikation zwischen „großen Anhäufungen von Menschen,“ zu organisieren haben und c) deshalb häufig nur eine mediatisierte Form politischen Handelns/Sprechens zulassen, zumal d) die öffentliche Agora schon längst in ein privates Einkaufszentrum verwandelt wurde (vgl. Klein 2001, 192ff.). Sowohl die reine Zahl von vielen Millionen politisch Handelnder/Sprechender als auch die fortschreitende Entpolitisierung, Mediatisierung und Ökonomisierung öffentlicher Räume lassen Arendts Vorstellung vom demokratischen „Miteinander-Sprechen“ wie eine Utopie erscheinen. Das Sprechen in Arendts Demokratievorstellung ist gekennzeichnet durch ein persönliches Sich-Offenbaren und einen öffentlichen Face-to-Face-Wettstreit um die beste Lösung (vgl. Arendt 1989; vgl. auch Honig 1994).

Utopische und theoretische Ideale demokratischer Kommunikation

Es scheint mir kein Zufall zu sein, dass gerade die feministischen UtopistInnen der siebziger Jahre demokratische „Schwatzhaftigkeit“ ins Zentrum ihrer Visionen gestellt haben. Drei Beispiele seien hier kurz angeführt. In Marge Piercys 1976 erschienenem utopischen Roman *Frau am Abgrund der Zeit* (1996) spielt sich folgende Szene ab: Connie, Besucherin der utopischen Gesellschaft aus dem zeitgenössischen New York, kommentiert im Gespräch mit Utopias Bewohnerin Luciente die rätedemokratische Entscheidungsstruktur der Utopie so: „Ihr müßt ja furchtbar viel Zeit in Versammlungen verbringen“. Luciente erklärt: „Wenn die Menschen über ihr Leben bestimmen wollen, geht das nur, wenn sie eine Menge Zeit in Versammlungen verbringen“. Und: „Wir streiten miteinander, bis wir am Ende Übereinstimmung erzielen. Vorher hören wir nicht auf. Ach, manchmal ist das abscheulich. Deprimierend“ (ebd., 185). Zeitaufwendige Debatten voller Kontroversen gelten Piercys UtopierInnen als demokratisch unverzichtbar. „Bekommt ihr euch denn nicht mal satt?“ befragt Connie dieses für sie höchst unverständliche Demokratiekonzept (ebd., 186). Auch in Ursula K. Le Guins *Planet der Habenichtse* (1981) von 1974 wird lange und reichlich schwatzhaft debattiert und gestritten; die Autorin konturiert das Bild, dass sie von ihrer idealen Form demokratischen Sprechens gibt, folgendermaßen: „Eine ganze Sitzungsdebatte auf Anarres wiederzugeben, wäre schwierig; sie verlief schnell, oft sprachen mehrere Personen auf einmal, niemand sprach lange, die meisten unbeholfen, es gab viel Sarkasmus, vieles blieb ungesagt; der Ton war emotionsgeladen, wurde nicht selten hitzig und sehr persönlich; es kam zu einem Ende, jedoch zu keinem Schluß. Es war wie eine Diskussion unter Brüdern oder unter Gedanken in einem unentschlossenen Verstand.“ (ebd., 321). Zum Dritten schließlich ließe sich Ernest Callenbachs

Ökotoxia (Callenbach 1982) aus dem Jahr 1975 anführen. Bei einem wichtigen und/oder bedrohlichen politischen Ereignis versammeln sich Callenbachs Ökotoxia-nerInnen „in größeren Gruppen angespannt“ vor ihrem dezentralisierten, interaktiven Fernsehen, „...aber nicht auf die passive und unselbständige Art der Amerikaner – sie schreien es regelrecht an, und die Zentrale wird mit Bildtelefonanrufen überflutet.“ (ebd., 90). Obgleich in dieser Utopie bereits eine mediatisierte Form demokratischer Kommunikation existiert, entspricht diese Form dennoch in vieler Hinsicht dem Face-to-Face-Gespräch. Denn die politisch Verantwortlichen der Ökotoxias sehen sich gezwungen, „...innerhalb einer Stunde auf dem Bildschirm zu erscheinen und, in die Defensive gedrängt, aufgebracht den Bürgern Rede und Antwort zu stehen, die gezielte und unbequeme Fragen stellen ...“ (ebd.).

Die Schwatzhafteigkeit, das Sprechen, die politische Kommunikation nehmen in den utopischen Demokratien eher selten eine mittelbare/mediatisierte (elektronische und/oder digitale) Form an. Dies ist allenfalls dann der Fall, wenn damit größere Gruppen spontan und direkt, d.h. zeitlich und räumlich aktiv einbezogen werden können, wenn also das mittelbare Sprechen politisch unmittelbare Partizipation erzeugt. Eine solche Vorstellung evoziert Benjamin Barbers *Starke Demokratie* (1994), in der ebenfalls das demokratische Sprechen im Zentrum steht, gleichwohl aber auch auf mittelbare/mediatisierte Weise gesprochen werden darf, um ein weit reichendes Maß an Beteiligung zu sichern. Barbers (ebd., 127) demokratietheoretische Formel lautet: „Eine starke demokratische Legitimation ist ... ohne anhaltende Gespräche undenkbar“; die Kommunikation der AktivbürgerInnen über ihre politischen Angelegenheiten ist das Erkennungszeichen einer starken Demokratie. Im Abschnitt „Politisches Sprechen: Allgemeine Merkmale“ definiert Barber (ebd., 168ff.) einige unverzichtbare Aspekte demokratischer Kommunikation: „Im Zentrum der starken Demokratie steht das Sprechen.“ (ebd., 168). Zuhören ist dabei allerdings genauso wichtig wie Reden, Gefühl ebenso notwendig wie Verstand und die sprachliche Reflexion dient dem Handeln (vgl. ebd., 169). Barber unterscheidet interessanterweise das liberale Reden vom partizipatorischen Sprechen; ersteres prämiert das Zuhören, während letzteres einen „Akt der Kommunikation“ darstellt, in dem äußern und empfangen, hören und sagen, einfühlen und ausdrücken gleichrangig sind (ebd., 170). Im Gegensatz zu Arendt unterstreicht Barber die Bedeutung des Schweigens. „Ein Maßstab für ein gelungenes politisches Gespräch ist tatsächlich, wie viel *Schweigen* es zulässt und fördert, denn das Schweigen ist jenes kostbare Medium, in welchem das Nachdenken gefördert wird und das Einfühlungsvermögen wachsen kann. Ohne das Schweigen gibt es nur das Geschwätz ...“ (ebd., 171). Politik, so Barber (ebd., 169), würde „völlig verdorren“ ohne das, was das Sprechen in sie hinein trägt: „Kreativität, Vielfalt, Offenheit und Flexibilität, ...Erfindungskraft, Entdeckergabe, Subtilität und Komplexität, ...Beredtheit, ...Vermögen zur Einfühlung und gefühlvollem Ausdruck ...“. Barbers demokratisches Schweigen markiert demnach ein Kontrastbild zu Arendts antidemokratischer Stummheit.

In Barbers Konzeption des starkdemokratischen Gesprächs wird die Festlegung der Tagesordnung durch alle Beteiligten als „dauernde Aufgabe“ verstanden (ebd., 181); das Gespräch lässt „keine Autorität außer der des Gesprächsprozesses selbst“ (ebd., 183) zu. Wie in Le Guins Utopia gilt auch bei Barber (ebd., 185): „Da das Gespräch auf die unendliche Vielfalt menschlicher Erfahrung eingeht und zunächst einmal jede menschliche Perspektive als berechtigt ansieht, dienen ihm viele Stimmen mehr als eine. ... das von ihm angestrebte Miteinander schafft aus hundert verschiedenen Ansichten ein großes Bild.“. Demokratisches Sprechen kann, Barber (ebd., 203) zufolge, „neue Lösungen für alte Probleme anbieten“, gar „neue Visionen“ eröffnen. Dies ist das Wesen „öffentlichen Denkens“. In Barbers starker Demokratie sorgen spezifische institutionelle Verfahren dafür, dass die partizipatorischen Chancen aller BürgerInnen realisiert werden können (ebd., 241-291): in Nachbarschaftsversammlungen, durch nicht privatisierte TV-Versammlungen, einen politisch bildenden Videotext, durch Volksabstimmungen mit Multiple-Choice-Optionen, interaktive Kommunikationsformen. So wie die beiden feministischen Utopistinnen Piercy und Le Guin, deren ideale Gesellschaften keine geschlechtsspezifischen Unterschiede im demokratischen Gespräch mehr kennen und deren UtopierInnen in einer Form sprechen, die klassisch dem Sprechverhalten von Frauen zugeordnet werden kann, legt auch Barber (ebd., 188-192) Wert darauf, sein öffentliches Sprechen und Schweigen in Begriffen zu definieren, die diesem Register angehören. Bei Barber soll das demokratische Sprechen gefühlvoll, affektiv, empathisch, emphatisch, fast verwandtschaftlich, zugehörig, gemeinschaftsbezogen sein. Diese sozial weiblichen Kommunikationsformen – einschließlich des Schweigens bzw. des zugewandten Zuhörens – sind kein „Geschwätz“, sondern die einer wirklichen Demokratie angemessenen Formen; Demokratie braucht „anhaltende Gespräche“ (vgl. dazu auch Holland-Cunz 1998).

Kommunikative Realitäten in mediatisierten „Massendemokratien“

Die skizzierten Kommunikationsformen bei Arendt, Piercy und Le Guin, bei Callenbach und Barber sind von heutigen kommunikativen Realitäten weit entfernt. Weder zugewandtes Schweigen noch empathisches Sprechen, weder Unbeholfenheit noch persönliche Hitzigkeit, weder unbequeme Fragen im direkten Gespräch mit den Regierenden noch ein „Miteinander ... aus hundert verschiedenen Ansichten“, weder interaktives Fernsehen noch BürgerInnenversammlungen, weder eine Debatte ohne Ende noch eine Visionen eröffnende Sprache, weder Vielfalt noch Gemeinschaft, weder ehrwürdiger Wettstreit um das beste Argument noch gar ein „Verfassungsfieber“ bestimmen die öffentliche Kommunikation in liberalen Repräsentativdemokratien. Sie organisieren Öffentlichkeit stattdessen primär als mittelbare, von Medien dominierte, passive Publikums-Demokratie im Habermas'schen Sinne, eine Demokratie, in der die einen sprechen und die anderen zum Schweigen verurteilt sind. Dass die klassischen Formen öffentlicher Beratung und Diskussion, dass kritische Publizität an ihr

Ende gelangt sind, gehört zu den zentralen Ergebnissen, die der *Strukturwandel der Öffentlichkeit* festhält: „unter Bedingungen sozialstaatlicher Massendemokratie“ (Habermas 1987, 294) verliert Öffentlichkeit ihre aktivbürgerInnenschaftliche, partizipatorische Dimension und wird zu einer vermachteten, refeudalisierten, manipulativ erzeugten Veranstaltung. „Massendemokratien“ operieren vor allem durch Medien, Öffentlichkeit verkommt zum mediatisierten Gespräch – Talk-Show-Geschwätz auf der einen, Stummheit auf der anderen Seite (zum aktuellen Forschungsstand zur „Mediengesellschaft“ vgl. Jarren/Donges 2002a, b).

Dass der Begriff der „Massendemokratie“, zumal versehen mit dem Zusatz „mediatisiert“, keine sehr freundliche Beschreibung für die aktuelle demokratiepolitische Lage ist, sollte vielleicht noch einmal ausdrücklich betont werden. Habermas' Analyse des Strukturwandels der Öffentlichkeit verweist auf beide Begriffe zugleich: a) auf die seit langem fortschreitende Entwicklung weg von Organisationsformen, in denen Deliberation (als kritische Begleitung/Anregung verfasster Politik) unmittelbares bürgerInnenschaftliches Engagement erfordert und b) auf die ebenfalls seit langem fortschreitende Entwicklung hin auf Kommunikationsformen, die nur noch mittelbar funktionieren, Ein-Weg-Kommunikation sind, medial erzeugt werden, die SprecherInnenrollen extrem ungleich verteilen, nur indirekte Politikerfahrung zulassen, das Mediensystem in seiner Funktion für politische Öffentlichkeit privilegieren und ihm eine große gesellschaftliche Aufmerksamkeit bescheren, obgleich es weit gehend und noch immer zunehmend ein Ort privater Ökonomie ist (vgl. Jarren/Donges 2002a, 30ff.). „Ohne Medien gibt es keine anhaltende, stabile Kommunikation zwischen den Akteuren wie auch zwischen Akteuren und den Bürgern.“ (ebd., 31). Dass diese „stabile Kommunikation“ die scharfe Teilung zwischen Sprechen und Schweigen institutionalisiert, interessiert DemokratietheoretikerInnen offenkundig stärker als MedienwissenschaftlerInnen; dass mediatisierte „Massendemokratien“ mit den Idealen von Arendt, Barber und den feministischen UtopistInnen letztlich kaum noch etwas gemeinsam haben, sollte nachdenklich stimmen. Das Sofa vor dem Fernsehgerät ist nicht der Ort der Demokratie, von dem die gesamte Ideengeschichte der Politischen Theorie der Neuzeit geträumt hat.

Aus einer geschlechterpolitischen Perspektive muss diese dramatische Diagnose zur heutigen Form politischer Kommunikation in mehrfacher Hinsicht sogar noch erweitert werden. a) Als Akteurinnen in der medialen und politischen Arena sind Frauen nach wie vor eine, wenn auch wachsende Minderheit. Dieser Status gilt sowohl für die rein quantitative/statistische, als auch für die qualitative Dimension der Betrachtung, d.h. für die öffentlichen Wahrnehmungs- und Anerkennungsformen. Wenn Frauen in der Öffentlichkeit auftreten, werden Sprache, Kleidung, Habitus, Kontext und Inhalte noch immer „anders“ gesehen, skeptischer beobachtet und kritischer bewertet als bei Männern. Frauen und Männer tragen ihren höchst ungleichen gesellschaftlichen Status gleichsam körperlich mit sich – jenes Phänomen, das Pierre Bourdieu (2005) bestürzend treffend die „Inkorporation“ und „Somatisierung“ der Herrschaft genannt

hat. b) Noch immer ist Schweigen in der politischen Öffentlichkeit eine Verhaltensform, die eher für Frauen als für Männer typisch ist; noch immer kommen längere Redebeiträge mit hoher Wahrscheinlichkeit von Männern, nicht von Frauen. c) Wenn schließlich sozial „weibliche“ Privatheit unverhüllt in der politischen Öffentlichkeit erscheint, dann meist in den Formen ihrer Intimisierung und Feudalisierung, in verletzender Grenzüberschreitung und/oder bewusst kalkulierter Erzeugung von Zustimmung. Das öffentliche Interesse am Privaten, insbesondere der Akteurinnen, nimmt zu und fungiert als Kontrolle politischer Kompetenzen. Wie extrem geschlechterpolitisch aufgeladen sich die heutige politische Öffentlichkeit darstellt, konnte anlässlich der Vereidigung Angela Merkels beobachtet werden; die berühmt-berüchtigte *BILD*-Schlagzeile vom 23.11.2005 sei hier noch einmal zitiert: „ANGELA MERKEL schwört den Kanzler-Eid. Wo war ihr Mann?“

Demokratisches Handeln/Sprechen ist heute selten ein starkdemokratisches „Miteinander-Sprechen“ im Sinne Arendts, Piercys oder Barbers. Das professionelle Sprechen der RepräsentantInnen und das nicht-professionelle Sprechen und Schweigen der BürgerInnen sind durch einen immer tieferen Graben voneinander abgetrennt; konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen treffen allenfalls noch in korporatistischen Arrangements aufeinander. Das Handeln/Sprechen ist weitgehend delegiert, entpolitisiert und geschlechtsspezifisch segregiert. Die Kluft zwischen den idealen Konzepten demokratischen Sprechens (und Schweigens) und den gegenwärtigen öffentlichen Kommunikationsformen wird nicht etwa geringer, sondern stetig größer, während die Trennung zwischen den Sphären des Privaten und des Öffentlichen stetig geringer wird. Im Gegensatz zu dem in den vergangenen viereinhalb Jahrzehnten deutlich gewachsenen Verständnis aktiver BürgerInnenschaft (Bedeutung der Zivilgesellschaft, Zunahme der unkonventionellen Partizipation) scheint das kollektive Verständnis demokratischer Kommunikationsformen abgenommen zu haben. Die Einheit von Sprechen/Handeln ist auseinander gerissen in konventionelles Geschwätz und unkonventionelles Engagement, in mediatisiertes Geschwätz und manipulativ hergestelltes Verstummen. Gleichzeitig sind die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit aufgeweicht. Es offenbart sich ein gravierendes demokratietheoretisches Problem: Dort, wo keine Grenzlinie verlaufen sollte, tut sich eine Kluft auf und dort, wo eine Grenze vielleicht schützen könnte, wird sie zusehends verwischt.

Dass sich die Prozesse der Zunahme unkonventioneller Partizipation und der Abnahme demokratischer Kommunikation gegenseitig (durch-)kreuzen, mag paradox klingen. Doch scheint die Hochkonjunktur deliberativer Verfahren, von der Lokalen Agenda 21 über Runde Tische bis zur Stadtplanung, allmählich abzulaufen und nicht wenige dieser Verfahren haben sich als das gezeigt, was sie möglicherweise von Anfang an waren: symbolische Politik zur Erzeugung von Zustimmung, in der das ausdrücklich erlaubte endlose Sprechen der BürgerInnen doch nur zu neuem Schweigen führt. Hier offenbart sich ein weiteres demokratietheoretisches Problem: Handeln/Sprechen im Arendt'schen Sinne haben sich in Handeln (phantasievolle, wortlose,

Aufmerksamkeit erzeugende Aktionen engagierter BürgerInnen) und Sprechen (der immer gleichen konventionellen AkteurInnen auf unseren Bildschirmen) auseinander entwickelt.

Demokratische Öffentlichkeit(en) und ihre umkämpften Grenzen

Wie schließlich konzipieren klassische feministische Demokratietheorien das Problem demokratischen Sprechens in der Öffentlichkeit? Ich möchte die kommunikationsbezogenen Überlegungen, die in einigen zentralen Texten präsentiert werden, kurz in Erinnerung rufen. Kaum ein Text ist hier nach wie vor so aufschlussreich wie Nancy Frasers (1994) Aufsatz *Sex, Lügen und die Öffentlichkeit*, in dem Fraser die Chancen untersucht, in einer medialen Öffentlichkeit politisches Gehör zu finden. Im Verlauf der harten Auseinandersetzungen um die persönliche Ehrenhaftigkeit des neu zu berufenden Bundesrichters Clarence Thomas, dem sexuelle Belästigung vorgeworfen wird, kann Thomas – auf Kosten seiner Anklägerin Anita Hill – seine patriarchale Macht verteidigen, „die Grenzlinie zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich mit Autorität und Erfolg festzulegen“; Thomas erlangt im Konflikt die Macht, „diese Grenze zu kontrollieren und zu schützen“ (ebd., 19).

Wie genau gelingt Thomas dies? Welche Voraussetzungen braucht es, um in der politischen Öffentlichkeit, sogar in einer zunächst prekären Lage, erfolgreich Gehör zu finden? Fraser zeigt ausführlich, dass die Strukturierung des Verfahrens selbst von entscheidender Bedeutung ist, d.h. nicht die Macht über Inhalte, sondern die Macht über die Formen und Foren des Sprechens führen zum strategischen Vorteil. Auf diesem Hintergrund können dann auch problematische Inhalte auf unfaire Weise neutralisiert werden; am Beispiel der Anhörungen kann der Sexismus- durch den Rassismuskritik Vorwurf ausgetauscht, der eine gegen den anderen UnterstützerInnenkreis ausgespielt und persönliches Ressentiment taktisch angereizt werden. In diesem Sinne lässt sich Fraser (ebd., 39) zufolge, „Öffentlichkeit nicht immer und unzweideutig als Instrument des Machtzuwachses und der Emanzipation verstehen. Für Mitglieder statusbenachteiligter Gruppen wird es immer darum gehen, die potenziellen politischen Möglichkeiten, die die Öffentlichkeit bietet, gegen die Gefahren aufzurechnen, die der Verlust der Privatheit mit sich bringt.“ Öffentlichkeit wird damit bei Fraser *nicht* als der stets schöne Ort der Emanzipation, sondern interessanterweise auch als ein Ort der Gefahr konstruiert. Ich sehe keine andere feministische politische Theoretikerin, die eine vergleichbar kritische Haltung gegenüber der emanzipatorischen Funktion politischer Öffentlichkeit einnimmt, ohne zugleich eine konservative Position zur Privatheit zu formulieren. In den 200 Jahren der alten und neuen Frauenbewegung war und ist Öffentlichkeit immer als der Ort „gegen ... Tyrannei“ (ebd.) thematisiert worden.

Fraser zieht aus ihrem Beispiel mehrere, für die aktuelle Struktur der medialen Öffentlichkeit wichtige Schlussfolgerungen: a) Massenmedien besitzen ein erhebliches

Einflusspotenzial auf die öffentliche Definitionsmacht, selbst einzelner Personen; b) (schwarze) Männer können sehr viel erfolgreicher als (schwarze) Frauen das Private abschirmen und Grenzen kontrollieren; c) die Grenzlinie zwischen Öffentlichkeit und Privatheit ist nicht einmal fixiert, sondern ständig neu umkämpft; d) der öffentliche Raum ist keineswegs homogen, er wird im Gegenteil durch eine diskursive Vielfalt von Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten hervorgebracht. An Stelle der falsch gewordenen Grenzziehung zwischen „weiblicher“ Privatheit und „männlicher“ Öffentlichkeit setzt Frasers Modell auf die Heterogenität und Unabgeschlossenheit heutiger Öffentlichkeit(en).¹ Ganz ähnlich konzipiert auch Seyla Benhabib (1995, 118) in „Selbst im Kontext“ ihr zeitgenössisches Modell demokratischer Öffentlichkeit als „Modell einer Pluralität der Öffentlichkeiten“. Benhabib zieht Habermas heran, um ihre Theorie, die das Diskursmodell und den Prozeduralismus feministisch fruchtbar machen will, zu entwerfen; Öffentlichkeit zeichnet sich durch die „Schaffung bestimmter Verfahrensweisen“ (ebd.) aus. Der Prozess der „Herstellung“ öffentlicher Diskurse und Verfahren wird, wie bei Fraser, besonders betont.

Das anspruchsvolle Bild aktueller demokratischer Öffentlichkeit(en), das Fraser und Benhabib konturieren – Pluralisierung, Heterogenisierung, „Prozeduralisierung“ und Diskursivierung des öffentlichen Raums, seine Unabgeschlossenheit und potenzielle Gefährlichkeit, umkämpfte Grenzziehungen und Grenzkontrollen – wird nicht in allen feministischen Theorien geteilt. Anne Phillips (1995) beispielsweise geht es in „Geschlecht und Demokratie“ darum, die Grenzziehung zwischen den Sphären des Öffentlichen und Privaten zu verteidigen bzw. gegen feministische Intentionen und aktuelle Entwicklungen neu zu etablieren, denn „Politik und Freundschaft wurden oft nicht mehr getrennt ...“ (ebd., 201). Phillips (ebd., 204ff.) hält das partizipatorische feministische Demokratiekonzept für anfällig, u.a. Exklusionen, Hierarchien und falschen Konsens zu erzeugen. Während sich die analytischen Texte Frasers und Benhabibs auf die neuen Wirklichkeiten demokratischen Sprechens beziehen, argumentiert Phillips normativ gegen die klassischen feministischen Praktiken, Bewegungen, Utopien. „... je utopischer die Form der Demokratie, desto autoritärer das mögliche Resultat“ (ebd., 218), lautet die Formel. Die von Fraser und Benhabib entworfene Analyse der Pluralisierung, Heterogenisierung, „Prozeduralisierung“ und Diskursivierung des öffentlichen Raums gibt dazu die aktuelle Realität wieder und formuliert einen gleichsam a-utopischen Impuls für feministische Theorien demokratischen Sprechens. Insbesondere Frasers Überlegungen könnten den Ausgangspunkt einer neu zu skizzierenden feministischen Öffentlichkeits- und Demokratietheorie bilden: einer feministischen Theorie politischer Kommunikation in mediatisierten „Massendemokratien“.

Formen politischer Kommunikation in mediatisierten „Massendemokratien“

Die Zurückhaltung gegenüber mediatisierten Formen politischer Kommunikation, die in den Entwürfen der UtopistInnen zum Ausdruck kommt, sollte als wichtige Orientierung verstanden werden, die eine Vorstellung von optimalen Kommunikationsbedingungen in feministischer Theorie und Praxis dauerhaft lebendig hält. Das ideale Sprechen und Schweigen in der Demokratie, so sagen die einschlägigen Bilder, sollte u.a. Face-to-Face, inklusiv, nachdenklich, kontrovers, ausführlich, vernünftig, einfühlsam, kreativ und anhaltend sein. An diesem Maßstab kann sich das demokratische Gespräch in mediatisierten „Massendemokratien“ zwar messen, aber nicht unmittelbar ausrichten. Denn die von Piercy und Le Guin, Callenbach und Barber erzeugten utopischen Bilder partizipatorischer Demokratie und die von Fraser und Benhabib analysierten Bilder aktueller politischer Öffentlichkeit(en) müssen zueinander ins Verhältnis gesetzt werden, um zu ersten Fragmenten einer feministischen Theorie politischer Kommunikation zu gelangen – einer Theorie, die nicht nur den dramatischen Abstand zwischen Utopie und Realität vermisst, um dann gleichsam in eine politiktheoretische Depression zu verfallen, sondern auch Aussagen über die nicht-partizipatorische Gegenwart macht.

Arendts Aversion gegen „große Anhäufungen von Menschen“ als Problem demokratischer Kommunikation stand am Anfang meiner Überlegungen, um auf die Diskrepanz zwischen den unmittelbaren Gesprächsformen auf der griechischen, utopischen und starkdemokratischen Agora einerseits und den mittelbaren/mediatisierten Gesprächsformen in heutigen Repräsentativdemokratien andererseits zu verweisen. Dass demokratische Gesellschaften, die aus vielen Millionen Menschen bestehen, einige politische Phantasie aufwenden müssen, um den utopischen Gesprächsformen überhaupt nahe kommen zu können, ist evident; dass Barber keinen Zweifel daran hat, dass dies möglich ist, sollte ebenfalls deutlich geworden sein. Aus Barbers optimistischer Sicht sind „Massendemokratien“ deshalb nicht, auch wenn Arendt uns dies glauben machen möchte, per se mit einem Demokratie-Problem behaftet, „Massendemokratien“ stehen allerdings vor immensen demokratietheoretischen *Verfahrensfragen*. Hier trifft sich die Debatte, wie unschwer erkennbar sein dürfte, direkt mit dem Konzept der Deliberativen Demokratie (vgl. Habermas 1992, 1994), das ja einen Versuch darstellt, Demokratie unter den aktuellen „massendemokratischen“ gesellschaftlichen Verhältnissen optimal zu gestalten. Gemeinschaftliche Beratung und gemeinsames Nachdenken sowie die diskursive Vernunft des besseren Arguments in einer idealen Situation des Sprechens stehen im Zentrum. In der Theorie der Deliberativen Demokratie kommen die wichtigen Ebenen der mediatisierten Kommunikation und der Übersetzung der Ergebnisse in die konventionellen Arenen des Politischen hinzu, Elemente, die im utopischen und theoretischen Feminismus bislang noch zu wenig durchdacht werden.

Welche Fragmente einer feministischen Theorie politischer Kommunikation in mediatisierten „Massendemokratien“ lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt festhalten, welche Fragen müssen in Zukunft gründlicher bearbeitet werden? a) Das Sprechen und Schweigen in der Demokratie wird in feministischen Texten bislang häufig ideal/utopisch gedacht und spiegelt eher kleinräumige Gesprächssituationen wider. Die politische Öffentlichkeit, die hier unterstellt wird, ist selten die Öffentlichkeit heterogener, pluralisierter, mediatisierter Räume. Die Texte argumentieren eher normativ als analytisch. Man/frau sitzt (wie bei Piercy beispielsweise) um einen Tisch und debattiert lokalpolitische Fragen, anstatt sich wie Anita Hill in gefährliche mediatisierte öffentliche Auseinandersetzungen zu begeben. b) Die geschlechterpolitischen Dimensionen öffentlicher Kommunikation sind evident und unstrittig: der geschlechtshierarchische Zugang zu den konventionellen Arenen des Politischen, die Herrschaft abbildenden und reproduzierenden Habitualisierungen, die geschlechtshierarchische Verteilung von Sprechen und Schweigen, die Aufladung der Sphären-trennung Öffentlichkeit/Privatheit mit sozialer Männlichkeit/Weiblichkeit; erst die neueren Analysen politischer Öffentlichkeit(en) konturieren einen komplexen diskursiven Raum, in dem die Grenzlinien zum Privaten (gefährvoll und) umkämpft sind. c) Das Problem, das große BürgerInnenschaften für die Realisierung demokratischer politischer Kommunikation darstellen, wird kaum berücksichtigt; Formen mittelbarer/mediatisierter Kommunikation sind bislang nicht, wie etwa bei Barber, in eine elaborierte feministische Theorie der Demokratie eingearbeitet worden. Immerhin zeichnet sich in einigen wenigen Theoriekonzepten eine Strukturanalyse der Öffentlichkeit in mediatisierten „Massendemokratien“ ab, eine Strukturanalyse, die Öffentlichkeit vor allem nicht mehr ungeteilt positiv skizziert, sondern die demokratie- und geschlechterpolitischen Gefahren mittelbarer Öffentlichkeit(en) sieht: Geschwätz und Verstummen einerseits, Gefährdetheit und umkämpfte Grenzen andererseits. Die Diskurse gehen noch nicht zusammen: hier die Demokratietheorie, die das unmittelbare Sprechen/Handeln fokussiert, dort die Analyse der Medienwirklichkeit und ihrer demokratie- und geschlechterpolitischen Problematiken. Vielleicht könnte es angesichts dieser spärlichen politiktheoretischen Lage hilfreich sein, die dargelegten Kommunikationsformen für eine einschlägige feministische Theorie zu sortieren und entlang der demokratischen Messlatte Inklusion/AktivbürgerInnenschaft zu hierarchisieren. Am unteren, negativen Ende der Hierarchie würde sich Arendts Vorstellung der stummen Gewalt finden, während die optimale Form durch die utopische Vorstellung einer „schwatzhaften“ partizipatorischen Demokratie bezeichnet wäre, die sich in Face-to-Face-Gesprächen – Miteinander-Sprechen und zugewandtes Schweigen – selbst regiert. Die zweitunterste Stufe wäre die von Habermas beschriebene manipulativ hergestellte, feudalisierte Öffentlichkeit, in der sich Barbers „Geschwätz“ vor passivem stummem Publikum ereignete. Darüber ließen sich entlang der Messlatte Inklusion/AktivbürgerInnenschaft diejenigen Kommunikationsformen eintragen, in denen nicht unmittelbar gesprochen, aber eben auch nicht passiv ge-

schwiegen werden muss, Formen demokratischen Sprechens und Schweigens, die mittelbar/mediatisiert funktionieren; diese müssten schließlich nach dem Maß ihrer interaktiven Möglichkeiten und persönlichen Gefährdungen sortiert werden. Kurz gesagt ergibt sich folgender Aufbau von „unten“ nach „oben“: stumme Gewalt, Geschwätz und passive Rezeption, mittelbare Kommunikationsformen nach dem Grad ihrer Interaktivität, unmittelbare Kommunikationsformen nach dem Grad ihrer partizipatorischen Chancen. Am oberen Ende der demokratischen Hierarchie befänden sich diejenigen Kommunikationsformen, die nicht nur durch eine stets offene Tagesordnung zu kennzeichnen wären, sondern vor allem auch sich selbst zum Thema machten. Die kritische Reflexion des Gesprächsverlaufs, die Nachfrage nach den Chancen der Inklusion, die Metaebene des Sprechens, das Sprechen über das Sprechen und Schweigen, der Prozeduralismus der Deliberation, die Barber'sche (1994, 183) Vorstellung, „keine Autorität außer der des Gesprächsprozesses selbst“, bezeichneten somit das Optimum, das das Sprechen und Schweigen in der Demokratie erreichen kann.

Es sind ganz wesentlich die prozeduralistischen Überlegungen Frasers und Benhabibs, die eine neue Debatte anregen könnten. Während der Bezug auf Deliberation und Verfahrensgerechtigkeit bei Benhabib positiv und ausdrücklich zustimmend ist, analysiert Fraser gleichsam die andere Seite der Organisation politischer Verfahren: wie sie für Machtchancen missbraucht und wie das „Wahre, Schöne, Gute“ pluralisierter Öffentlichkeit(en) in ihr anti-emanzipatorisches Gegenteil verkehrt werden können. Während Öffentlichkeit in der Geschichte des Feminismus immer als wichtiger Ort „gegen ... Tyrannei“ konzipiert wurde, könnte sich diese Perspektive heute als demokratiepolitisch anachronistisch erweisen. Pointiert ausgedrückt: Mit Fraser und Benhabib ist Öffentlichkeit in mediatisierten „Massendemokratien“ heute als ein Ort der Aushandlung von Verfahren und mit Fraser als ein Ort potenzieller Gefahr zu denken. Nur demokratische Selbstreflexivität ermöglicht die Privilegierung von Verfahrensgerechtigkeit gegenüber machtvoller Okkupation der Öffentlichkeit in Gestalt von Geschwätz und Gefahr. Mit Fraser können feministische DemokratietheoretikerInnen die Gefährlichkeit und Gefährdetheit des Sprechens und Schweigens in Öffentlichkeit(en) denken lernen, die a) nicht (mehr) unmittelbar sondern mediatisiert und b) (noch) nicht stark- sondern massendemokratisch organisiert sind.

Betrachtet man/frau heute existierende Formen mittelbarer/mediatisierter politischer Kommunikation, so ließe sich zum Schluss fragen, welche dieser Kommunikationsformen in mediatisierten „Massendemokratien“ dem Anspruch auf Selbstreflexivität am ehesten entsprechen. In den klassischen Foren des Rundfunks und Fernsehens ist Interaktivität noch nicht standardisiert; politische Diskussionsforen existieren zwar, doch eher sporadisch, nicht selbstreflexiv und mit ungleichen Verteilungen von Sprechen und Schweigen (im öffentlich-rechtlichen System eher als im privaten, im Rundfunk eher als beim Fernsehen). Das Fernseh-Sofa ist weder verfahrensgerecht noch zwei-Wege-kommunikativ. In Netz-vermittelten Foren ist selbstreflexives politisches

Sprechen/Handeln/Schweigen als regelmäßige demokratiepolitische Option gut vorstellbar, doch ist der Netz-Zugang heute noch stark geschlechtsspezifisch strukturiert (vgl. *zweiwochendienst*, H. 225, 6.12.05; Hoecker 2006). Erst wenn es, wie in Ökoto-
pia, möglich ist, die Kanzlerin direkt vor den Bildschirm zu zwingen, um unmittelbar mit ihr zu streiten, nähern sich die politischen Kommunikationsformen in mediatisierten „Massendemokratien“ demokratischen Vorstellungen an. Sprechen, das kein Geschwätz und Schweigen, das keine Stummheit ist, müssen auch für mediatisierte „Massendemokratien“ wünschbar sein. Zumal für Frauen, die in der politischen Öffentlichkeit so lange stumm gehalten wurden; Sabine Christiansen ist allerdings ein schlechtes Beispiel dafür.

Anmerkungen

- 1 Zur Bedeutung Frasers für eine feministische Theorie der Öffentlichkeit vgl. auch Holland-Cunz 1996; dazu und zur Pluralisierung von Frauenöffentlichkeiten vgl. auch Klaus 2004.

Literatur

- Arendt, Hannah, 1989: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich, 6. Aufl. (1. Aufl. 1958).
- Arendt, Hannah, 1994: *Über die Revolution*. München, Zürich, 4. Aufl. (1. Aufl. 1963).
- Barber, Benjamin, 1994: *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg (1. Aufl. 1984).
- Benhabib, Seyla, 1995: *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*. Frankfurt/M. (1. Aufl. 1992).
- Bourdieu, Pierre, 2005: *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt/M. (1. Aufl. 1998).
- Callenbach, Ernest, 1982: *Ökotoxia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999*. Berlin (1. Aufl. 1975).
- Fraser, Nancy, 1994: „Sex, Lügen und die Öffentlichkeit: Überlegungen zur Bestätigung des Bundesrichters Clarence Thomas“. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt/M., 19-42 (1. Aufl. 1992).
- Habermas, Jürgen, 1987: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Darmstadt, Neuwied, 17. Aufl. (1. Aufl. 1962).
- Habermas, Jürgen, 1992: „Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik“. In: Münkler, Herfried (Hg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*. München, Zürich, 11-24.
- Habermas, Jürgen, 1994: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/M., 4. durchges. u. erw. Aufl. (1. Aufl. 1992).
- Hoecker, Beate, 2006: „Mehr Partizipation via Internet? Theoretische Erwartungen und empirische Befunde“. In: Hoecker, Beate (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*. Opladen, 289-307.

- Holland-Cunz, Barbara, 1996: „Feminismus: Politische Kritik patriarchaler Herrschaft“. In: Neumann, Franz (Hg.): *Handbuch Politische Theorien und Ideologien*. Band 2. Opladen, 357-388.
- Holland-Cunz, Barbara, 1998: *Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt*. Opladen.
- Honig, Bonnie, 1994: „Agonaler Feminismus: Hannah Arendt und die Identitätspolitik“. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt/M., 43-71.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick, 2002a: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen*. Wiesbaden.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick, 2002b: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Band 2: Akteure, Prozesse und Inhalte*. Wiesbaden.
- Klaus, Elisabeth, 2004: „Öffentlichkeit und Privatheit: Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten“. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden, 209-216.
- Klein, Naomi, 2001: *No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern*. München (1. Aufl. 2000).
- Le Guin, Ursula K., 1981: *Planet der Habenichtse*. München, 4. Aufl. (1. Aufl. 1974).
- Phillips, Anne, 1995: *Geschlecht und Demokratie*. Hamburg (1. Aufl. 1991).
- Piercy, Marge, 1996: *Frau am Abgrund der Zeit*. Berlin/Hamburg (1. Aufl. 1976).

Zwischen Boulevard und Polit-Talk

Doing Gender im politischen Journalismus

Margreth Lünenborg

Öffentlichkeit ist eine basale Voraussetzung für die repräsentative Demokratie. Sie herzustellen ist eine wesentliche Funktion von Massenmedien, speziell von Journalismus. Prozesse der Meinungsbildung, der Orientierung, ja gar der Kontrolle sollen vom Journalismus wahrgenommen werden. Heute wird unter dem Begriff der „Mediengesellschaft“ über die „ambivalente Beziehung (von Politik und Medien diskutiert, ML) mit begrenzten Zuverlässigkeiten und Loyalitäten, die sich angesichts aktueller politischer Situationen, wechselnder Interessenkoalitionen und der Dynamik von Skandalen jederzeit ins Prekäre wenden kann“ (Pfetsch 1998, 233). Als problematisch gelten wechselseitige Versuche der Beeinflussung und Inanspruchnahme zwischen Journalismus und Politik, zwischen politischen AkteurInnen, ihren strategischen KommunikatorInnen sowie den politischen JournalistInnen.

Im Mainstream der politik- und der kommunikationswissenschaftlichen Forschung wird kaum in den Blick genommen, dass im politischen Journalismus und der öffentlichen Arena fundamentale geschlechterdemokratischer Defizite aufzufinden sind – und zwar in einem doppelten Sinne: Sowohl im politischen Journalismus als auch in der Politik – und deren Repräsentation in der Medienöffentlichkeit – sind Frauen historisch wie aktuell deutlich unterrepräsentiert. Diesem Verhältnis wird hier näher nachgegangen und dabei die These verfolgt, dass schon der normativen Fundierung von Journalismus als Instanz zur Herstellung politischer Öffentlichkeit eine dualisierende Geschlechterstruktur zugrunde liegt.

Mit Blick auf die Rolle von Frauen im politischen Journalismus fällt dabei aktuell eine Widersprüchlichkeit auf: Während mit Sabine Christiansen, Maybrit Illner und Sandra Maischberger prominente Journalistinnen den zentralen politischen Talkrunden Gesicht und Struktur geben, bleibt das journalistisch repräsentierte Weltbild streng geschlechterhierarchisch. So erhielt Sabine Christiansen von den Medienfrauen von ARD und ZDF bereits im Jahr 1999 die „Saure Gurke“. Zur Begründung hieß es: „Sie praktiziert Sonntag für Sonntag um 21.45 Uhr in der ARD erfolgreich die hohe Kunst des Recyclens politischer Themen – wenn auch weitgehend unter Ausschluss weiblicher Gäste.“⁴¹ Die Präsenz von Frauen vor der Kamera führte also keineswegs zu einem geschlechtsspezifisch veränderten Blick auf das politische Treiben in Berlin.

Der Begriff des *Gendering*

Der Begriff des *Gendering* bezeichnet in Anlehnung an Grudrun-Axeli Knapp (1993: 23) den Prozess des Entstehens und der permanenten Ausgestaltung der sozialen und kulturellen Geschlechterverhältnisse einer Gesellschaft oder eines Teilbereichs der Gesellschaft, hier speziell des Journalismus. Dessen spezifische Geschlechterstruktur wird damit als prozesshaft und kontextgebunden erkannt. Männer als Chefredakteure und Frauen als freie Mitarbeiterinnen, Männer in der „harten Politik“ und Frauen in den „weichen Bereichen“ des Sozialen und Kulturellen – all das bezeichnet keine essenzielle Wesenhaftigkeit von Journalismus, sondern historisch gebundene Formen der kontinuierlichen Zuweisung, Aushandlung und Ausgestaltung von Macht, Einfluss, Geld, Status und Inhalten. Macht und Einfluss entstehen dabei in kontinuierlicher Wechselwirkung zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung. Diesen Zusammenhang fasste Lana Rakow (1986, 21) bereits vor 20 Jahren in die prägnante Formulierung „„being‘ a gender involves ‚doing‘ gender““ (vgl. Lünenborg 2001, 127; 1997, 29).

Für die Journalismusforschung erwächst daraus die Anforderung, historisch und systematisch zu erfassen, in welchen Bereichen Männer, in welchen Frauen präsent sind und wie sich geschlechtsspezifische Zuständigkeiten, Arbeitsgebiete, Karrieren, Einkommen und Einflussphären im Journalismus unterscheiden, sowie zu klären, in

welchem Maße durch dualistische Zuschreibungen eine spezifische Geschlechterordnung erst geschaffen wird. Dies berührt Elemente der *personalen Dimension des Gendering* im Journalismus.

Zugleich werden im Journalismus ganz spezifische, professionelle Aspekte relevant. Diese *inhaltliche Dimension des Gendering* fragt, in welcher Weise Journalismus Geschlecht zum Thema macht, Bilder von Männern und Frauen entwirft, in welcher Weise er selbst symbolische Geschlechterstrukturen entwirft, herstellt oder modifiziert. Diese beiden Dimensionen des *Gendering* unterscheidet Gertrude Robinson (2005, 8) „[as] a structural (organizational) and a hermeneutic (meaning) perspective that traces how social structure affects interpretation and behaviour“. Während sie beide Dimensionen individualistisch interpretiert, erscheint mir die soziale und kontextuelle Gebundenheit beider Dimensionen bedeutsam: Es handelt sich nicht um individuelle geschlechtsgebundene Charakteristika und Handlungspraxen der AkteurInnen, sondern um Verhaltens- und Darstellungsmuster, die in professionelle und symbolische Strukturen eingeschrieben sind.

Gendering im politischen Journalismus

Bei der Analyse des *Gendering* im politischen Journalismus werden beide Dimensionen relevant. Dies hat Rückwirkungen darauf, welche Bedeutung dem Politikressort im Vergleich zu anderen journalistischen Arbeitsfeldern beigemessen wird. Der politische Journalismus nimmt innerhalb der Profession sowohl im Selbstverständnis als auch in der Fremdzuschreibung durch die Journalismusforschung den Status des „Kerngeschäfts“ ein. Wenn Journalismus seine gesellschaftliche Bedeutung und Legitimation maßgeblich daher bezieht, die Mitglieder des Publikums zu kompetenten StaatsbürgerInnen zu machen, wenn Journalismus mit dem normativen Ideal der „Vierten Gewalt“ attribuiert wird, dann meint dies primär den politischen Journalismus.

Damit lassen sich zwei Typen von Journalismus mit differenten Zielgruppen unterscheiden: Hier der Aufklärung versprechende und politische Journalismus, adressiert an die mündigen, aktiven BürgerInnen (citizen). Dort der primär der Unterhaltung gewidmete Journalismus, der ein als passiv gedachtes Publikum adressiert, das weniger als politisch handelnde Gruppe in Erscheinung tritt, denn als Konsument (consumer), dessen Interessen nicht der öffentlichen Sphäre, sondern dem Privaten zuzurechnen sind. Diese dichotome Strukturierung ist unmittelbar an eine Geschlechterdichotomie gebunden, in der Politik als männlich, Unterhaltung in der privaten Sphäre angesiedelt als weiblich attribuiert wird (vgl. Klaus 1996).

Ein großer Teil der nationalen wie internationalen Kommunikatorforschung konzentriert sich explizit in der Anlage oder faktisch in der Auswahl der Befragten auf das Feld des politischen Nachrichtenjournalismus (vgl. Donsbach 1982, 1993; Patterson/Donsbach 1996; Sievert 1998; Esser 1998; Weaver/Wilhoit 1996; Scholl/Wei-

chenberg 1998; zur kritischen Diskussion dazu vgl. Klaus/Lünenborg 2000, 192ff.). Diese Konzentration ist stets mit einem *gender bias* verbunden. So gilt das Politikressort ähnlich wie Wirtschaft und Sport als „männlich“, während Soziales, Ratgeber oder Kultur als „weiblich“ charakterisiert werden. Robinson (2005, 8) fasst wie folgt zusammen: „In print journalism, these different career paths are initiated through gendered ‚beat‘ assignments, such as ‚lifestyles‘ and ‚consumer‘ reporting for the female professional and ‚sports‘ and ‚national political‘ reporting assigned to male colleagues.“ Hier geht es nicht um die empirisch vorfindbare geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Journalismus, sondern um geschlechtsgebundene Konstruktionen gesellschaftlicher Sphären. In diesem Sinne wird Geschlecht sichtbar als eine spezifische kulturelle Konstruktion, die innerhalb eines gegebenen Kontextes geschaffen wird. „Gender is consequently ‚constructed‘ in relation to a particular place and time and most importantly in relation to the existing power relations of the culture in question, as well as the gendered experiences one has over one’s lifetime.“ (ebd., 9) Demnach gilt Journalismus im Politikressort als bedeutsamer Bereich des journalistischen Handelns, der seine Macht nicht zuletzt aus der unmittelbaren Nähe zur politischen Macht bezieht.

Befunde zum personalen *Gendering* im politischen Journalismus

Die aktuelle repräsentative Erhebung zum „Journalismus in Deutschland“ verweist auf einen Frauenanteil von 37,3% in der Profession insgesamt; detaillierte Aufschlüsselung nach Ressort oder Hierarchie liegen bislang nicht vor. Der Gesamtanteil belegt jedoch eine zunehmende Teilhabe von Frauen am Journalismus. Gegenüber 1994 (31%) hat sich damit der Frauenanteil an den festangestellten wie freiberuflich tätigen JournalistInnen innerhalb von zehn Jahren um knapp 7% gesteigert. Eine fortschreitende Egalisierung der Geschlechterstruktur ist somit zu erkennen.

Eine solche Entwicklung wird durch weitere aktuelle Daten belegt und offenbart mit Blick auf die Tätigkeit im Politikressort zusätzliche Details. Johanna Schwenk (2006, 178) ermittelt bei einer Befragung von 1.128 JournalistInnen gar einen Frauenanteil von 44% im Politikressort. Schwenks Erhebung basiert allerdings auf freiwilliger Beteiligung an einem Fragebogen, der über Journalistenverbände, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Fachmedien verbreitet wurde. Damit dürfte der insgesamt sehr hohe Frauenanteil von 47% methodisch bedingt verzerrt sein, was die Autorin auch selbstkritisch reflektiert (vgl. ebd., 145f.). Wenngleich auf dieser Grundlage endgültige Aussagen zur personalen Geschlechterstruktur im Politikressort nicht möglich sind, bietet die Studie doch Anhaltspunkte für eine zunehmend gleichgewichtige Teilhabe von Frauen und Männern an der Politikberichterstattung auf dem Level der RedakteurInnen.² Eindrücklich sichtbar wird diese Balance ebenfalls bei der Frage nach dem Wunschressort. Bei Männern wie Frauen führt das Politikressort das berufsinterne Ranking an: Hier wollen Männer wie Frauen am liebsten arbeiten. Im eigenen Be-

rufsleben dagegen finden sich die meisten Männer und Frauen im Lokal- und Regional-Ressort wieder, während die Politik bei beiden Geschlechtern den zweiten Platz einnimmt. Sichtbar wird an dieser Prioritätensetzung, dass das Politikressort als „Kerngeschäft“ des journalistischen Handelns im Selbstverständnis der Profession nach wie vor dominant ist. Auch wenn sich das tatsächliche Tätigkeitsfeld im aktuellen Journalismus deutlich ausdifferenziert hat, bleibt das Ideal- und Wunschbild geprägt vom Aufklärungsideal, in dem sich Journalismus im Verhältnis zum politischen System definiert. An diesem Idealbild orientieren sich Männer und Frauen gleichermaßen.³

Diese aktuellen Daten erfordern einen grundlegenden Wandel in der geschlechtersensiblen Journalismusforschung, denn bis heute dominiert die Sichtweise einer personell und strukturell von Männern geprägten Profession. In der ersten für Deutschland einschlägigen Studie konstatieren Irene Neverla und Gerda Kanzleiter 1984 eine überwältigende Dominanz der Männer in der Profession. Nur 13% Frauen finden sie unter den hauptberuflichen, fest angestellten RedakteurInnen der von ihnen untersuchten Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Besonders auffällig ist bei dieser marginalisierten Position der Frauen die erhebliche Schwankungsbreite innerhalb der horizontalen wie der vertikalen Struktur der Profession.

„Die Tendenz der ungleichen Verteilung dieser Minderheit (der Frauen, ML) auf die einzelnen Arbeitsgebiete wird (...) sichtbar. Insgesamt ist der Frauenanteil beim Hörfunk etwas höher als beim Fernsehen. Wichtiger aber erscheinen medienunabhängig die erheblichen Schwankungen zwischen dem ‚aktuellen‘ Bereich, zu dem Politik, Wirtschaft, Sport, aktuelle, regionale Berichterstattung u.ä. gezählt wurden, und dem ‚nicht-aktuellen‘ Kulturbereich, zu dem Wissenschaft, Erziehung Frauen- und Kinderprogramme zu rechnen sind.“ (Neverla/Kanzleiter 1984, 32f.)

So finden sich in der aktuellen und politischen Berichterstattung 12% (Hörfunk) bzw. 11% (Fernsehen) Redakteurinnen gegenüber 28% bzw. 26% in der Kultur- und Gesellschaftsberichterstattung. Ob sich diese Differenz tatsächlich mit dem unterschiedlichen Grad an Aktualität erklären lässt, erscheint fraglich, denn in der politischen wie der kulturellen Berichterstattung lassen sich gleichermaßen tagesaktuelle wie hintergründige Formen der Bearbeitung von Themen auffinden. Nahe liegender erscheint da die Interpretation, dass die *Inhalte* geschlechtshierarchisch organisiert und bearbeitet werden. Bestätigt wird dieser Eindruck durch den Blick auf die Zeitungsredaktionen zweier ausgewählter Tageszeitungen. Dort finden Neverla und Kanzleiter einen Gesamtanteil von 13,9% Frauen unter den RedakteurInnen. Während sich unter den leitenden Redakteuren keine einzige Frau findet, steigt auf der Ebene der „normalen“ RedakteurInnen der Frauenanteil im Ressort Lokales auf immerhin 35%. Im Ressort „Politik“ findet sich dagegen keine, im Ressort Nachrichten eine Journalistin neben zehn Kollegen. Damit macht der Frauenanteil in beiden Ressorts gemeinsam 5,2% aus. Entsprechend konstatieren die Forscherinnen:

„Sowohl für die Tageszeitung als auch für Funk und Fernsehen zeigt sich, dass Nachrichten, Politik, Wirtschaft und Sport Domänen der Männer sind. (...) Mit anderen Worten: in den klassischen Ressorts, insbesondere in den politiknahen und aktuellen Bereichen, gewissermaßen in den Zentren des Berufs, arbeiten Männer, während Frauen in den weniger aktuellen, weniger politiknahen Bereichen, gewissermaßen an den Rändern des Berufs, tätig sind.“ (ebd., 47f.)

Politikberichterstattung ist damit zu Beginn der 1980er Jahre in Deutschland eine „extreme Männerdomäne“ (ebd.: 50).

Doch die Deutung und Interpretation dieser Daten ist m.E. mit Vorsicht zu genießen. Die horizontale Verteilung der Geschlechter innerhalb der Profession wird hier zugleich zur konstitutiven Maßeinheit für Kern und Peripherie gemacht. Dualistisch wird damit den Männern der Kern, den Frauen der Rand zugewiesen. Gleichermäßen ließe sich argumentieren, dass Frauen schon 1980 – als Journalismus in weit stärkerem Maße als heute eliten- und institutionenzentriert war – innerhalb dieser Profession für innovative Ansätze einer stärkeren Alltags- und Publikumsorientierung gestanden haben. Mit einer solchen Sichtweise werden Zentrum und Peripherie nicht absolut gesetzt, sondern sind erkennbar als historisch gebundene und kulturell geprägte Positionierungen. Das historisch männlich geprägte Verständnis von Öffentlichkeit erfährt aktuelle Wandlungen, die maßgeblich von Frauen innerhalb der Profession vorangetrieben werden. Damit stoßen wir an dieser Stelle auf ein Beispiel dafür, wie die Geschlechterforschung paradoxerweise durch die empirische Beschreibung von geschlechtshierarchischer Differenz selbst zur Festschreibung von Zweigeschlechtlichkeit beitragen kann.

Die Behauptung einer horizontalen Segregation des journalistischen Arbeitsmarktes qua Geschlecht und damit einer merklichen Unterrepräsentanz der Frauen im Politikressort im Vergleich zu anderen Arbeitsbereichen durchzieht die Forschung bis heute. So konstatieren Siegfried Weischenberg u.a. (1994, 19f.), „dass es nach wie vor ‚typisch männliche‘ und ‚typisch weibliche‘ Ressorts gibt. (...) Eine Reihe von Ressorts erweist sich deutlich als ‚männlicher‘ Arbeitsbereich. Dazu gehören vor allem das Politik- und das Wirtschaftsressort“. So finden sich im Ressort „Aktuelles/Politik“ 25,8% Journalistinnen gegenüber 74,2% männlichen Kollegen. Diese Interpretation der Daten habe ich bereits an anderer Stelle kritisiert (vgl. Lünenborg 1996; Lünenborg 1997, 113ff.). Hochgradig signifikante Unterschiede finden sich in den Ressorts Sport, Feuilleton sowie Ratgeber/Service. Im Politikressort jedoch finden sich Frauen proportional entsprechend ihrem Anteil an der Profession insgesamt. Damit lässt sich für den Journalismus in Deutschland bereits Anfang der 1990er Jahre feststellen: „Die horizontale Struktur des Systems Journalismus ist keineswegs (mehr) in dem Maße geschlechtsspezifisch strukturiert wie es die Forschung uns bislang annehmen ließ. *Frauen weichen nicht in die Nischenressorts aus.*“ (Lünenborg 1997, 115) Mit diesem Argument versucht die Journalismusforschung, die extremen Differenzen im Karriereverlauf von Männern und Frauen zu erklären. Weischenberg u.a. (1994, 22) konstatieren:

„Es muß also davon ausgegangen werden, dass die durchschnittliche Journalistin ihren Aufstieg aufgrund ihres Geschlechts mit hoher Wahrscheinlichkeit verpasst (hat). Dabei (...) dürfte bei der Verteilung von Aufstiegschancen auch die Ressortzugehörigkeit eine Rolle spielen: In ‚männlichen‘ Ressorts wie Politik und Wirtschaft kann sich ein(e) JournalistIn wohl eher ‚einen Namen machen‘ als in weiblichen ‚Bastionen‘ wie Mode, Ratgeber oder Familie“.

Tatsächlich erfolgt die Rekrutierung für Leitungspositionen auf oberer und oberster Ebene (z.B. Chefredaktion, Auslandskorrespondenz) in der Regel aus dem politischen Ressort. Die vorgelegte Datenanalyse macht jedoch sichtbar, dass Journalistinnen *nicht* durch das Ausweichen auf randständige Ressorts ihre Karrierechancen mindern. Während also das Politikressort historisch als fast ausschließlich von Männern besetztes Ressort gewachsen ist, hat sich heute ein Wandel vollzogen: Journalistinnen sind im Politikressort in etwa im selben Maße präsent, in dem sie an der Profession insgesamt teilhaben. Manifest bleibt die Geschlechterdifferenz jedoch auch weiterhin innerhalb der Hierarchie. Der verstärkte Zutritt der Frauen in das Politikressort hat ihnen bislang (noch) nicht in nennenswertem Umfang die Türen in die Chefredaktion geöffnet.

Profession oder Geschlecht?

Das Verhältnis von Geschlechtsidentität und Berufsrolle

Haben Journalistinnen diesen Weg in die Politikberichterstattung geschafft um den Preis, Andersartigkeit gänzlich zu leugnen oder abzulegen? Hat die professionelle Sozialisation die geschlechtsgebundene soziale Praxis und Erfahrungsweise gänzlich überlagert? In der Kommunikatorforschung werden diese Fragen bearbeitet, indem professionelle Selbstbeschreibungen sowie das berufliche Selbstverständnis von Männern und Frauen vergleichend betrachtet werden. Der US-amerikanische Journalismusforscher David Weaver (1997, 39) formuliert:

„This (finding) suggests that newsroom and community environments are stronger influences on journalists' professional values (and probably on the kind of news content they produce) than is gender raising the question of whether news coverage is likely to change much as more women enter journalism and assume positions of increasing responsibility.“

Ähnlich argumentieren in Deutschland Susanne Keuneke u.a. (1997, 43). Sie sprechen davon, dass sich im Funktions- und Rollenkontext des Journalismus der „weibliche“ zu einem „professionalisierten Blick“ wandle. Systemische Anforderungen einer professionellen Berufsausübung rückten in den Mittelpunkt „und Rückbezüge auf gesellschaftliche Strukturen wie die Geschlechterrollen unterbleiben weitgehend“ (ebd., 39). Zusammengefasst heißt das: Mit dem Erwerb der professionellen Rolle als JournalistIn verliert die Differenz Mann-Frau an Bedeutung.

Aus der Perspektive der Geschlechterforschung erscheint eine solche Interpretation fragwürdig. Die Kommunikatorforschung konstruiert hier geschlechtsgebundene

Identität als ein Attribut, das nach Bedarf abgelegt werden kann. Demgegenüber gehen die Gender Studies davon aus, dass es kein „Heraustreten“ aus dem Geschlecht, keine A-Geschlechtlichkeit geben kann. Die Soziologin Angelika Wetterer (2002, 131) reflektiert den Zusammenhang zwischen geschlechtsgebundener und beruflicher Identität wie folgt:

„Das Geschlecht wird auch in Prozessen des ‚doing gender while doing one’s job‘ nicht nur hervorgebracht, sondern immer schon vorausgesetzt und erwartet. Jede Alltagsinteraktion ist immer schon vorstrukturiert durch die wechselseitige Erwartung aller Beteiligten aneinander, dass jede und jeder ein Geschlecht ‚hat‘ und es auch im ‚doing work‘ zur Darstellung bringt. ... Und schließlich sind gerade die ‚institutional arenas‘ der Berufsarbeit nicht frei von vorgängigen, immer schon zweigeschlechtlich konzipierten Organisations- und Zuweisungsmustern, auf die sich die Einzelnen im beruflichen Alltagshandeln beziehen und beziehen müssen.“

Der Erwerb professioneller Handlungsmuster kann deshalb niemals geschlechtsgebundene Muster ersetzen. Eine professionell agierende Politikjournalistin gibt mit dem Eintritt in die Redaktion nicht ihre weibliche Identität ab, diese wird vielmehr erwartet und vorausgesetzt, mitsamt den damit verbundenen Zuweisungen wie kommunikativer und sozialer Kompetenz, Einfühlsamkeit oder Zuständigkeit für spezifische Themen. Redaktionelle Strukturen sind bereits in ihrer offenen und verdeckten Hierarchie qua Geschlecht organisiert. Geschlechtliche und professionelle Identität werden somit im Wechselspiel modifiziert, weiterentwickelt und neu arrangiert. Kritisch anzumerken ist an den Interpretationen von Weaver sowie Keuneke u.a. weiterhin, dass hier allein Frauen geschlechtsgebundene Identität zugewiesen wird, die sie durch professionelle Sozialisation quasi ablegen. Männlichen Journalisten werden solche Entwicklungsprozesse offenkundig nicht abverlangt. Ihr Verhalten erscheint als „neutral“, Handeln nach professionellen Maßstäben erweckt bei den männlichen Journalisten den Anschein der „Geschlechtslosigkeit“. Aus der Perspektive der Geschlechterforschung erwächst im Gegensatz zu dieser Interpretation die Forderung, die Geschlechtsgebundenheit professioneller Handlungsmuster und Verhaltensweisen im Journalismus grundsätzlich sichtbar zu machen, um eine Dekonstruktion der Verwobenheit von professioneller und geschlechtsgebundener Identität zu ermöglichen. Offen bleibt bei diesen theoretischen Überlegungen jedoch, welchen Unterschied es macht, wenn Frauen politischen Journalismus betreiben. In den 1970er und 1980er Jahren begann die Frauenforschung in den Medien durch Praktikerinnen selbst. Ihr Forschungsinteresse war motiviert durch die klassische feministische Forderung: Mehr Frauen in die Redaktionen, damit es mehr Frauen in den Nachrichten gibt! Ein solch simpler Kausalzusammenhang lässt sich heute nicht länger behaupten. Vor dem Hintergrund aktueller Berufsfelddaten muss die Frage vielmehr modifiziert werden: Warum hat sich an der Geschlechterstruktur der Nachrichten und journalistischen Informationen so wenig verändert, *obwohl* der Frauenanteil in den Redaktionen deutlich zugenommen hat?

Die Relevanz des Geschlechts im politischen Journalismus

Das biologische Geschlecht ist keine unabhängige Variable, die für sich genommen (andersartiges) Verhalten determiniert. Studien zur Präsenz und Repräsentanz von Frauen in Redaktionen und Berichterstattung lassen nicht den Schluss zu, dass ein größerer Frauenanteil in den (politischen) Redaktionen zu einer größeren Präsenz von Frauen in der (politischen) Berichterstattung führt. Das Geschlecht der KommunikatorInnen determiniert also nicht das Geschlecht der selektierten AkteurInnen in den Nachrichten und in anderen journalistischen Beiträgen. Analysen zur Berichterstattung in regionalen Hörfunksendern weisen keinen Zusammenhang nach zwischen dem Frauenanteil in den Redaktionen und im Programm (vgl. Werner/Rinsdorf 1998; Cornelißen/Gebel 1999). Internationale Vergleiche belegen beachtliche Differenzen im Journalistinnenanteil in verschiedenen Ländern und Weltregionen. Aus dieser Differenz lassen sich keine kausalen Zusammenhänge ableiten über den Anteil der Politikerinnen, über die im Nachrichtenangebot berichtet wird. (vgl. Media Watch 1995). Die aktuellen Daten des *Global Media Monitoring Project* (GMMP 2005; Journalistinnenbund 2006) bestätigen dies Phänomen. Zwar zeigt sich in der deutschen Berichterstattung 2005 gegenüber den Vorgängeruntersuchungen (1995 und 2000) eine gewisse Steigerung des Anteils an Nachrichten, in denen Frauen eine (tragende) Rolle spielen. Aber mit Anteilen von 24% im Fernsehen, 23% im Hörfunk sowie 22% in Tageszeitungen (Hesse/Röser 2006, 13) kann von einer angemessenen Repräsentanz von Frauen in Nachrichten kaum die Rede sein. Konzentriert man sich in der Analyse allein auf das engere Feld der politischen Nachrichten, so vergrößert sich die Geschlechterdifferenz noch: Nur 19% der in der Presse und im Fernsehen erwähnten PolitikerInnen (23% im Hörfunk) waren am Stichtag, dem 16.2.2005, Frauen. Während die Teilhabe von Frauen in den Politikressorts also seit den 1980er Jahren beachtlich zugenommen hat, und heute von einem Anteil oberhalb von 40% ausgegangen werden muss, hat sich die Geschlechterstruktur der Berichterstattung nur geringfügig verändert. Jutta Röser (2006) zeigt anhand ausgewählter Tageszeitungen, dass der höchste Anteil an weiblichen Nachrichten-Akteurinnen im Boulevard-Blatt *BILD*-Zeitung zu finden ist (35%), gefolgt von regionalen Tageszeitungen, die globale und überregionale Themen mit lokalem Bezug „übersetzen“ (Leipziger Volkszeitung 27%, Westdeutsche Allgemeine Zeitung 22%). Dagegen ist die Berichterstattung in überregionalen Qualitätszeitungen in höchstem Maße „frauenfrei“ (FAZ 12%, taz 15%, Süddeutsche Zeitung 19%). Die thematische Aufbereitung der Ereignisse sowie das adressierte Publikum erweisen sich als relevante Dimensionen für die Berücksichtigung von politischen Akteurinnen in der Tagespresse. Professionelle Selektionskriterien werden hier in ihrer Kontextgebundenheit sichtbar, die dann für Journalisten und Journalistinnen gleichermaßen wirksam werden. Die frühe feministische Forderung nach mehr Frauen in den Redaktionen verbunden mit der Hoffnung, auf diesem Wege zu einer veränderten medialen Repräsentation der Geschlechter zu gelangen, hat sich

als kurzschlüssig erwiesen. Das Erlernen spezifischer Redaktionspraktiken überlagert potenziell geschlechterdifferente Praktiken. Aus der Perspektive der Geschlechterforschung muss dabei ergänzt werden, dass allein kulturell erworbene Verhaltensmuster, Lebenspraxen und Normen zu relevanten Dimensionen des *Gendering* werden. Pointiert formuliert: Frauen schreiben nicht anders, weil sie (biologisch) Frauen sind, sondern Journalistinnen, die aus eigener Lebenspraxis in andere Erfahrungskontexte eingebunden sind als ihre männlichen Kollegen und auf dieser Grundlage Geschlechterdifferenz bewusst reflektieren, können auf dieser Grundlage zu differenter journalistischen Selektions- und Entscheidungskriterien kommen. Zu dieser Frage liegen bislang allenfalls qualitative Fallstudien vor (vgl. Lünenborg 1997, 208-339).

Kommunikatorstudien (Scholl/Weischenberg 1998; Schneider u.a. 1993a/b) weisen für Deutschland darauf hin, dass sich das berufliche Selbstverständnis von Journalistinnen nicht grundlegend von dem ihrer männlichen Kollegen unterscheidet. An diesen Studien ist freilich kritisch anzumerken, dass sie die Kategorie Geschlecht lediglich additiv als demographische Variable hinzufügen und nicht integrativ in die Anlage der Befragung und die Itembildung einbeziehen. Mit Blick auf das Spannungsverhältnis zwischen Information und Unterhaltung als geschlechtsgebundene Gegensatzpaare in der öffentlichen Kommunikation erweist sich eine solche Vorgehensweise als grundlegend problematisch (vgl. Klaus 1996; Klaus/Lünenborg 2000).

Doing gender while doing journalism

Lässt sich also Geschlecht nicht als determinierender Faktor in der Ausgestaltung des politischen Journalismus nachweisen, so bedeutet das keineswegs, dass die kulturell geprägte Geschlechtszugehörigkeit und -identität im Kontext redaktionellen Handelns ihre Relevanz verliert. Jedoch finden sich hier ambivalente und oftmals widersprüchliche Strategien.

Das Spannungsverhältnis zwischen „Angleichung und Abweichung“, wie Neverla bereits 1986 das Handeln von Journalistinnen in einem männlich geprägten Arbeitsumfeld beschrieben hat, scheint empirisch schwer zu fassen. Im politischen Journalismus sind starke normative Ideale wirksam, die geschlechtsneutral daher kommen. Diesen Idealen streben Frauen in gleicher Weise nach wie ihre männlichen Kollegen: der Aufklärung dienen, Licht ins Dunkle bringen, aber auch neutral und sachlich über aktuelles Geschehen berichten. Mit diesen Begrifflichkeiten werden international immer wieder die zentralen Anliegen (politischer) JournalistInnen beschrieben. Auch wenn die feministische Forschung die Entwicklung des Aufklärungsideals basierend auf der dualistischen Unterscheidung von *ratio* und *emotio*, Körper und Geist, Öffentlichkeit und Privatheit längst als geschlechtsgebundene Konstruktion dekonstruiert hat (vgl. Fraser 1994; für die Journalismusforschung vgl. Klaus/Lünenborg 2000), so führt dies keineswegs zum Bewusstsein geschlechtsgebundenen Handelns bei den JournalistInnen im Politikressort.

Umso prägnanter sind jene Aussagen, in denen das professionelle Handeln der politischen Journalistin als geschlechtsgebundenes Handeln reflektiert wird. Carola Stern, Anfang der 1970er Jahre als erste politische Kommentatorin im *Westdeutschen Rundfunk* tätig, bietet solche Reflexionen in ihrer Autobiographie „Doppelleben“ an:

„Eines Tages wollte ich von Botta (Hörfunk-Chefredakteur des WDR, ML) wissen, was er eigentlich von meinen Kommentaren hielt. ‚Na ja‘, druckste der Chefredakteur herum, ‚Sie sagen zu oft *ich* statt *man*, äußern sich sehr subjektiv, behaupten, früher eine Sache anders gesehen, Ihr Urteil revidiert zu haben – das alles ist nicht üblich hier im Haus ...“ (Stern 2002, 196f.).

Bewusste und gezielte Subjektivität, das Eingestehen eigener Irrtümer, das Sichtbar-machen der Verbindung von Meinung und Mensch, von Erkenntnis und Subjekt, die Subjektgebundenheit von Wissen – bei der Benennung dieser Aspekte als Dimensionen öffentlicher Kommunikation ist heute unübersehbar, dass es sich um Facetten geschlechtsgebundener Kommunikationsstile handelt. Und auch Stern dürfte es als solches erlebt und benannt haben: Schließlich war es „ein Frauenthema“, das sie in die Riege der KommentatorInnen aufsteigen ließ (vgl. ebd.). Sie hat als Mensch *und* als Frau, als politisches Subjekt *und* als Journalistin politische Berichterstattung nachhaltig geprägt und damit verändert. *Doing gender while doing journalism* bleibt damit nicht alleinige und ausschließliche Erklärung für ihr spezifisches Agieren als Expertin für Ostdeutschland in der Politikredaktion. Doch ihre spezifische Art des journalistischen Arbeitens, ihr Kommunikations- und Schreibstil ist zugleich nicht zu verstehen, wenn die spezifische Geschlechterstruktur in der Politikredaktion und im WDR außer Acht gelassen wird.

Heute haben Frauen längst einen beachtlichen Anteil am Politikressort; auf horizontaler Ebene scheint eine geschlechterparitätische Struktur greifbar nahe. Für die Geschlechterforschung erwachsen daraus neue Anforderungen. Es kann nicht – wie in der (Selbst-)Beschreibung Sterns – um subjektgebundene, individuelle Veränderungen oder Blockierungen gehen. In den Mittelpunkt der Forschung müssen strukturorientierte, prozessuale und kontextbezogene Arbeiten zur Artikulation und Ausgestaltung von Geschlecht im Kontext professionellen Handelns rücken, um das *doing gender while doing journalism* im Politikressort systematischer zu erforschen. Betrachtet man die veränderte Medienlandschaft, veränderte Berichterstattungsmuster und Themenfelder, so lassen sich Hypothesen entwickeln, die bis heute ihrer Überprüfung harren: Geht die Öffnung des politischen Journalismus für Frauen einher mit dem Verlust des Elitestatus für diese Profession? Führt dieser Verlust an Prestige und Macht zu einer thematischen Öffnung jenseits der politischen Eliten? Folgt aus dieser Elitenabkehr eine stärkere Alltagsorientierung journalistischer Berichterstattung? Könnte eine Boulevardisierung des Journalismus damit auch eine demokratische Öffnung beinhalten? (vgl. Lünenborg 2005)

Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive betreten diese Hypothesen zumindest im deutschsprachigen Raum weitestgehend Neuland, denn der Trend zur Boulevardisierung und Trivialisierung wird in der Tradition der Frankfurter Schule überwiegend als kulturindustrielle Bedrohung angesehen. An einer systematischen Prüfung dieser Überlegungen sollte der kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung in besonderer Weise gelegen sein. Hätte sie doch das Potenzial, die Furcht des FAZ-Chefredakteurs Frank Schirrmacher vor der „Männerdämmerung“ zu nuancieren (Schirrmacher 2003): Das mediale Matriarchat scheint nicht bevorzuzustehen. Doch zugleich muss er in seiner Angst bestätigt werden: Die veränderten Geschlechterstrukturen im politischen Journalismus bringen grundlegende Veränderungen im politischen Raum mit sich – auch auf den Zuschauertribünen des Bundestags. Der übersichtliche Kreis der politischen und publizistischen Eliten, die in gemeinsamem männlichen Einvernehmen den öffentlichen Diskurs bestimmen, dieser Kreis hat sich unwiederbringlich geöffnet – eine solche Veränderung kann nicht ohne Konsequenzen auch für politische Kommunikation bleiben.

Anmerkungen

- 1 <http://www.saure-gurke.info/Gewinner.htm> (4.6.2006).
- 2 Alle Studien verweisen zugleich darauf, dass innerhalb der Hierarchie Geschlechterdifferenz unangetastet bleibt. Der steigende Anteil an Journalistinnen im Berufsfeld führt also nicht zu einer vergleichbaren Steigerung in den Leitungspositionen.
- 3 Dabei dürfte auch mit Blick auf diesen Gesichtspunkt die Studie methodisch bedingte Verzerrungen aufweisen. Die Überrepräsentanz von JournalistInnen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und damit verbundene Unterrepräsentanz privat-kommerzieller Anbieter sowie die Unterrepräsentanz von nicht in Berufsverbänden organisierter JournalistInnen führt zu einer Betonung der politisch-informativen Funktion von Journalismus; damit ist eine Vernachlässigung anderer Formen und Funktionen wie Unterhaltung, Ratgeber oder Service verbunden.

Literatur

- Cornelißen, Waltraud/Gebel, Christa, 1999: *Gleichberechtigung on air? Zur Präsentation von Männern und Frauen im niedersächsischen Hörfunk. Eine empirische Untersuchung*. Berlin.
- Donsbach, Wolfgang, 1982: *Legitimationsprobleme des Journalismus*. Freiburg, München.
- Donsbach, Wolfgang, 1993: „Redaktionelle Kontrolle im Journalismus. Ein internationaler Vergleich“. In: Mahle, Walter (Hg.): *Journalisten in Deutschland. Nationale und internationale Vergleiche und Perspektiven*. München, 143-160.
- Esser, Frank, 1998: *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*. Freiburg, München.
- Fraser, Nancy, 1994: *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*. Frankfurt/M.

- Gallego, Juana u.a., 2004: „Gender Stereotyping in the Production of News“. In: de Bruin, Marjan/Ross, Karen (Hg.): *Gender and Newsroom Cultures. Identities at Work*. Cresskill NJ, 45-66.
- Global Media Monitoring Project (GMMP), 2005: *Global Report 2005*. Internet: www.whomakesthenews.org/who_makes_the_news/report_2005 (20.5.2006)
- Hesse, Marlies/Röser, Jutta, 2006: „Mehr Präsenz von Frauen in den Hauptnachrichten deutscher Medien“. In: Journalistinnenbund (Hg.): *Präsenz von Frauen in den Nachrichten. Medienbeobachtungen 2005*. Bonn, 12-18.
- Journalistinnenbund (Hg.), 2006: *Präsenz von Frauen in den Nachrichten. Medienbeobachtungen 2005*. Bonn.
- Keuneke, Susanne/Kriener, Markus/Meckel, Miriam, 1997: „Von Gleichem und Ungleichem. Frauen im Journalismus“. *Rundfunk und Fernsehen*. 45. Jg. H. 1, 468-486.
- Klaus, Elisabeth, 1996: „Der Gegensatz von Information ist Desinformation, der Gegensatz von Unterhaltung ist Langeweile“. *Rundfunk und Fernsehen*. 44 Jg. H. 3, 402-417.
- Klaus, Elisabeth/Lünenborg, Margreth, 2000: „Der Wandel des Medienangebots als Herausforderung an die Journalismusforschung: Plädoyer für eine kulturorientierte Annäherung“. *Medien & Kommunikationswissenschaft*. 48 Jg. Nr. 2, 188-211.
- Knapp, Gudrun-Axeli, 1993: „Segregation in Bewegung: Einige Überlegungen zum ‚Gendering‘ von Arbeit und Arbeitsvermögen“. In: Hausen, Karin/Krell, Gertraude (Hg.): *Frauenarbeitsarbeit. Forschungen zu Geschichte und Gegenwart*. München, 25-46.
- Lünenborg, Margreth, 2005: *Journalismus als kultureller Prozess. Zur Bedeutung von Journalismus in der Mediengesellschaft. Ein Entwurf*. Wiesbaden.
- Lünenborg, Margreth, 2001: „Geschlecht als Analyseperspektive in der Journalismusforschung. Potenziale und Defizite“. In: Klaus, Elisabeth/Röser, Jutta/Wischermann, Ulla (Hg.): *Kommunikationswissenschaft und Gender Studies*. Wiesbaden, 124-143.
- Lünenborg, Margreth, 1997: *Journalistinnen in Europa. Eine internationale vergleichende Analyse zum Gendering im sozialen System Journalismus*. Opladen.
- Lünenborg, Margreth, 1996: „Geschlecht als soziales und kulturelles Konstrukt. Kritische Anmerkungen zur Geschlechterforschung in aktuellen Kommunikatorstudien“. In: Mast, Claudia (Hg.): *Markt-Macht-Medien. Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen*. Konstanz, 363-373.
- Mediawatch, 1995: *Global Media Monitoring Project. Women's Participation in the News*. Toronto.
- Melin-Higgins, Margareta/Djerf-Pierre, Monika, 1998: *Networking in the Newsroom. Journalist and Gender Cultures*. Unpublished paper presented at the IAMCR Conference, Glasgow, Scotland.
- Neverla, Irene/Kanzleiter, Gerda, 1984: *Journalistinnen. Frauen in einem Männerberuf*. Frankfurt/M., New York.
- Patterson, Thomas E./Donsbach, Wolfgang, 1996: „News Decisions. Journalists as Partisan Actors“. *Political Communication*. 13. Jg., 455-468.

- Pfetsch, Barbara (1998): „Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart“. In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden, 233-252.
- Robinson, Gertrude J., 2005: *Gender, Journalism and Equity. Canadian, U.S., and European Perspectives*. Cresskill, NJ.
- Röser, Jutta, 2006: „Der Pressejournalismus als Konstrukteur männlicher Dominanz“. In: Journalistinnenbund (Hg.): *Präsenz von Frauen in den Nachrichten. Medienbeobachtungen 2005*. Bonn, 27-36.
- Schirmacher, Frank, 2003: „Männerdämmerung. Wer uns denkt: Frauen übernehmen die Bewusstseinsindustrie“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.7.2003.
- Schneider, Beate u.a., 1993a: „Westdeutsche Journalisten im Vergleich: Jung, professionell und mit Spaß an der Arbeit“. *Publizistik*. 38. Jg., 5-30.
- Schneider, Beate u.a., 1993b: „Journalisten im vereinigten Deutschland. Strukturen, Arbeitsweisen und Einstellungen im Ost-West-Vergleich“. *Publizistik*. 38. Jg. H. 4, 353-382.
- Scholl, Armin, 1997: „Journalismus als Gegenstand empirischer Forschung“. *Publizistik*. 42. Jg. H. 4, 468-486.
- Scholl, Armin/Weischenberg, Siegfried, 1998: *Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie*. Opladen, Wiesbaden.
- Schwenk, Johanna, 2006: *Berufsfeld Journalismus. Aktuelle Befunde zur beruflichen Situation und Karriere von Frauen und Männern im Journalismus*. München.
- Sievert, Holger, 1998: *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*. Wiesbaden.
- Stern, Carola, 2002: *Doppelleben*. Reinbek.
- Weaver, David, 1997: „Women as journalists“. In: Norris, Pippa (Hg.): *Women, Media and Politics*. New York, Oxford, 21-40.
- Weaver, David/Wilhoit, G. Cleveland, 1996: *The American Journalist in the 1990s. U.S. Newspeople at the End of an Era*. Mahwah.
- Weiderer, Monika, 1993: *Das Frauen- und Männerbild im Deutschen Fernsehen. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Programme von ARD, ZDF und RTL plus*. Regensburg.
- Weischenberg, Siegfried u.a., 1994: *Frauen im Journalismus. Gutachten über die Geschlechterverhältnisse bei den Medien in Deutschland*. Im Auftrag der IG Medien, Fachgruppe Journalismus (dju/SWJV). Stuttgart.
- Weischenberg, Siegfried, 1997: *Neues vom Tage. Die Schreinemakerisierung unserer Medienwelt*. Hamburg.
- Werner, Petra/Rinsdorf, Lars, 1998: *Ausgeblendet? Frauenbild und Frauenthemen im nordrhein-westfälischen Lokalfunk*. Opladen.
- Wetterer, Angelika, 2002: *Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive*. Konstanz.

Tricky Relations

Exploring the Intersections of Gender, Politics and News*

Karen Ross

In a modern democracy such as that fondly imagined to exist in the so-called civilized 'West' in the twenty-first century, most journalists would suggest that they write and broadcast in the public interest, that they serve an important function in holding government accountable and reporting on the actions of those who we elect to serve in our name. But as news media move ever further and faster towards mere infotainment, so their ability or even interest in reporting politics in any meaningful way goes at equal velocity in the opposite direction. And whilst the rhetoric of impartiality, which the news media have always insisted lies at the heart of their practice, has never been as pristine as journalists have claimed, the complicated relationship between journalists and politicians have become increasingly intertwined. Obviously, for both sets of professional actors, there is a necessary interdependence, since journalists need something to write about and politicians need to get their messages across to the public. "Sources, particularly those in government, are the lifeblood of news." (Perloff 1998, 223) The media, and television in particular, ventilate the real politics, with Presidents and Prime Ministers announcing important policy decisions not in Senate or the House of Commons but in the TV studio, live to camera (Wheeler 1997; Negrine 1998) and directly to us in our homes. Because of the media's belief that the public have an alarmingly short attention span, they tend to apply sound bite theory to both political interviews but also what they choose to cover of the events in parliament. This results in a rather distorted view of the political process, at least from the general public's view. Politicians themselves are very well aware of the news media's need to make news exciting, as the Australian Labor politician, Jenny Macklin, makes clear.

"The problem with the electronic media is, you know, it's only 10 seconds which is of course, going to come out of Question Time, because it's the only color and movement of the day. The rest is the 'normal' process of making laws, committees and there are a lot of positive things that go on but you wouldn't put it on the telly at night because it's as boring as anything." (Jenny Macklin, Labor, Australia)¹

Part of the consequence of sound bite politics, practiced both by journalists and politicians, is that it is increasingly difficult for less prominent parliamentarians to secure a media profile. For women politicians who rarely occupy very senior positions or if they do, are often relegated to the less glamorous policy portfolios such as health and education, it is particularly difficult to get media attention. Unfortunately, when they are successful in making the news, it is often for things other than their political actions or manifestos.

Gender/Agenda

The perpetuation of a hegemonic worldview of male dominance is regularly witnessed in both fictional and factual programming strands and the ways in which women (particularly but also other disadvantaged groups) are represented in the media send important messages to the public about women's place, women's role and women's lives. If it has become a commonplace to argue that news media regularly and routinely perform an affirmatory function in reinforcing dominant norms and values to "the public", it still bears repeating. The sadness and frustration is that after more than twenty-five years of documenting the media's representation of women (see for example Tuchman et al. 1978; Root, 1986; Ross/Sreberny-Mohammadi 1997; Wykes 1998), so little has changed. Importantly, part of the endurance of gender stereotypes in news discourse can be related directly to the culture of newsrooms themselves, microcosmic environments which constitute sites of considerable contestation about gender and power (Steiner 1998; Gallagher 2001; de Bruin/Ross 2004). While women have penetrated media organizations to a significant degree over the past two or three decades, they have rarely managed to secure the editorship of major dailies or broadcast channels.

When asked, women politicians themselves are clear that a specifically gendered news discourse does exist when journalists report on the political activities of women (Ross 2002). Aspects of their sex, e.g. hairstyle, clothes, and domestic arrangements, are routinely incorporated into what should be straightforward stories on policy but they are routinely framed as women first and then, maybe, as politicians. When 101 Labour women were elected to the British Parliament in 1997, the front page headlines figured them as "Blair's Babes". Although some of those women have argued in retrospect, that doing the "Blair picture" was perhaps unwise, they were unprepared for the media response: their considerable victory was trivialized instantly not just by that possessive apostrophe, but through their sexualized figuring as "babes".

The reality is that women have been elected to the "top" political job, have been presidents and prime ministers, but still their abilities to lead a country are questioned, still the media ask, can she really do it? Two good contemporary examples of this phenomenon are the election of Angela Merkel in Germany in 2005 (cf. *Scholz* in this issue) and the promotion of Margaret Beckett in the UK to Foreign Minister in 2006, two resounding "firsts" for women. In each case, the woman in question had many years of active political office but still the media questioned their competence and suitability for the job:

"...another problem for the campaign, however, was Merkel herself. Despite the orange posters and the theme song Angie from the Rolling Stones, there was not much rock-'n-roll in the Merkel camp. Its flag-bearer was mocked as a frumpish former academic unable to connect with ordinary people ..." (Matthew Campbell Templin, *Sunday Times*, 17 September 2005).

“The appointment of Mrs Beckett displays another variety of his (Tony Blair) contempt for the significance of high office. With a Minister for Europe now attending Cabinet... However, following her record of success in government – the most recent evidence of which has been her attempt to destroy agriculture by fouling up the system of payments to farmers – she is lucky to be left in charge of so much as a sweet shop.” (Simon Heffer, *Daily Telegraph*, 6 May 2006)

Women talk back

The remainder of this article discusses the results of an extended research study that includes sets of first-hand interviews with women from the British (1995, 2000, 2006), Australian (1998) and South African (1999) parliaments and the Northern Ireland Assembly (2002, 2006). I aim to explore the dissonances between the rhetoric of news media that purport an impartial objectivity when reporting politics, and the experiences of women parliamentarians themselves in their dealings with and experiences of news workers. The findings from this study are set out below as a set of thematic concerns highlighting the similarities in women’s experiences across several countries. I suggest that the media’s reaction and response to women who dare to cross the gender line and do “men’s work” are punished by a male-dominated media whose possess a set of shared routines (which masquerade as “regular” journalism, but) that transcend simple geography but instead operate within a Western model of patriarchy as practiced in the newsroom. Women parliamentarians themselves argue that the media often appear to be operating double standards when considering women politicians, almost as if they expect “better” standards of behaviour, higher moral values, more honesty, integrity, loyalty. What seems to happen is that women are often set up as paragons and are then “unmasked”, almost as quickly, as being less than perfect, but they never claimed such a perfection – the media made it up. Ironically, although the media mostly ignore backbenchers, the very novelty of women parliamentarians provides a reason to include them.

“Women politicians, particularly at cabinet level, tend to be knocked, judged, assessed, by a criteria that is incredibly harsh, relative to their male counterparts ... it’s not that the media wouldn’t want to focus on men when mistakes are made but it is more relentless and with women, it’s personalized in a way that it isn’t with men.” (Janet Love, ANC, South Africa)

If women transgress the normative gender expectations that society (and the media) have of them, then sadly they must expect to overly scrutinize. When Carmen Lawrence (Labor) became Australia’s first State Premier (of Western Australia), she experienced what she describes as the “sore-thumb” phenomenon: “I just stuck out and so your actions, for good or ill are often exaggerated and they are seen as more significant than they really are, which means that you can fly higher but you can also fall lower.”

Our bodies ourselves

News stories about powerful women are just as likely to use frames of analysis which privilege biology rather than politics. In my previous work with women politicians (see Ross/Sreberny-Mohammadi 1997; Ross 2002), most of them believe that their outward *appearance* is the focus of both more column inches and airtime than anything they might *say*. This focus is much more likely to be used on women than their male colleagues. Women mentioned repeatedly the ways in which the media always include the age of women politicians, what they look like, their domestic and family circumstances, their fashion sense and so on. Fiona Mactaggart (Westminster, 2000) believes that the media's fascination with sartorial style is partly because there is a view that how women dress is a much more important indicator of who they are and what they stand for, than is the case for men. The emphasis on style is made to undermine women; it is *not* an unconscious process. In an interesting poacher-turned-gatekeeper analysis, the Women in Journalism² undertook a study of newspaper photographs which revealed that although it is clear that "men outnumber women in public life ... the analysis shows that the way newspapers use images of women is at best old-fashioned and at worst complacent." (Women in Journalism 1999, 12).

"Women are never the right age. We're too young, we're too old. We're too thin, we're too fat. We wear too much make-up, we don't wear enough. We're too flashy in our dress, we don't take enough care. There isn't a thing we can do that's right." (Dawn Primarolo, Labour, UK)

The ways in which the media frame women politicians, how and where they position them for photographs has an impact on the implicit messages conveyed by such strategies. Cartoons are also used to undermine women's effectiveness. When Cheryl Kernot crossed the floor of the Australian Parliament in 1997, giving up her leadership of the Australian Democrats to become a Labor candidate, the media responded, in picture-form, with cartoons of her in bed with Kim Beasley (the then Labor Party Leader). Whilst men are also the subject of cartoonist's humour, women are much more likely to feature in cartoons which emphasize aspects of the sex. A woman politician is always described as a *woman* politician in the media, her sex is always on display, always the primary descriptor. She is defined by what she is *not*, that is, she is not a "typical" politician who in principle, bears no gendered descriptor but who is clearly marked as male (Ross/Sreberny 2000).

If elections are won or lost in the public gaze of the media, as the media itself has often claimed, then it is easy to argue that the privileging of form over function, presentation over policy, means that *all* politicians are subject to the tyranny of telegenicity and must surrender to inappropriate sartorial scrutiny, not just the women. While this is, in principle, true, the objectification of male politicians is noticeable because of its infrequency. With women politicians on the other hand, it is almost the rule. Pippa Norris (1997) argues that a number of frames exist which position emergent women leaders

as breaking the mould, as outsiders winning against the odds, and as agents of change. These are all very “positive” frames at a superficial level but the first two at least are unsustainable over the lifetime of a woman leader’s career, once she is an established rather than a “new” leader. The third frame is equally problematic since it could, by its emphasis on change (challenging the barren desert of “politics as usual”) set women up to fail as they prove unable to achieve the unrealistically high expectations. Beyond the media obsession with the physicality of women politicians, the gendered assumptions about politicians are manifest in the discourses used. The differential use of language signals the media’s opprobrium against women who transgress the orthodox boundaries of what “real” women are and what “real” women do. What they don’t do, apparently, is become politicians.

“If a woman goes out at 6 o’clock in the morning to clean offices to keep her family together, to raise her children, she will be presented as a heroine. If she wants to run that office she will be presented as an unnatural woman and even worse, as an unnatural mother.” (Glenda Jackson, Labour, UK)

The democratic deficit – where are the women?

The media’s largely stereotypical portrayal of the relationship between women and politics is symptomatic of this wider news perspective which rarely strays outside the conventional frame of male-political-public and female-personal-private. Notwithstanding the generalized tendency of the news media to use their own interpretative lens through which to analyze politicians *per se*, male (rational) politicians receive coverage on what they say and what they believe while women (emotional) politicians receive coverage on what they wear and what they feel, in the gender-dependent articulation of style vs. substance politics (cs. Kahn/Goldenberg 1997; Whittaker 1999). Part of the answer to the “why is it a problem for democracy?” question is that many women (and men) who could make an important contribution to the democratic project are put off pursuing a career in politics because of how they think the political process works and this perception is largely grounded in the media’s coverage of politics and politicians. Women parliamentarians are particularly poorly treated by the news media and this harms democracy itself. Jeannie Ferris (Liberal, Australia) worked as a journalist for many years before entering politics and she laments the direction which reporting has taken with regard to women:

“If you look at what has happened to some of the high profile women in the last five years, the media has been very very tough on them. I think that many professional women who see that think, ‘why should our families have to endure that scrutiny?’ I don’t find it hard to believe that women are reluctant to come forward for that reason. It must be difficult for younger women with children in primary or high school where they are vulnerable to peer contact.”

The kinds of stories, perspectives and interests we see and read in the media are irresistibly bound up in the socio-economic relations existing in news organizations themselves, as sites of news production. The political economy of the newsroom provides a strongly gendered context in which the traditional power plays of patriarchal relations – men on top and women underneath – are played out in abidingly conventional, for which read, sex-stereotyped, ways (van Zoonen 2002; Riordan 2002). It seems clear that the ways in which women are represented in the media are inextricably linked with who produces those media outputs which in turn is linked with who owns those means of production.

Gender, media and affect

If the public is to be able to discriminate between different candidates and their policies and thus make an informed choice about who they want to lead and govern them, then they must “acquire sufficient information about matters under public discussion to avoid being easily duped about the facts by self-interested candidate misinformation or distortion.” (Buchanan 1991, 22) What Bruce Buchanan is implying here, although not quite saying, is that the political “default” position is one where the category “politician” (i.e. that they’re all pretty much the same) is more rather than less likely to manipulate the voter/public, so the latter needs to be awake to evidence of wilful intent to deceive. The agenda-setting power of the mass media has been well documented over the past few decades (Iyengar 1987; Entman 1989; Ansolabehere et al. 1991) to a point where it is now recognized that the media’s impact is less about actively changing values and beliefs than about determining what issues are important, and the extent to which media scholars cede power to media organizations has also shifted considerably.

That agenda-setting push is important to understand in general terms, but the everyday power play which is a routine part of the politico-media dance is thrown into even sharper relief when the stakes are raised as they are in dynamic situations such as elections. Recent research studies exploring more precisely the contours of that relation and the media’s potential and actual role in influencing voting behaviour have identified a complex set of effects with several variables such as gender, party, education and ethnicity all playing a part (LeDuc 1990; Kahn/Goldenberg 1991; West 1991). What is a little less clear cut, though, is the specific identification of cause and effect relations between exposure to political campaigning and actual voting decision, although most studies suggest that the media is more likely to reinforce existing attitudes than change them and therefore has a negligible real effect on influencing final outcomes.

Successive studies of the media’s portrayal of women politicians and political candidates are unequivocal in their findings that the gender of politicians is an important factor in the differential coverage that women and men politicians receive at the hands

of the media and that this differentiated coverage may have important effects on how candidates are evaluated by the electorate. Caroline Flint, one of the so-called “Blair’s Babes” who was elected along with 100 other Labour women MPs in the 1997 British elections, is exasperated with a media discourse which is only interested in her views on facilities in the House of Commons.

“(I am) ready to throttle the next journalist who asks me about toilets and crèches in the House of Commons...there are enough toilets for women MPs...and as for the crèche – there are very few women with children under five. They (the media) should focus on the diversity of women in Parliament. We are a mixed bunch and hopefully in many different ways represent the variety of women in Britain.” (Flint cited in McDougall 1998, 79)

The ways in which women candidates and parliamentarians are covered by news media find obvious parallels with the way in which women and women’s issues more generally are marginalised as legitimate topics of media discourse: whilst a particularly “gendered” item might make the women’s page in daily newspapers, it will rarely feature as a news item in the mainstream sections (Kahn/Goldenberg 1997). The media’s persistent domestication of women parliamentarians and the power of media workers to frame their female subjects as constantly in thrall to their bodily functions send out clear messages to the public that this is indeed what preoccupies our women politicians. In Kahn’s (1994) comparative study of American Senate candidates during the 1982 and 1986 elections, she found that women generally received less media attention than men and that this could adversely affect their chances because less information about candidates could mean that intending voters had little to inform them about the specific policy positions of women candidates and therefore voter recognition of women candidates is weak. Kahn also found that the substance of media coverage was qualitatively different, for example, more time was devoted to the “horse race” element of women candidates than their policy positions and more time was spent discussing negative “horse race” elements than was the case with male candidates.

In an interesting study comparing media coverage of candidates from Northern Ireland standing for the 1997 British general election and the local elections in Northern Ireland (which were held simultaneously), Whittaker (1999) suggests that women candidates for both elections were significantly and consistently under-reported across the 22 newspapers which were monitored for her study, that women were virtually absent from leader comments, and that women candidates themselves were overwhelmingly dissatisfied with their treatment by the media. The image and language of “media-ted” politics supports the status quo (male as norm) and regards women politicians as novelties, viewing strategies which encourage even more of them into elected office with considerable hostility.

As all the old certainties about women’s roles and men’s roles are increasingly brought into question, the privileged position of white, middle-class men is being challenged. But strangely, there appears to be a marked antipathy amongst many

women parliamentarians to the implied suggestion that their sex might yet cause their political undoing, even as women accept that the media *do* operate a gendered reporting practice which *can* undermine their credibility as serious politicians. In other words, no publicity is bad publicity although some of the more astute politicians can easily see the dangers in adverse publicity, particularly that which undermines the authority of women's political voice. A case in point is the departure of the highly successful Cabinet Minister, Mo Mowlam, from politics in 2001, after which she claimed that a vicious whispering campaign, begun by own colleagues and slyly articulated by an eager media, made it impossible for her to continue to do her job effectively, hence her decision to leave politics. In January 2000, for example, an article appeared in the British *Independent on Sunday* newspaper which stated that senior government sources thought Mowlam did not have the "intellectual rigour" to do her job.³

Conclusion

Even taking the most generous view of the media's role in the articulation of a normative social world order which privileges men and male concerns over those of women – i.e. as unwitting agent of control – it is nonetheless irresistible to contend that there must be *some* element of complicity, some sense of collusion with the circulation of words and pictures which routinize what it is to be female and male in contemporary society. And it is precisely the "packaging" of politics (following Franklin 1997) and in this current context, the "packaging" of women politicians which we need to read more carefully. If news is a commodity and we are all consumers, then how women politicians are "sold" to us in qualitative terms is as important as how often they appear in the news: volume matters but context matters more. With a greater critical mass of women in many Western Parliaments as we move through the early years of the new millennium, perhaps the best sign of success for women politicians will be when the media criticize them for their politics rather than their personalities. Some women *are* making a difference – but the media seem disinterested in reporting their achievements.

Notes

- * An earlier version of this article was published as "Women Framed: The Gendered Turn in Mediated Politics", in Carolyn Byerly/Karen Ross (eds.), 2004: *Women and Media: International Perspectives*, and I am grateful to Blackwell for permission to reprint parts of the original chapter.
- 1 From here on, all the quotations from women parliamentarians are taken from the four sets of interviews I undertook with women in the Westminster (UK), Cape Town (South Africa) and Canberra (Australia) Parliaments and the Northern Ireland Assembly during the years 1995-2002. After each parliamentarian's name, I include her party affiliation and the national parliament or assembly in which she sits or, in the case of some women, where she sat before resigning or being defeated in an election subsequent to being interviewed.

- 2 *Women in Journalism* is a British network group comprising women journalists from all UK media which provides support for members and undertakes research on their own profession's practice, particularly focusing on issues of gender.
- 3 Mo Mowlam in *Mo Mowlam: Inside New Labour* (dir: Nick Kurwin, Channel 4 Television, 6 May 2002).

References

- Ansolabehere, Stephen/Behr, Roy L./Iyengar, Shanto, 1991: "Mass Media and Elections: an Overview". *American Politics Quarterly*. Vol. 19. No. 1, 109-139.
- Buchanan, Bruce, 1991: *Electing a President: the Markle Commission's Report on Campaign '88*. Austin.
- De Bruin, Marjan/Ross, Karen (eds.), 2004: *Gender and Newsroom Practice*. Cresskill, NJ.
- Entman, Robert M., 1989: "How the Media Affect what People Think: an Information Processing Approach". *Journal of Politics*. Vol. 51 No. 2, 347-370.
- Franklin, Bob, 1997: *Newszak & News Media*. Arnold, London.
- Gallagher, Margaret, 2001: *Gender Setting: New Agendas for Media Monitoring and Advocacy*. London, New York.
- Iyengar, Stephen, 1987: "Television News and Citizens: Explanations of National Affairs". *American Political Science Review*. Vol. 81 No. 3, 815-831.
- Kahn, Kim F., 1994: "The Distorted Mirror: Press Coverage of Women Candidates for Statewide Office". *Journal of Politics*. Vol. 56 No. 1, 154-74.
- Kahn, Kim F./Goldenberg, Edie N., 1991: "Women Candidates in the News: an Examination of Gender Differences in US Senate Campaign Coverage". *Public Opinion Quarterly*. Vol. 55., 180-199.
- Kahn, Kim F./Goldenberg, Edie N., 1997: "The media: obstacle or ally of feminists?" In: Iyengar, S./Reeves, E. (eds.): *Do the Media Govern? Politicians, Voters and Reporters in America*. London, New Delhi, 156-164.
- LeDuc, Lawrence, 1990: "Party Strategies and the Use of Televised Campaign Debates". *European Journal of Political Research*. Vol. 18 No. 1, 121-141.
- McDougall, Linda, 1998: *Westminster Women*. London.
- Negrine, Ralph, 1998: *Parliament and the Media: a Study of Britain, Germany and France*. London.
- Norris, Pippa, 1997: "Women Leaders Worldwide: a Splash of Color in the Photo op". In: Norris, Pippa (ed.): *Women, Media and Politics*. Oxford, 149-165.
- Perloff, Richard M., 1998: *Political Communication: Politics, Press and Public in America*. New Jersey.
- Riordan, Ellen, 2002: "Intersections and New Directions: on Feminism and Political Economy". In: Meehan, Eileen R./Riordan, Ellen (eds.): *Sex and Money: Feminism and Political Economy in the Media*. Minneapolis, 3-15.

- Root, Jane, 1986: *Open the Box: About Television. Channel 4 and Comedia Series No. 34*. London.
- Ross, Karen, 2002: *Women, Politics, Media: Uneasy Relations in Comparative Perspective*. Cresskill, NJ.
- Ross, Karen/Sreberny-Mohammadi, Annabelle, 2000: "Women in the House: Media Representations of British Politicians". In: Sreberny-Mohammadi, Annabelle/van Zoonen, Liesbet (eds.): *Gender, Politics and Communication*. Cresskill, NJ, 79-100.
- Ross, Karen/Sreberny-Mohammadi, Annabelle, 1997: "Playing House – Gender, Politics and the News Media in Britain". *Media, Culture & Society*. Vol. 19 No. 1, 101-109.
- Steiner, Linda, 2002: "Newsroom Accounts of Power at Work". In: Carter, C. et al., (eds.): *News, Gender and Power*. London, New York, 145-159.
- Tuchman, Gaye/Kaplan Daniels, Arlene/Benét, James (eds.), 1978: *Hearth and Home: Images of Women in Mass Media*. New York.
- West, Darrell M., 1991: "Television and Presidential Popularity in America." *British Journal of Political Science*. Vol. 21 No. 2, 199-214.
- Wheeler, Mark, 1997: *Politics and the Mass Media*. Oxford.
- Whittaker, Robin, 1999: *Reading Between the Lines. Northern Ireland Women's European Platform*. Belfast.
- Women in Journalism, 1996: *Women in the News: Does Sex Change the Way a Newspaper Thinks?* London.
- Wykes, Maggie, 1998: "A family affair: the British Press, Sex and the Wests". In: Carter, Cynthia et al., (eds.): *News, Gender and Power*. London, New York, 233-247.

Von „RüpeIn“ und „Testosteronbomben“ und einem „Engel ... der über Leichen geht“

Mediale Geschlechterkonstruktionen im Bundestagswahlkampf 2005

Sylka Scholz

Am Tag vor der „Schicksalswahl“ am 17.9.2005 erschienen in über- und regionalen Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen, die mit dem Slogan „Nur einer hat das Zeug zum Kanzler“ und einem Porträtfoto für die Wiederwahl von Bundeskanzler Gerhard Schröder warben. Das im Original andersfarbig gedruckte „einer“ verweist darauf, dass es sich hier unter der Hand *auch* um eine Geschlechterkonkurrenz handelt. Zwar hat sich der Anteil von Politikerinnen in Landes-, Bundes- und EU-Parlamenten seit den 1970er Jahren sukzessive auf über 30% erhöht und liegt über dem EU-Durch-

schnitt von 24,2% (DJI 2005, 372ff.), doch knapp 70% der Politiker sind immer noch männlich. Zwar besetzten Frauen in der rot-grünen Regierung immer mehr politische Spitzenpositionen, der Kampf einer Frau um das Kanzleramt stellte jedoch ein Novum dar. Im Folgenden geht es um diese Geschlechterdimension im Bundestagswahlkampf 2005, wobei der Wahlkampf 2002 als Vergleichsfolie fungiert.

Die mediale Konstruktion von Politik und Geschlecht

Begriffe wie Mediengesellschaft, Mediendemokratie, Mediokratie oder Telekratie verdeutlichen, dass die individuelle Wahrnehmung wesentlich durch Massenmedien bestimmt wird: „Das Fernsehen und die anderen Massenmedien durchdringen allgegenwärtig den modernen Alltag. Der Zeichen- und Wahrnehmungsraum, der durch die Medien umschrieben wird, definiert den Menschen ihre Selbstverständlichkeiten und Normalitäten“ (Dörner 2005, 4). Auch das Wissen über Politik stammt vorrangig aus den Medien. Sie entscheiden, welche politischen Themen und Personen relevant sind und worüber die WählerInnenschaft informiert wird. Medien sind somit nicht Transporteure der (Parteien-)Politik, sondern gestalten den politischen Raum aktiv mit (Hardmeier/Klöti 2004). Sie initiieren Ereignisse wie Meinungsumfragen, selektieren das Berichtswerte und vermitteln bestimmte Deutungen über Personen und Inhalte.

Auch Wahlkämpfe finden vorrangig in den Massenmedien statt und folgen damit deren Logik (vgl. Meyer 2001). Generell haben sie an Bedeutung gewonnen, da sich die vormals relativ festen Bindungen von WählerInnengruppen gelockert haben. Deshalb muss um die WählerInnenschaft intensiv geworben werden; das politische Feld nimmt daher zunehmend die Dynamik eines Marktgeschehens an (vgl. *Bieber* in diesem Heft). Der 14. Bundeswahlkampf 1998 gilt bislang als Höhepunkt der „Amerikanisierung“, einer Personalisierung von Politik, hinter der die inhaltlichen Programme zurückgetreten sind. In der Kommunikations-/Medienwissenschaft wird seit Jahren debattiert, wie stark dies auf Deutschland mittlerweile zutrifft. Unstrittig ist, dass solche Elemente, v.a. die Personalisierung, eine große Rolle spielen (vgl. u.a. Dörner 2001; Holtz-Bacha 2003, 2005). Damit verbunden sind eine Privatisierung und Emotionalisierung. Gattinnen, Kinder, Enkelkinder und Cousinen werden in den Wahlkampf zur Imagewerbung eingespannt, um damit positive Gefühle bei der WählerInnenschaft zu wecken. Der Wahlkampf wird zunehmend zum Wettkampf der KandidatInnen und als Angriffswahlkampf (negative campaigning) konzipiert, der auf eine symbolische Destruktion des Gegenübers setzt. Des Weiteren ist eine Professionalisierung zu konstatieren, die ihren Ausdruck im Einsatz von Kommunikations-, Werbe- und PR-Fachleuten findet.

Wenn Medien als eigenständige Konstrukteure sozialer Wirklichkeit betrachtet werden, so gilt dies auch für die Herstellung von Geschlecht, denn Geschlecht ist ein „Modus und Praxis der Konstituierung sozialer Wirklichkeiten“ (Dölling 1999, 18). Margreth *Lünenborg* (2005) unterscheidet drei verschiedene Aspekte. Erstens liefern

Medientexte Aussagen über die gesellschaftliche Relevanz von Frauen und Männern; sie zeigen, wer wichtig ist. Das leistet primär der Journalismus. Medientexte liefern zweitens Geschlechterrollenskripte; primär in fiktionalen Medientexten werden Definitionen und Entwürfe von Männlichkeit und Weiblichkeit produziert. Drittens enthalten Medientexte Identifikationsangebote. Vor allem Serienfiguren oder Spielfilmhelden erzählen, wer attraktiv, begehrenswert und erfolgreich ist.

Im Wahlkampf kommt den Massenmedien eine „Gatekeeper-Funktion“ (Hardmeier/Klöti 2004, 12) zu. Sie bestimmen mit, welcher Politiker bzw. welche Politikerin überhaupt Zugang zu den Medien hat, und nehmen damit Einfluss auf die Gewinnchancen. Dabei werden PolitikerInnen nicht nur als TrägerInnen politischer Ideen dargestellt, sondern auch als geschlechtliche Personen. Die Geschlechterkonstruktionen können sich auf Rollenvorgaben beziehen, aber auch auf die Zuordnung von Politikfeldern. Was als „männlich“ oder „weiblich“ gilt, ist jedoch nicht fest geschrieben, sondern wird hergestellt (doing gender). Gegebene Geschlechtervorstellungen können in den Medien reproduziert, aber auch verändert und transformiert werden (vgl. Lünenborg in diesem Heft).

Empirische Studien belegen, dass die Medien Politik immer noch als „männlichen“ Raum konstruieren und Politikerinnen in den Medien unterrepräsentiert sind (Pantti 2005; vgl. auch Hardmeier/Klöti 2004; Hardmeier 2004). Der Beruf des Politikers erscheint deshalb rein quantitativ als männlich. Darüber hinaus werden bestimmte Politikfelder als männlich konstruiert, selbst wenn viele Frauen in diesem Feld tätig sind. Ein weiterer Mechanismus ist die Nutzung einer männlich konnotierten Sprache aus den Bereichen Krieg und Sport. Diese Wahrnehmung des politischen Feldes als männlich wiederum erschwert die Gewinnchancen von Kandidatinnen.

Untersuchungsmaterial und -methoden

Im Rahmen eines Projektseminars an der Humboldt-Universität zu Berlin untersuchte ich gemeinsam mit Studentinnen der Gender Studies die mediale Berichterstattung über den Wahlkampf. Ausgehend von der beschriebenen konstruktivistischen Perspektive wurde u.a. analysiert, wie die Geschlechtszugehörigkeit des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder und seiner Herausforderin Angela Merkel medial konstruiert wurde, ob und wenn ja welche Bedeutung dem Geschlecht für die politische Kompetenz zugeschrieben wurde.

Analysiert wurden Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, insbesondere längere Artikel und Reportagen über den Wahlkampf. Der Analysezeitraum begann mit Bundeskanzler Schröders Ankündigung von Neuwahlen am 22.5.2005 und endete mit der Vereidigung der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel am 22.11.2005. Das Untersuchungsmaterial umfasst 207 Artikel aus Tageszeitungen, insbesondere der Berliner Presse, den Wochenzeitungen *Die Zeit* und *Freitag*, dem Wochenmagazin *Der Spiegel* sowie den Boulevardzeitungen/-zeitschriften *Bild*, *BZ*, *Berliner Kurier* und *Superillu*.

Einbezogen wurden auch Interviews, die Merkel in Frauenzeitsungen wie *Brigitte* und *Freundin* gab und die Debatte in der feministischen Zeitschrift *Emma*. Ziel war es, ein breites Spektrum an Positionen zu erfassen, bisher konzentrieren sich die deutschen Analysen nur auf die seriöse Tagespresse (vgl. Schaeffer-Hegel 1995; Pfannes 2004). Ferner wurden zehn TV-Sendungen einbezogen, die in der Presse vieldiskutiert wurden wie das Schröder-Merkel-Fernsehduell und die so genannte „Berliner Elefanten-Runde am Wahlabend.

Die Dokumente wurden qualitativ untersucht, dabei orientierten wir uns an den Regeln der rekonstruktiven Sozialforschung (Bohnsack 2000) und der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2000). Zunächst wurde aus dem Material heraus ein Kategoriensystem mit folgenden Dimensionen entwickelt: (1) „Die mediale Geschlechterpräsentation der Kandidatin“; (2) „Der Machtkampf zwischen Merkel und Schröder“; (3) „Merkel und die Machtfrage in der CDU“; (4) „Merkel und die ‚Frauenfrage‘“; (5) „Merkel und die ‚Ostfrage‘“ sowie (6) „Frauen-/Geschlechterpolitik im medialen Wahlkampf“. Jede Kategorie wurde von einer studentischen Gruppe bearbeitet.¹ In diesem Artikel fokussiere ich vorrangig auf die zweite und dritte Kategorie.

„Ich oder Der“ – Gender im Wahlkampf 2002

Im Bundeswahlkampf 2002, der von Gerhard Schröder als „Ich oder der“ Kampf ausgerufen worden war (vgl. Holtz-Bacha 2003), spielte die Tatsache, dass es sich bei den Kandidaten um Männer handelte, keine Rolle. Zu selbstverständlich ist es, dass ein Spitzenpolitiker, insbesondere ein Bundeskanzler, männlichen Geschlechts ist. Das Thema Geschlecht gelangte über das Frauenbild und die Ehefrauen der Kandidaten in den Wahlkampf.² Kanzler Schröder warb mit seinem fortschrittlichen Leitbild; ein Wahlkampfplakat zeigte ihn mit seiner Frau: „Wie wichtig es ist, dass Frauen Kinder und Karriere vereinbaren können, höre ich jeden Tag. Zu Hause.“ Die SPD betrieb ein *negative campaigning* gegen Stoibers rückschrittliches Frauenbild mit Plakaten und einem Wahlspot im Kino, einer Persiflage auf die Werbung der 1950er Jahre mit einer um das Putzen besorgten Hausfrau. Der Spot endete mit dem Text: „Die Zukunft“, dann folgte: „Wie Herr Stoiber sie sich vorstellt“ und schließlich unter dem SPD-Slogan „Für ein modernes Deutschland“ (ebd., 13). Die CDU/CSU-WahlkampfstrategInnen versuchten Edmund Stoibers negatives Image mit der Inszenierung seiner Töchter zu verbessern. Insbesondere Tochter Constanze wurde zur Verkörperung der modernen Frau stilisiert: berufstätige Anwältin, Ehefrau und Mutter. Außerdem konterte Stoiber mit Blick auf die nunmehr vierte Ehe des Kanzlers: „Ich will mich nicht dafür entschuldigen, 34 Jahre mit der gleichen Frau verheiratet zu sein“ (ebd., 17). Beide Ehefrauen spielten im Wahlkampf eine zentrale Rolle, begleiteten nicht nur ihre Männer, sondern nahmen auch eigene Wahlkampftermine wahr. Die Medien riefen gar ein „Duell der Kanzlergattinnen“ (ebd., 17) aus. Holtz-Bacha schätzt ein, dass den Ehefrauen eine Bedeutung zukam, „wie sie sie bis dahin noch nicht gehabt haben“ (ebd.,

15). Diese resultiere aus der zunehmenden Privatisierung des Wahlkampfes (vgl. Holtz-Bacha 2001).

Damit geht eine Emotionalisierung einher. Sich ergriffen zu zeigen, wie dies auch bei Schröders Auftreten in der Flutkatastrophe der Fall war, gilt nicht mehr als „weiblich“ und „weich“, sondern als „menschlich“, „offen“ und „zugänglich“. Dieser neue emotionalisierte politische Stil lässt sich auch im internationalen Kontext beobachten: Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich eine spezifische „maskuline Emotionalität“ (Pantti 2005, 17) herausgebildet. Schröder kann als einer der Protagonisten dieses neuen Stils angesehen werden (ebd.). Es gelang ihm deutlich besser als Stoiber, seine Emotionen öffentlich zu inszenieren.

Während der Geschlechtszugehörigkeit der beiden Kandidaten keine Bedeutung zukam, wurde das Thema über die Ehefrauen angesprochen. Auch wenn hier vermeintlich ein konservatives gegen ein modernes Frauenleitbild ausgespielt wurde, so handelte es sich doch in beiden Fällen um eine traditionelle Geschlechterkonstruktion: Der Mann ist der Spitzenpolitiker, verheiratet und heterosexuell, er wird von seiner Ehefrau in seinem politischen Kampf unterstützt. Neu ist jedoch, dass Politiker in der Öffentlichkeit ihre Emotionen zum Ausdruck bringen und dies positiv bewertet wird.

„Er oder Sie“ – Gender im Wahlkampf 2005

Obwohl „kein anderes Thema ... in jüngster Zeit so viel Feuer in die Geschlechter-Debatte gebracht (hat) wie das Thema ‚Kanzlerin Merkel‘“ (Journalistinnenbund 2005, 1), ist doch eine merkwürdige Ambivalenz in der Wahlkampfberichterstattung charakteristisch. Auf der einen Seite wurde die Bedeutung von Merkels Geschlechtszugehörigkeit betont und ihr Weg ins Kanzleramt als ein historischer Schritt für die Frauenemanzipation gewertet. Auf der anderen Seite wurde ihr Frausein heruntergespielt, es habe keine Bedeutung für den Wahlerfolg bzw. -misserfolg, wichtig seien die politischen Programme (vgl. ebd.; Lepperhoff 2006). Im Folgenden stelle ich dar, wie die Kanzlerkandidatin in den Medien inszeniert wurde und wende mich anschließend den Darstellungen von Bundeskanzler Schröder und anderen männlichen Spitzenpolitikern zu.

„Kan[n]-di-dat?“ Die mediale Darstellung der Kanzlerkandidatin

Seit dem CDU-Spendenskandal galt Angela Merkel als ModernisiererIn der CDU (vgl. die Biographien von Roll 2005; Langhuth 2005). Dieses Deutungsmuster wurde auch im Wahlkampf 2005 eingesetzt und nun auf die ganze Gesellschaft erweitert. So schrieb z.B. *Die Zeit* am 2.6.2005 in der Woche von Merkels Nominierung: „Es braucht jemanden, der nicht mit allen Fasern und Fäden in der BRD-Vergangenheit eingewoben ist, damit sich das Land grundlegend verändert wie die Rahmenbedingungen, in denen es lebt“. Weil Merkel aus der DDR stamme, sich aber nicht mehr als ostdeutsch verstehe und damit ihre Herkunft abgestreift habe, und weil sie nicht seit

ihrer Jugend in den Parteiapparat eingebunden sei, eigne sie sich „in der Krise der Konservativen perfekt zur Erlöserfigur“ (*Berliner Zeitung*, 12.9.2005, 3). Diese Konstruktion der „ModernisiererIn/ErlöserIn“, erfolgte nicht nur textlich, sondern insbesondere auf der Bildebene. Auch wenn eine genaue Bildanalyse noch aussteht, möchte ich behaupten, dass die Medien Merkel durch die spezifische Abbildungsweise als Hoffnungsträgerin entwarfen. Es handelte sich dabei um Porträtfotos, oft vor blauen, Hoffnung symbolisierenden und göttlich kodiertem Hintergrund, der Blick der Kandidatin war leicht nach oben gerichtet, sie wirkte dadurch etwas entrückt, abgehoben von der Realität. Diese Darstellungsweise kulminierte in dem von der CDU entworfenen und in der Presse immer wieder reproduzierten Wahlplakat: „Ein neuer Anfang“. Merkel wurde, so auch der Kommunikationsexperte Hennig Wagenbreth, „als Engel dargestellt, mit diversen digitalen Filtern zu einer Ikone, einem Heiligenbild von weicher und verständiger Güte idealisiert“ (*Berliner Zeitung*, 14.9.2005, 30). Diese Stilisierung zur Hoffnungsträgerin ist unter der Hand weiblich konnotiert und findet sich auch im international wieder (vgl. Norris 1997). Denn in der bürgerlichen Geschlechterordnung symbolisierten Frauen die Hoffnung auf eine bessere Welt auf Grund ihres Ausschlusses aus den realen „schmutzigen Geschäften“ in Erwerbssphäre und Öffentlichkeit (vgl. Simmel 1985). Explizit wurde dies in der Metapher der „Trümmerfrau“ (*Freitag*, 29.07.2005), die sich mehrfach finden ließ: Frauen müssen das politische Trümmerfeld der Männer aufräumen.

Obwohl die Medien Merkels Machtanspruch als legitim bewerteten, wurde doch die Frage nach ihrer Kompetenz gestellt. „Was will (kann) Angela Merkel?“ titelte z.B. *Der Spiegel* (11.7.2005). Diskutiert wurde, ob sie genug „Führungsstärke“ habe und sich gegen ihre männlichen westdeutschen Widersacher innerhalb der Partei dauerhaft durchsetzen könne. „Wenn sich die Männer einig sind“, so prognostizierte die Zeitschrift, „wird es schwierig für Merkel“. In dieser „Kompetenzdebatte“ wurden immer wieder Politiker zitiert, die Merkel nicht für fähig hielten, so etwa Joschka Fischer am 1.7.2005: „Die kann es nicht“; Franz Müntefering in den letzten Wahlkampfwochen: „Kanzler kann die nicht“. Und auch in der Behauptung von Zeit-Redakteur Bernd Ulrich „weil sie es kann“ (*Die Zeit*, 2.6.2005) spiegelte sich der antizipierte Zweifel an der weiblichen politischen Kompetenz.

Dieses Infragestellen resultierte, wenn auch unausgesprochen, aus ihrer Geschlechtszugehörigkeit. Auf Grund des historischen Ausschlusses von Frauen aus der politischen Sphäre des modernen Nationalstaates konstituierte sich diese als männliche (Kreisky 1995; Schwinger 2000); als adäquate politische Akteure galten nur Männer. Zwar hat sich der Frauenanteil mittlerweile erhöht, dennoch belegen empirische Analysen hinlänglich, dass Frauen ihre Politikfähigkeit immer wieder neu beweisen müssen, während Männer vermeintlich qua Geschlecht über politische Kompetenz verfügen (vgl. Schaeffer-Hegel 1995; Weber u.a. 1998; Pantti 2005).

Im Folgenden wende ich mich den expliziten Weiblichkeitskonstruktionen zu. Äußerlichkeiten haben eine zentrale Rolle in der Wahlkampfberichterstattung gespielt; im

Mittelpunkt stand Angela Merkels positive äußere Verwandlung, insbesondere die neue Frisur. Die deutsche Berichterstattung unterschied sich in dieser Hinsicht nicht von der internationalen (Pantti 2005): Politikerinnen werden immer noch und immer wieder über ihr Äußeres bewertet, damit tritt ihre politische Kompetenz in den Hintergrund, werden ihre politischen Fähigkeiten implizit abgewertet.

In der Berichterstattung über die Kanzlerkandidatin wurde eine Fülle von weiblichen und männlichen Geschlechterstereotypisierungen eingesetzt: So wurde Merkel etwa als „Physikerin der Macht“ und „Technikerin aus poliertem Stahl“ bezeichnet, die „stark“, „rational“ und „kalt“ und nicht zu „menschlicher Wärme“ fähig sei (*Der Stern*, 9.3.2005). Diesen männlich konnotierten Zuschreibungen widersprachen eine Fülle von in sich höchst gegensätzlichen weiblichen Charakteristika: Sie sei ein „ein Engel von verständiger Güte“ (*Berliner Zeitung*, 14.9.2005, 30), aber auch eine „Machtfrau“, deren Weg „Leichen pflastern“ (*Bild.de*, 20.8.2005). Gleichzeitig fanden sich eine Reihe eigentlich veralteter Weiblichkeitszuschreibungen: Merkel sei „brav, artig, anständig“, „der Typ Einserschüler, der niemanden abschreiben lässt“ (*Die Tageszeitung*, 1.6.2005, 11), jemand der „lernt und lernt“ (*Berliner Zeitung*, 12.9.2005, 3). Merkels Leistungen schienen so lediglich ihrem Fleiß geschuldet und nicht etwa ihren Fähigkeiten, sie wurden implizit herabgesetzt. Die Geschlechterkonstruktionen changieren insgesamt zwischen traditionellen männlichen Stereotypisierungen und widersprüchlichen Weiblichkeitskonstruktionen – oft gar in ein und demselben Artikel –, die sich zwischen dem Stereotyp der „männermordenden Frau“ und dem des „braven, fleißigen (Kohl-) Mädchens“ bewegen (vgl. auch Journalistinnenbund 2005).

Diese Widersprüchlichkeiten stellen eine „Irritation“ dar, ausgelöst dadurch, dass eine Frau den Anspruch auf die höchste, implizit männlich kodierte Machtposition im Staat stellte. Dabei setzte Merkel bewusst auf eine Inszenierung von Kompetenz und Stärke und entzog sich weitgehend der gängigen privatisierten und emotionalisierten Darstellung. Verstärkt wurde die „Irritation“ durch Merkels ostdeutsche Herkunft. Auch hier zeigten sich äußerst konträre Zuschreibungen: Galt sie den einen als zu „ostig (...) bieder“ (*Die Tageszeitung*, 1.6.2005), hatte sie für andere „alle positiven Zeichen und alle Makel regionaler, kultureller und sozialer Herkunft getilgt“ (*Berliner Zeitung*, 12.9.2005), war sie weder „Ossi“ noch „Wessi“, sondern „Merkel!“ (*Berliner Zeitung*, 21.7.2005, 4).

„Die Zeit der vierschrotigen Kerle ist vorbei“ – Männlichkeitskritiken im Wahlkampf

Es wäre eine lohnende Aufgabe über den gesamten Zeitraum von Merkels politischer Karriere zu analysieren, ab welchem Zeitpunkt die männlichen politischen Rekrutierungsstrategien öffentlich kritisiert wurden. Nach meiner Wahrnehmung geschieht dies in den vergangenen Jahren über zwei Diskursstränge: Einmal Merkels Machtkampf gegen die ambitionierten männlichen Kollegen in der CDU, primär den so ge-

nannten „Andenpakt“, der 1979 u.a. von den damaligen Mitglieder der Jungen Union und heutigen Ministerpräsidenten Wulff, Koch, Müller und Oettinger auf einer Reise in die Anden gegründet wurde. Der zweite Strang sind Merkels eigene Rekrutierungsstrategien und ihr so genanntes Girls-Camp. An diese Desavouierung männlicher Rekrutierungspraktiken und männlicher Rituale knüpften die massiven Männlichkeitskritiken im Wahlkampf 2005 an.

Zunächst ist zu konstatieren, dass im 16. Bundestagswahlkampf Kanzler Schröder in Porträts explizit als Mann markiert wurde. Schröder sei ein „echter Kerl von ganz unten“, sei ein „männlicher Kanzler“, ein „Mann von unten“, „Privatmann in der Familie“. Als Politiker wurde er als „Machtmensch“ und „Spieler“ beschrieben, als „Alphatier“, „Rüttler am Gitter des Kanzleramtes“, als jemand, der „den Sieg will“ und „den Kampf an sich liebt“ (*Berliner Zeitung*, 14.9.2005). Schröder entsprach damit zugleich dem (männlichen) Ideal eines Politikers, als dessen zentrales Kriterium der Kampf gilt (vgl. Schwinger 2000). Generell ist zu konstatieren, dass die Medien in Bezug auf die Männlichkeitskonstruktion von Kanzler Schröder auf die klassischen männlichen Stereotypisierungen zurückgriffen, die um eine neue „maskuline Emotionalität“ erweitert wurde. Die Konstruktion war in sich kohärent und wies im Gegensatz zur Darstellung Merkels keine Widersprüche und Irritationen auf.

Genau diese um Macht und Dominanz konstruierte Männlichkeit geriet jedoch im Wahlkampf in die Kritik. Dieser Wahlkampf sei ein „letztes Aufgebot von Gefühl, Augenmaß und dem Anschein politischer Instinktsicherheit“, aber wahrscheinlich vergebens: „Die Ära des Alleinvertretungsanspruches jener vierschrotigen Kerle, die Politik geradezu tierhaft verkörperten, als reflexsicher agierende Stiere, Luchse, Bären, Uhus oder Raben, ist vorbei.“ Der „Authentizitätskult in der deutschen Politik“ sei an sein Ende gekommen, weil die Menschen politikverdrossen seien und genug hätten von den „sich selbstverliebt und arrogant vor den Mikrofonen ... aalenden Politikern“ (*Berliner Zeitung*, 12.9.2005, 3).

Es findet sich eine ganze Reihe von Artikeln in denen Schröders Auftreten, sein „triumphierendes Grinsen“ (*Berliner Zeitung*, 26.8.2005, 30), in den Fernsehauftritten wie z.B. bei *Sabine Christiansen* als unangemessen und anmaßend kritisiert wurde, auch wenn es meist nicht so pointiert mit Männlichkeit in Verbindung gesetzt wurde. Dies war erst in der Folge des Auftrittes in der *Berliner (Elefanten-)Runde* am Wahlabend der Fall, dem Höhepunkt von Schröders „Männlichkeits-Outing“, wie es im Beobachtungsprotokoll „Angela Watch“ des Journalistinnenbundes (2005) heißt. So zeigten etwa die *Bild*-Zeitung und *Der Spiegel* Schröder als Julius Caesar; *Bild* fragte: „Ist Schröder im ‚Caesarenwahn‘?“ (*Bild*, 23.9.2005, 1), *Der Spiegel* bezeichnete ihn u.a. als „Testosteronbombe“, als „Rüpel“ und „Rabauken“ (*Der Spiegel*, 26.9.2005, 24-64).

In dieser Phase fühlten sich viele männliche Autoren berufen, machohaftes Verhalten innerhalb der Politikszene zu kritisieren (vgl. auch Journalistinnenbund 2005). Aus geschlechtersoziologischer Perspektive stellt sich die Frage, wofür dieser Männlich-

keitsdiskurs steht. Handelt es sich um eine „reflexhafte Abwehr der Medienschelte“ (Bruns 2005)? Rächten sich die männlichen Journalisten für Schröders jahrelanges Spiel mit ihren Eitelkeiten. „Kaum ein Chefredakteur war im Interview gefeit, Ol’ Blue Eye zu erliegen“ (Schwennicke 2005)? Dann würde es sich nur um ein weiteres „männliches Spiel“ (Bourdieu 2005) um Dominanz – hier zwischen Politikern und Journalisten – handeln. Oder geht es vielmehr um den Wandel von kulturellen Männlichkeitskonstruktionen im Politikbereich?

War schon vor der Wahl debattiert worden, dass die Ära des dominanzorientierten, auf mediale Selbstinszenierung ausgerichteten Politikertypus, der überdies in seiner Partei keinen Widerspruch duldet, sich dem Ende zuneigt, so wurde dies nach der Wahl zur Gewissheit. Die Kritik weitete sich von Schröder auf andere Politiker aus. Als zunächst Stoiber und dann Müntefering noch am Tag der Nominierung von Angela Merkel zur Kanzlerin ihre Macht beschränken wollten, indem sie die Richtlinienkompetenz der zukünftigen Kanzlerin in Frage stellten, wurde dies sowohl in der Boulevard- als auch in der seriösen Presse als ungerechtfertigte Einmischung interpretiert und zurückgewiesen. So titelte etwa die *Bild*-Zeitung: „Das geht ja gut los! Männer reden Merkel klein“ (*Bild*, 12.10.2005, 1). Argumentiert wurde, dass die Zeit reif sei für einen „anderen Politikertypus ... als die Kämpfernaturen Schröder und Fischer ihn verkörpern“ (*Der Tagesspiegel*, 14.10.2005, 3). Diesen Typus sah zum damaligen Zeitpunkt nicht nur *Der Spiegel* in dem Brandenburger Regierungschef Matthias Platzeck verkörpert, dessen politischer Stil dem Magazin als „pragmatisch“, „unideologisch“ und durch „nüchterne Sacharbeit“ geprägt galt (*Der Spiegel*, 7.11.2005, 24-50).

Resümee und offene Fragen

Im Wahlkampf 2002 wurde die Geschlechtszugehörigkeit der beiden Kanzlerkandidaten nicht thematisiert. Das Geschlechterthema wurde nur in Bezug auf deren Ehefrauen angesprochen. Geschlecht wurde damit entsprechend des modernen Systems der kulturellen Zweigeschlechtlichkeit mit Frau und Weiblichkeit in Verbindung gesetzt. Gänzlich anders gestaltete sich die Thematisierung im Wahlkampf 2005. Hier lassen sich zwei Phänomene feststellen: Die Geschlechtszugehörigkeit der Kanzlerkandidatin wurde sowohl skandalisiert als auch heruntergespielt. Diese Doppelbödigkeit lässt sich daraus erklären, dass entsprechend des demokratischen Selbstverständnisses das Geschlecht von PolitikerInnen keine Rolle (mehr) spielen sollte, gleichzeitig stellte jedoch die Kandidatur einer Frau ein Novum dar. Wenngleich Spitzenpolitikerinnen keine Ausnahme mehr sind, so sind sie jedoch noch nicht die Regel. Wurde das Geschlecht der Kandidatin angesprochen, so ist die Widersprüchlichkeit der Zuschreibungen als zentrales Merkmal in der Presseberichterstattung zu konstatieren. Die Gegensätzlichkeiten wiederum lassen sich als Irritationen interpretieren, die Angela Merkel mit ihrem Anspruch auf die Macht auslöste.

Des Weiteren wurden im Zuge dieses Wahlkampfes zunehmend männliche Praktiken

und Rituale in der Politik öffentlich thematisiert und verloren damit ihre „fraglose Selbstverständlichkeit“ (Bourdieu). Durch die politische Karriere einer mehrfachen Außenseiterin (weiblich, ostdeutsch, Naturwissenschaftlerin, politische Spät- und Quereinsteigerin) gerieten nicht nur die spezifischen homosozialen Rekrutierungspraktiken und die internen „männlichen Spiele“ (Bourdieu) um die Macht verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit. In die Kritik kamen auch dominanzorientierte Männlichkeitskonstruktionen von Politikern.

Für die weitere Forschung stellen sich verschiedene Fragen: Verändert sich langfristig durch eine Bundeskanzlerin die Aufmerksamkeit von JournalistInnen für die Kategorie Geschlecht und damit auch die Berichterstattung über Politik? Wird der politische Raum weniger als ein „männlicher“ Raum konstruiert und erhöhen sich so dauerhaft die politischen Partizipationschancen von Frauen? Im nächsten Bundestagswahlkampf sollte analysiert werden, inwieweit die Kanzlerin weiterhin auf eine Inszenierung von Kompetenz und Stärke statt Privatisierung und Emotionalisierung setzt. Verändern sich dadurch die modernen Wahlkampfstrategien hin zu mehr Sachlichkeit? Des Weiteren ist es aus meiner Perspektive eine interessante Frage, ob sich, auch angesichts von fünf weiteren Politikerinnen im Kabinett, ein neuer politischer Stil herausbildet, der weniger auf männliche Dominanz und mehr auf weibliche Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit setzt. Methodisch plädiere ich dafür diese Fragen qualitativ zu untersuchen, können doch so die Widersprüche und Paradoxien besser in den Blick genommen werden als dies mit quantitativen Verfahren der Fall ist.

Anmerkungen

- 1 Die Ergebnisse der studentischen Analysen erscheinen in der Reihe „Texte“ der Rosa Luxemburg Stiftung im Winter 2006/07. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit bedanken bei Karin Böttcher, Julia Chojecka, Philine Erfurt, Frieda Gesing, Doreen Fantke, Anja Haase, Marina Kaykhanidi, Romana Klarfeld, Lena Mann, Sandra Noack, Olga Schmidt, Patricia Melo, Julia Roßhart, Julia Schimeta und Anett Zeidler.
- 2 Ich beziehe mich im Folgenden auf eine Analyse von Holtz-Bacha (2003), da im Rahmen des Projektseminars keine eigene Vergleichsanalyse durchgeführt werden konnte.

Literatur

- Bohnsack, Ralf, 2000: *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung*. Opladen.
- Bourdieu, Pierre 2005: *Männliche Herrschaft*. Frankfurt/M.
- Bruns, Tissy, 2005: „Glaubt denen nicht“: Schröder, das Volk, die Medien.“ *Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte*. H. 12, 27-30.
- Dölling, Irene, 1999: „Geschlecht‘ – eine analytische Kategorie mit Perspektive in den Sozialwissenschaften?“ *Potsdamer Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung*. 3. Jg. H. 1, 17-26.

- Deutsches Jugend-Institut (DJI), 2005: *Gender-Report. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland*. Im Auftrag des BFSFJ. Internet: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html> (10.3.2006)
- Dörner, Andreas, 2005: „Politik als Fiktion“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B7, 3-11.
- Dörner, Andreas, 2001: *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt/M.
- Hardmeier, Sybille, 2004: „Repräsentationen“. In: Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien, 149-169.
- Hardmeier, Sybille/Klöti, Anita, 2004: *Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Eine Analyse zur Herstellung von Geschlecht im Rahmen der Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen 2003*. Internet: http://www.frauenkommission.ch/pdf/33_hardmeier-kurz_d.pdf (1.3.2006).
- Holtz-Bacha, Christina, 2005: „Personalisiert und emotional: Strategien des modernen Wahlkampfes“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B7, 11-19.
- Holtz-Bacha, Christina (Hg.), 2003: *Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002*. Opladen.
- Holtz-Bacha, Christina, 2001: „Das Private in der Politik: Ein neuer Medientrend?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B41-42, 20-26.
- Journalistinnenbund, o.J.: *Is' was, Kanzlerin? Das Besondere an weiblicher Macht oder wie Männer wieder richtige Männer wurden. Eine Analyse des Journalistinnenbundes zur Darstellung von Angela Merkel in den Medien*. Internet: www.journalistinnenbund.de/aktuell/pdf/journalistinnenbund_angelawatch.pdf (7.12.2005).
- Kreisky, Eva, 1995: „Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung“. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*. Frankfurt/ M., 85-124.
- Lamnek, Siegfried, 2005: *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim, Basel.
- Langguth, Gerd, 2005: *Angela Merkel*. München.
- Lepperhoff, Julia, 2006: „Der Aufstieg von Angela Merkel. Über Frauen in der Politik“. *femina politica*. 15. Jg. H. 1, 103-107.
- Lünenborg, Margreth, 2005: *Öffentlichkeit und Geschlecht*. Internet: http://web.fu-berlin.de/gpo/oeffen_gesch_lueneborg.htm (10.03.2006).
- Meyer, Thomas, 2001: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt/M.
- Norris, Pippa, 1997: „Women Leaders Worldwide: a Splash of Color in the Photo op“. In: Norris, Pippa (Hg.): *Woman, Media, and Politics*. Oxford, 146-165.
- Pantti, Mervi (o.J.): *Literaturüberblick für das Projekt Portraying Politics. Gender, Politik und Medien*. Internet: www.portrayingpolitics.org/reasearch.php (Abfrage: 20.12.2005)

- Pfannes, Petra, 2004: „Powerfrau“, „Quotenfrau“, „Ausnahmefrau“...? *Die Darstellung von Politikerinnen in der deutschen Tagespresse*. Marburg
- Roll, Evelyn, 2005: *Die Erste. Angelas Merkels Weg zur Macht*. Reinbek.
- Schaeffer-Hegel, Barbara u.a., 1995: *Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen*. Pfaffenweiler.
- Schwinger, Elke, 2000: „Politisches Handeln‘: Ein Beruf? Eine Frage des Geschlechts oder etwa eine Frage spezifischer Handlungskompetenz?“ *Zeitschrift für Frauenforschung*. 18. Jg., H. 1/2, 81-100.
- Schwennicke, Christoph, 2005: „Für eine professionelle Distanz! Eine Widerrede auf die Medienschelte. Neue Gesellschaft. *Frankfurter Hefte*. H. 12, 30-33.
- Simmel, Georg, 1985: *Schriften zur Philosophie und Soziologie der Geschlechter*. Frankfurt/M.
- Weber, Ulla/Esch, Marion/Schaeffer-Hegel, Barbara, 1998: „Politikerin als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 22-23, 3-11.

Plötzlich ganz wichtig

Frauen im Mittelpunkt wahlkampfstrategischer Überlegungen

Ina E. Bieber

Nicht erst seit der Bundestagswahl 2005 sind Frauen „plötzlich ganz wichtig geworden“ und ein „begehrtes Forschungsobjekt für die Parteien und ihre Strategen“ (von Billerbeck 2002). Schon 2002 kam ihnen eine wahlentscheidende Rolle zu: Sie stimmten für die Fortsetzung der rot-grünen Regierung, ganz im Gegensatz zu den Männern, die mehrheitlich für schwarz-gelb votierten (vgl. Roth/Jung 2002, 15; Hartenstein/Müller-Hilmer 2002; Werner 2003). Auch der Zweitstimmenanteil der Frauen lag 2005 bei der SPD um 2,7 und bei Bündnis90/Die Grünen um 1,4 Prozentpunkte höher als bei den Männern (Statistisches Bundesamt 2006).

Damit liegt die Frage nach der Rolle von Frauen bei Wahlen und Wahlkämpfen geradezu auf dem Tisch: Haben doch die 32,2 Mio. wahlberechtigten Frauen arithmetisch betrachtet einen gewichtigen Vorsprung gegenüber den 29,7 Mio. männlichen Wählern (vgl. Hahlen 2005). Dadurch sind sie aus Sicht der ParteiexpertInnen und WahlkampfstrategInnen besonders interessant. Doch die entscheidende Voraussetzung für die Legitimation einer frauen- und geschlechtsspezifischen Wahlkampfkommunikation ist, dass tatsächlich aussagekräftige Differenzen zu Männern bestehen. Wahlkampfforschung ist ein zentrales Feld der politischen Kommunikationsfor-

schung. Vorliegender Beitrag sucht nach den Unterschieden, die eine geschlechtsspezifische Wahlkampfkommunikation rechtfertigen würden. Zu diesem Zweck wird auf den Ansatz des Politischen Marketings zurückgegriffen.

Geschlecht und politische Partizipation

Geschlecht ist eine „Fundamentalkategorie“ (Holtz-Bacha 1995, 289), welche auch die politische Partizipation beeinflusst: So fällt z.B. die Beteiligung der Frauen in konventionellen Partizipationsformen geringer aus als bei Männern. Demgegenüber partizipieren Frauen überproportional häufig im unkonventionellen Bereich (vgl. Rubart 1988; Cornelißen 1993; Meyer 1992; Molitor 1992; Köcher 1994; Hoecker 1995, 1996, 1998; Westle 2000, 2001a/b, 2002; Heß-Meining 2005).

Wahlen, und die damit verbundene Frage, wer wen wählt und warum, sind ein zentraler Bereich politischer Partizipation. Schließlich waren es, wie eingangs skizziert, die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005, die auf das Auseinanderklaffen des Wahlverhaltens von Frauen und Männern hinwiesen. So stellt sich die Frage, inwiefern Wahlverhalten geschlechtsspezifisch determiniert ist. Für die Parteien und ihre StrategInnen kann diese Beobachtung wichtig sein, um ggf. eine geschlechtsspezifische Wahlkampfstrategie zu entwerfen.

Bislang konnten Studien nur unzureichend Auskunft über die Spezifikation dieses Unterschiedes liefern, da dieser bei einer tiefer gehenden Analyse nahezu verschimmt (vgl. Liepelt/Riemenschneider 1973, Falter/Schumann 1990; Molitor 1992; Reichart-Dreyer 1993; Molitor/Neu 1999; Neu 2004). Möglicherweise bietet aber der ökonomisch orientierte Politische Marketingansatz dazu Analysealternativen, die eine frauenspezifische Wahlkampfplanung erlauben.

Der Ansatz des Politischen Marketing

Politisches Marketing ist eine theoretische und methodische Herangehensweise, bei der Erkenntnisse aus dem ökonomischen Marketing auf die Politik übertragen werden. Partei- und Wahlkampfmanagement wird in Analogie zum ökonomischen Unternehmens- und Produktvermarktungsmanagement betrachtet. Die theoretisch-konzeptionellen Wurzeln gehen auf Joseph Schumpeter (1942) zurück, der repräsentative Demokratien als politische Märkte beschreibt, auf denen sich Parteien und WählerInnen aufhalten und Politik gegen WählerInnenstimmen tauschen.

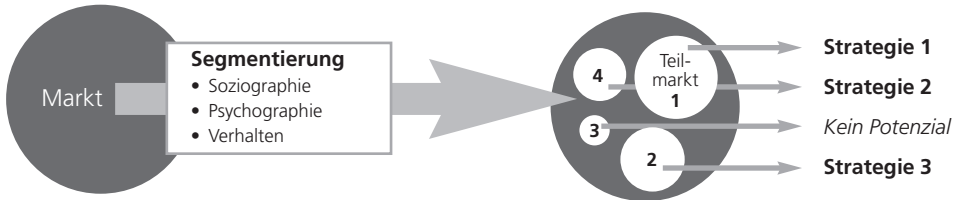
Obwohl das Politische Marketing *a priori* nicht auf die Zeit von Wahlkämpfen beschränkt ist, bietet es gerade für die Wahlkampfplanung und Strategiebildung eine effektive, synergetische und methodologisch sinnvolle Möglichkeit zur ganzheitlichen Vorbereitung und Durchführung selbiger an (vgl. Mauser 1983; Wangen 1983; Oellersking 1988; Bowler/Farrell 1992; Dombrowski 1997). Denn Wahlkampf ist ein „großes Ding“: Unterschiedlichste Akteure (Parteien, Meinungsforschungsinstitute,

Medien, Gewerkschaften, Verbände etc.) treten mit ihren spezifischen Interessen und Bedürfnissen im öffentlichen Raum auf und versuchen Gehör bei den WählerInnen zu finden. Dies gewinnt vor dem Hintergrund an Bedeutung, dass kurzfristige Faktoren gegenüber langfristiger Parteibindung bei der Wahlentscheidung eine immer größere Rolle spielen (vgl. Dalton/Rohrschneider 1990; Behnke 2001; Schoen 2005; Falter/Schoen 2000; Zelle 1995).

Parteien versuchen daher zu jeder Zeit den WählerInnen ein möglichst positives Bild von sich und ihren PolitikerInnen zu vermitteln. Aber auch sie können nicht jeden Schritt planen, nicht jedes Ereignis vorhersehen und entsprechende Gegenreaktionen vorbereiten. Umso wichtiger ist daher eine systematische, kurz- und langfristige Wahlkampfplanung, die Raum, Zeit und Ressourcen für spontane Reaktionen bietet, die bestenfalls schon in der Schublade liegt und gegebenenfalls hervorgezaubert werden kann. Somit ist das Konzept des Politischen Marketings ein geeigneter Analyse- und Handlungsrahmen, der die Beobachtung und Koordination einer Vielzahl von Wirkungsfaktoren ermöglicht.

Besonderer Wert wird auf die eingehende Betrachtung und Analyse des Marktes gelegt, an dem sich die internen und externen Maßnahmen einer Partei zu orientieren haben (vgl. Wangen 1983, 19-23; Weis 1999, 19). Der WählerInnenmarkt steht somit am Anfang und im Mittelpunkt jeder Wahlkampfplanung. Er wird systematisch erfasst und analysiert und die Erkenntnisse werden in der Strategiebildung implementiert. Hintergrund ist eine nachfrageorientierte Politik, die sich weniger an traditionell-ideologischen Grundpositionen der Parteien orientiert, als vielmehr an den aktuell formulierten Bedürfnissen und Wünschen der WählerInnen.

Andrea Römmele (2002, 330) verspricht sich von einer solchen marketingorientierten Analyse grundlegende Informationen. Ihr zufolge ermöglicht eine segment- und zielgruppenspezifische Analyse des Wählermarktes eine „Differenzierung in gleichartige, in sich jeweils homogene Zielgruppen“ nach „demographischen“ und „psychographischen“ Faktoren. Dabei beschreibt eine „Zielgruppe“ bzw. ein „Segment“ Personengruppen, die mit gleichen marketingpolitischen Maßnahmen angesprochen werden können (Auer u.a. 1989, 19). Ein Markt wird untergliedert mittels so genannter Segmentierungskriterien, die geographisch, soziographisch, psychographisch oder verhaltensbezogen sein können. Je homogener diese Kriterien ausgeprägt sind, desto eher kann von einer „Zielgruppe“ bzw. einem „Segment“ gesprochen werden. Entlang dieser charakteristischen Merkmale planen die MarketingexpertInnen ihre Strategien: Jede Gruppe kann dadurch spezifisch umworben werden (vgl. Meffert 2000, 181-229; vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Marktsegmentierung und Strategiebildung

Vielfach wird unterstellt, dass Frauen *eine* Zielgruppe darstellen. Doch diese Annahme ist problematisch: Können, mit homogenen Wahlkampfmitteln und entsprechenden politischen Inhalten, wirklich alle Frauen in Abgrenzung zu den Männern angesprochen werden? Die Beantwortung der Frage steht vor einem zentralen Problem: Einerseits scheinen – wie der Ausgang der letzten Bundestagswahlen suggeriert – die Frauen für die Parteien eine große Chance und eine viel versprechende Zielgruppe darzustellen. Andererseits ist die Gesamtheit aller Frauen zu heterogen, um sie als *eine* homogene Zielgruppe bezeichnen zu können. Wie kann dieser Gegensatz aufgelöst und die hier gestellte Frage dennoch beantwortet werden?

Grundlagen der Untersuchung

Ein direkter Vergleich zwischen Männern und Frauen scheint wenig Erfolg versprechend zu sein. Die Kombination des politischen Marketingansatzes mit dem geschlechtsspezifischen Anliegen erlaubt es, ein geeignetes Untersuchungsdesign abzuleiten, das den verschiedenen Ansprüchen Rechnung trägt: Grundlegender Gedanke ist, dass der weibliche Wählermarkt mittels geeigneter Kriterien segmentiert wird. Legitimiert werden kann aber eine an diesen Ergebnissen entwickelte geschlechtsspezifische Wahlkampfplanung nur dann, wenn der männliche Wählermarkt eine signifikant andere Struktur aufweist. Daher muss der männliche Wählermarkt ebenfalls einer homogenen Segmentierung und Analyse unterzogen werden.

Hierzu wurden 18 Kriterien theoriegeleitet ausgewählt.¹ Diese wurden zur Bündelung der Variablen zunächst einer explorativen Faktorenanalyse unterzogen und anschließend einer Clusterzentrenanalyse zur Untergliederung des WählerInnenmarktes in Segmente, die sich durch interne Homogenität und externe Heterogenität auszeichneten.²

Ergebnisse und Interpretation – Der WählerInnenmarkt

Der weibliche Wählermarkt konnte in sieben Segmente unterteilt werden, die jeweils ein typisches soziographisches, psychographisches und verhaltensbezogenes Muster aufweisen. Diese Segmente wurden hinsichtlich der 18 Kriterien untersucht und mit

einer Vielzahl weiterer Variablen einer tiefer gehenden Analyse unterzogen, um so die Charakteristika herauszukristallisieren.³ Folgende Segmente werden unterschieden: strebend-verharrendes Ostsegment (18%); christliches Müttersegment (19%); konservatives Bildungssegment (14%); ungebildetes Nichtwählerinnensegment (9%); traditionelles Witwensegment (19%); indifferentes Segment (9%) und innovatives Jugendsegment (12%).

Mittels homogener Untersuchungskriterien wurde auch der männliche Wählermarkt in sieben Segmente aufgeteilt und dem weiblichen gegenübergestellt. Hierbei konnten, wie im Folgenden dargelegt, sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede identifiziert werden (vgl. ausführlich Bieber 2005). Ein Blick auf die bisherigen Wahlkämpfe zeigt, dass sich Beispiele eines segment- bzw. geschlechtsspezifischen Wahlkampfes finden lassen.

Strebend-verharrendes Ostsegment

In diesem Segment sind überdurchschnittlich viele ältere, konfessionslose, gebildete, gut situierte, verheiratete Frauen vertreten, die keine Kinder (mehr) im Haushalt haben, geographisch stark verwurzelt sind und verstärkt im Osten der Republik leben. Postmaterialistische Werte werden in überdurchschnittlichem Maße präferiert. Das Interesse an Politik und die Partizipationsbereitschaft sind hoch. Gegenüber staatlichen Einrichtungen, Akteuren und der Demokratie ist dieses Segment – im Vergleich zum Durchschnitt der weiblichen Stichprobe – eher negativ eingestellt. Gewählt werden überproportional häufig die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS. Die Bezeichnung „strebend-verharrend“ ist Ausdruck der ambivalenten Werteeinstellung: Ein Festhalten an den alten Ideen und Idealen des Sozialismus steht einer Aufgeschlossenheit für Modernisierungsprozesse, Wandlungstendenzen oder Reformideen gegenüber.

Auch auf dem männlichen Wählermarkt konnte ein sehr ähnliches Segment identifiziert werden, welches allerdings eine geringfügig höhere Altersstruktur und eine etwas niedrigere Bildung aufweist. Die Frauen sind häufiger in Teil- und Vollzeit tätig und verfügen über ein höheres Haushaltseinkommen. Diese Faktoren können durch das höhere Alter und den erhöhten Anteil an Ruheständlern bei den Männern erklärt werden. Die Analyse der psychographischen Faktoren zeigt große Gemeinsamkeiten beider Segmente in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, dem politischen Interesse, der Partizipationsbereitschaft, der Demokratiezufriedenheit und dem Institutionenvertrauen.

Da die Gemeinsamkeiten überwiegen, macht es wenig Sinn, dieses weibliche Ostsegment in Abgrenzung zum männlichen wahlkampftechnisch zu umwerben. Vielmehr scheint eine gemeinsame Ansprache dieser Gruppe hinsichtlich ihrer spezifisch ostdeutsch orientierten Meinungen, Idealen und Interessen sinnvoll und effektiv. Vor allem für die Linke/PDS ist dies ein Erfolg versprechendes Segment.

Werfen wir einen Blick auf die vergangenen Wahlkämpfe, so können wir z.B. bei der

PDS zahlreiche Aktivitäten entdecken, die auf dieses Segment abgestimmt sind. So lautete z.B. ein Wahlslogan 2005: „Die Linke: Für eine neue soziale Idee“. Aber auch im Wahlkampf der SPD finden sich Wahlkampfmittel, die vornehmlich die ostdeutsche Bevölkerung ansprechen sollen wie etwa 2002 ein Plakat im Stil der *Bild-Zeitung* mit dem Titel: „*Bayern droht: Kein Geld mehr für den Osten*“.

Christliches Mütter- bzw. Vätersegment

Dieses Segment zeichnet sich durch starke konfessionelle Prägung und einen hohen Anteil an Frauen mit Kindern aus. Diese verheirateten Frauen gehen häufig – trotz finanziell guter Absicherung – einer Teilzeitbeschäftigung nach. Gegenüber neuen Gedanken sind sie aufgeschlossen und – zumindest was legale Formen der Partizipation anbelangt – engagiert. Mit der aktuellen Situation sind sie zufrieden und gegenüber politischen Institutionen, Prozessen und Inhalten positiv eingestellt. Ihr politisches Interesse ist mittelmäßig ausgeprägt. Extremistische Aussagen lehnen sie in überdurchschnittlichem Maße ab. Dieses Segment ist keiner bestimmten Partei besonders zugeeignet, obgleich die Frauen über eine sehr stark ausgeprägte Parteineigung verfügen. Im Vergleich zu anderen Segmenten ist die Kirchengangshäufigkeit signifikant hoch. Im geschlechtsspezifischen Vergleich fallen Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf: Hinsichtlich der schulischen und beruflichen Qualifikation bestehen sehr ähnliche Strukturen. Nur bei der aktuellen beruflichen Tätigkeit beläuft sich der Anteil im weiblichen Segment in besonders hohem Maße auf Tätigkeiten als Hausfrau und Mutter; Teilzeitarbeit, Rolle als Hausmann oder Vaterschaft spielen demgegenüber im männlichen Pendant keine Rolle.

Entlang dieser Kategorie ist frauenspezifischer Wahlkampf möglich. Ein derartiger Wahlkampf wurde z.B. von der SPD 2002 geführt. Erinnert sei an das Plakat, auf dem Gerhard Schröder mit seiner Frau über Papieren zu sehen ist: „Wie wichtig es ist, dass Frauen Kinder und Karriere vereinbaren können, höre ich jeden Tag. Zu Hause.“ Und auch die CDU widmete sich dem Thema Familie: Auf einem Plakat mit dem Bauch einer Schwangeren prangert der Satz: „Andere Umstände erfordern bessere Politik“. Allerdings muss festgehalten werden, dass durch derartige Botschaften nicht nur Frauen mobilisiert werden können. Auch eine Vielzahl der modernen Männer ist sicherlich für derartige Slogans empfänglich. Nicht zuletzt wird diese These durch die Gemeinsamkeiten im psychographischen und verhaltensbezogenen Bereich des weiblichen und männlichen Segmentes bestätigt, was – trotz gewisser Differenzen – für ein geschlechtsübergreifendes soziales Milieu spricht und einen geschlechtsübergreifenden Wahlkampf erlaubt.

Konservatives Bildungssegment

Im konservativen Bildungssegment sind viele Frauen mit überdurchschnittlicher Bildung, die in hohen beruflichen Stellungen tätig sind bzw. waren und über das höchste

Haushaltseinkommen verfügen. 90% fühlen sich der Ober- oder Mittelschicht zugehörig (Durchschnitt aller Segmente: 58%). Die Segmentangehörigen weisen ein überdurchschnittlich hohes Alter auf, sind im Ruhestand, wohnen vornehmlich in urbanen Gebieten im westlichen Teil der Bundesrepublik, gehören häufig christlichen Konfessionen an und gehen überdurchschnittlich häufig in die Kirche. Die Selbsteinstufung ist rechtslastig und es besteht eine starke Neigung zugunsten der CDU. Es werden vornehmlich materialistische Werte vertreten. Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist – ausgenommen in Gewerkschaften – sehr hoch. Während die Wahlbeteiligung bei 96% liegt, partizipieren Frauen in diesem Segment weniger in unkonventionellen Formen.

Das männliche Pendant ist sehr ähnlich. Daher kann dies Segment im Wahlkampf eher geschlechtsübergreifend angesprochen werden. Es macht primär für die Unionsparteien Sinn, sich dieses Segments anzunehmen. Aufgrund der langjährigen Parteineigung müssen die Segmentangehörigen nicht vollkommen neu von der Partei überzeugt, sondern vielmehr zu einer Wahlteilnahme mobilisiert werden. Schwierig dürfte es hingegen für die SPD sein, dieses Segment gewinnbringend zu umwerben.

Ungebildetes NichtwählerInnensegment

Bei der Beschreibung dieses Segmentes muss einleitend auf die hohe Zahl an Antwortverweigerungen bzw. „weiß nicht“-Antworten hingewiesen werden, was die Repräsentativität der Aussagen beeinträchtigt, aber als Charakteristikum dieses Segmentes gewertet werden kann. Der weibliche Wählermarkt teilt mit dem männlichen in Soziographie, Psychographie und im Verhalten sehr ähnliche Merkmalsausprägungen. Sozialstrukturell ist die unterdurchschnittliche schulische Bildung und die damit in Verbindung stehende niedrige berufliche Qualifikation und Stellung verbindendes Element. Das Interesse an Politik ist sehr gering, gegenüber politischen Institutionen und Akteuren besteht wenig Vertrauen. Neben der niedrigen Partizipationsbereitschaft fällt – insofern überhaupt Antworten gegeben werden – das extreme Antwortverhalten auf. Das politische Desinteresse zeigt sich auch im Wahlverhalten: 22% geben an, nicht zu wählen; 41% wissen nicht (mehr), was sie gewählt haben bzw. haben keine Antwort auf die Frage gegeben.

Gerade dieses Segment stellt für WahlkämpferInnen eine interessante Gruppe dar: Die Angehörigen sind weniger stark reflektiert und informiert, eher unzufrieden und in ihrem Antwortverhalten unschlüssig. Es gilt diese zunächst einmal zu mobilisieren. Es ist davon auszugehen, dass diese Gruppe durch einfache, symbolische und emotionale Botschaften zu erreichen ist. Der scheinbar mangelnde Reflektionswille sowie die mangelnde Reflektionsfähigkeit sprechen dafür, dass dieses Segment gegenüber Beeinflussungsversuchen besonders offen ist.

Der SPD-Wahlkampf 2005 versuchte zum Teil, diese Klientel zu erreichen. Auf inhaltliche Vorschläge der Opposition reagierten die SPD-StrategInnen unverzüglich,

pointiert und stellen die Auswirkungen der oppositionellen Forderungen auf den Normalbürger und die Normalbürgerin sowie auf seine bzw. ihre finanzielle Lage, teilweise verzerrend und dem graphischen *Bild-Zeitungs-Stil* angepasst, dar.

Traditionelles Witwensegment

Wie zu erwarten befinden sich in diesem Segment viele ältere Frauen, die keine Kinder mehr im Haushalt haben und im Ruhestand sind. Sie leben häufig in kleinen Gemeinden, sind konfessionell gebunden, haben eine niedrigere schulische und berufliche Qualifikation und ein geringeres Haushaltseinkommen. Dennoch schätzen sie ihre eigene wirtschaftliche Lage positiv ein. Im Gegensatz zum ungebildeten Nichtwählerinnensegment weisen sie außerdem eine überdurchschnittliche Parteineigung zugunsten der großen Parteien auf. Prinzipiell sind links- und rechtsextreme Tendenzen zu erkennen. Während das Engagement in unkonventionellen Beteiligungsformen eher schwach ist, fällt die Partizipation bei Wahlen überdurchschnittlich hoch aus. Insbesondere die hohe Kirchgangshäufigkeit ist kennzeichnend.

Dieses Segment, das auf dem männlichen Wählermarkt in sehr ähnlich strukturierter Weise anzutreffen ist, bietet wenige Chancen für WahlkämpferInnen: Parteipräferenzen sind stark ausgeprägt und bestehen meist schon seit Jahren bzw. Jahrzehnten. Dass dieses Verhalten durch spezifische Werbemittel und -botschaften verändert werden kann, ist äußerst fraglich. Das hauptsächliche Bestreben der WahlkämpferInnen müsste in der Mobilisierung bestehen. Die Klientel muss nicht grundlegend von der Partei, sondern von der Wichtigkeit gerade ihrer Wahlteilnahme überzeugt werden.

Indifferentes Segment

Das Segment zeichnet sich durch seine tendenzielle Undifferenziertheit aus, da nur sehr wenige charakteristische Merkmale bestehen. In diesem eher westlich geprägten Segment leben überdurchschnittlich viele ledige Frauen. Darüber hinaus konnte sozialstrukturell kein dominierender Faktor festgestellt werden. Hinsichtlich der Psychographie ist das politische Interesse groß und die Partizipationsbereitschaft im unkonventionellen Bereich hoch. Zugleich ist das Vertrauen in politische Institutionen und deren Akteure gering. Es werden verstärkt postmaterialistische Werte vertreten. Auf dem Rechts-Links-Spektrum ordnen sie sich eher links ein und votieren überdurchschnittlich für die Grünen, die SPD oder FDP.

Auch auf dem männlichen Wählermarkt besteht ein entsprechendes indifferentes Segment. Dieses kann aber in stärkerem Maße mit dem konservativen Bildungssegment und dem strebend-verharrenden Ostsegment verglichen werden.

Möglicherweise könnten tiefer gehende Studien Aufschluss über die Eigenschaften dieses Segmentes und die geschlechtsspezifischen Unterschiede bringen. Erst diese genaueren Erkenntnisse würden eine detaillierte Ableitung wahlkämpferischer Maßnahmen erlauben.

Innovatives Jugendsegment

Das letzte Segment zeichnet sich durch sein junges Alter aus, mit entsprechenden charakteristischen Auswirkungen auf Sozio- und Psychographie sowie Verhalten: Sozialstrukturell ist der Urbanisierungsgrad hoch, ebenso der Anteil an ledigen Frauen. Wie nicht anders zu erwarten ist, befinden sich besonders viele Frauen auf dem Weg ins Berufsleben, was auch das vergleichsweise niedrigste Haushaltseinkommen erklärt. Die formale Schulbildung ist sehr hoch. Auffallend ist der immense Anteil an Frauen, die noch nie einer Konfessionsgemeinschaft angehört, obwohl die Ost-West-Verteilung absolut durchschnittlich ist. Eine Parteiidentifikation ist eher zugunsten des linksorientierten Parteispektrums vorhanden. Erwartungsgemäß sind die jungen Menschen häufig bereit unkonventionell zu partizipieren. In ausgesprochen hohem Maße äußern sie Abneigung gegenüber rechts- und linksextremistischen Aussagen. Auffallend ist auch die hohe Anwohnhäufigkeit der jungen Menschen mit „weiß nicht“ bei den Meinungs-, Einstellungs- und Einschätzungsfragen, was hier auf die Unschlüssigkeit und den Prozess der Identitätsfindung hindeutet.

Auch auf dem männlichen Wählermarkt konnte ein Jugendsegment identifiziert werden, das sehr ähnliche Merkmalsausprägungen zeigt. Vor allem dieses Segment verspricht für die Parteien Erfolge, da bekanntlich bereits ausgeübtes Verhalten zukünftig häufiger wiederholt wird, als dass vollkommen neues Verhalten gezeigt wird: Die jungen Menschen befinden sich noch in der Phase der (politischen) Identitätsfindung. In diesen Prozess kann bewusst eingegriffen werden: Die Parteien können die Jugendlichen auf dem Weg ins Erwachsenenleben spezifisch begleiten, unterstützen und in die jeweils „richtige“ Richtung lenken.

Auch in der Praxis des Wahlkampfes wurde und wird die jugendliche Klientel besonders berücksichtigt. Erwähnt sei nur das Bemühen der Jungen Union im Wahlkampf 2005, die Kanzlerkandidatin „Angie“ jugendzentriert zu inszenieren. Die Union kreierte selbst eine eigene Website für die Jugend: www.jugend-fuer-merkel.de.

Diskussion und Reflexion

Die Segmentierung und Analyse des WählerInnenmarktes in Analogie zu den theoretischen Ansätzen des Politischen Marketing hat gezeigt, dass im Geschlechtervergleich ähnliche soziographische, psychographische und verhaltensbezogene Strukturen vorherrschen. Der WählerInnenmarkt kann damit gerade nicht in typisch weibliche bzw. typisch männliche Segmente untergliedert werden. Ein spezifisch weibliches Segment, das mit spezifischen Mitteln und Wegen im Wahlkampf angesprochen werden kann, wurde nicht identifiziert. Somit ist aus dieser Sicht eine frauenspezifische Planung und Durchführung von Wahlkämpfen weder sinnvoll noch erfolgsversprechend.

Dennoch konnte gezeigt werden, dass geschlechtsübergreifend typische Segmente bestehen, die im Wahlkampf spezifisch zu umwerben sind. Dabei bieten einige Seg-

mente mehr, andere weniger Möglichkeiten zur Stimmenmaximierung der Parteien. Ferner sind Kinder, Erziehung und Haushalt, ebenso wie Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindern, Themen, mit denen sich noch immer v.a. Frauen in der Praxis auseinander setzen. Doch auch im „christlichen Müttersegment“ sind über die sozialstrukturellen Eigenschaften hinaus kaum Merkmale zu erkennen, die einen frauenspezifischen Wahlkampf erlauben würden.

Gleichwohl besteht aber die Möglichkeit, dass Frauen ein spezifisches Kommunikationserleben und -verhalten haben. Dieser Unterschied würde möglicherweise eine geschlechtsdifferenzierte Wahlkampfplanung erlauben, indem etwa spezifische Kommunikationsmittel und -kanäle benutzt werden könnten wie z.B. typisch weibliche Medien (z.B. Frauenzeitschriften) oder eine weibliche Gestaltung von Wahlkampfmitteln (z.B. Farb- und Formgebung). Auch in einer derartigen, in stärkerem Maße kommunikationswissenschaftlich orientierten Studie, könnten gewinnbringende Erkenntnisse des ökonomischen und politischen Marketingansatzes auf den Bereich des Wahlkampfes übertragen werden. Ein solcher Untersuchungsansatz fördert möglicherweise für die politische Kommunikationsforschung interessante Erkenntnisse und beleuchtet die Frage, ob Frauen „plötzlich ganz wichtig“ und ein begehrtes Wahlkampfobjekt sind, aus einer anderen Perspektive.

Anmerkungen

- 1 Die Kriterien berücksichtigen die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in besonderem Maße. Sie sind aus marketingtheoretischer Sicht im Kontext der Wahlentscheidung relevant und umfassen sowohl soziographische, psychographische als auch verhaltensbasierte Merkmale (soziographische Merkmale: Alter, Familienstand, Kinderzahl, Schulbildung, Berufsqualifikation, Berufstätigkeit, Beruf, Schichtzugehörigkeit, Haushaltseinkommen und Gemeindegröße; psychographische Merkmale: Werteorientierung nach Inglehart, Demokratiezufriedenheit, Stärke des politischen Interesses, das wichtigste zu lösende Problem in Deutschland, Selbsteinstufung auf der Rechts-Links-Skala; Verhaltensmerkmale: Ausmaß an unkonventioneller Partizipation, Bereitschaft an Wahlen teilzunehmen, Kirchgangshäufigkeit). Zur Methodik vgl. Bieber 2005, 79-91.
- 2 Datengrundlage dieser Arbeit bildet die Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 2002“ der Primärforscher Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger (Studiennummer 3861, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Köln).
- 3 Weitere Variablen: Konfession, Wohnort in den alten oder neuen Bundesländern, Bundesland, Wissen, Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, politisches Verständnis, Parteineigung (allgemeine Parteineigung, Stärke und Dauer der Parteineigung), geographische Verbundenheit, Big Five (Selbsteinstufung der Befragten zwischen verschiedenen bipolaren Items wie z.B. „gesellig“ vs. „in sich gekehrt“, „Suche nach neuen Erfahrungen“ vs. „Suche nach Vertrautem“), ASKO-Begriffspaare (z.B. „stetiger Wandel“ vs. „festgefügte Verhältnisse“, „neue Ideen“ vs. altbewährte Anschauungen“), Partizipationsbereitschaft in verschiedenen Formen (z.B. Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Blockierung des Straßenverkehrs, Versuch bei Parteien Unterstützung zu bekommen). Einschätzung von politischen Institutionen, Prozessen und Inhalten (z.B. wirtschaftliche Lage, Demokratie, Vertrauen in politische Institutionen), Einstellung gegenüber politischen Parteien und Politikern, Stellungnahme zu Extremismus-Issues, Wahlverhalten.

Literatur

- Auer, Manfred u.a., 1989: *Marketing für neue Zielgruppen – Yuppies, Flyer, Dinks, Wuppies*. Landsberg/Lech.
- Behnke, Joachim, 2001: „Parteieneigung als Fakt oder Parteinierung durch Fakten – Der Einfluss von Issues auf das Wahlverhalten.“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 53. Jg. H. 3, 521-546.
- Bieber, Ina, 2005: *Die Macht ist weiblich? Frauen als Zielgruppe in Wahlkämpfen*. Münster.
- Billerbeck, Liane von, 2002: „Die Mitte ist weiblich?“. *Die Zeit*. 21.2.2002, Nr. 9, Internet: http://www.zeit.de/archiv/2002/09/200209_frauenfaktor.xml.
- Bowler, Shaun/Farrell, Davis M., 1992: *Electoral Strategies and Political Marketing*. New York.
- Cornelißen, Waltraud, 1993: „Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland“. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard (Hg.): *Frauen in Deutschland 1945-1992*. Bonn, 321-350.
- Dalton, Russell J./Rohrschneider, Robert, 1990: „Wählerwandel und die Abschwächung der Parteieneigung von 1972 bis 1987“. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987*. Wiesbaden, 297-324.
- Dombrowski, Ines, 1997: *Politisches Marketing in den Massenmedien*. Wiesbaden.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried, 1990: „Vive la (tres) petite différence! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987“. In: Kaase, Max/Klingemann, Dieter (Hg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen, 109-142.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald, 2000: „Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand?“. In: Niedermayer, Oskar/Westle Bettina (Hg.): *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase*. Wiesbaden, 13-33.
- Hahlen, Johann, 2005: „61,9 Millionen Wahlberechtigte bei der kommenden Bundestagswahl“. *Pressemitteilung des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes*, 28.7.2005.
- Heß-Meining, Ulrike, 2005: „Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement“. In: Cornelißen, Waltraud (Hg.): *Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*. München, 342-384.
- Hartenstein, Wolfgang/Müller-Hilmer, Rita, 2002: „Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen – neue Allianzen“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 49-50, 18-26.
- Hoecker, Beate, 1995: *Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik*. Opladen.
- Hoecker, Beate, 1996: „Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 21-22, 23-33.
- Hoecker, Beate, 1998: *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Opladen.

- Holtz-Bacha, Christina, 1995: „Ausblick. Konsequenzen für die Forschung“. In: Fröhlich, Romy/Holtz-Bacha, Christina (Hg.): *Frauen und Medien. Eine Synopse der deutschen Forschung*. Opladen, 287-293.
- Köcher, Renate, 1994: „Politische Partizipation und Wahlverhalten von Frauen und Männern“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 11, 24-31.
- Liepelt, Klaus/Riemenschnitter, Hela, 1973: „Wider der These vom besonderen Wahlverhalten der Frau. Eine Auseinandersetzung mit statistischen und individualistischen Fehlschlüssen“. *Politische Vierteljahresschrift*. 14. Jg. H. 4, 567-605.
- Mausser, Gray A., 1983: *Political Marketing. An Approach to Campaign Strategy*. New York.
- Meffert, Heribert, 2000: *Marketing. Grundlagen marktorientierter Unternehmensführung. Konzepte, Instrumente, Praxisbeispiele*. Wiesbaden.
- Meyer, Birgit, 1992: „Die ‚unpolitische‘ Frau. Politische Partizipation von Frauen. oder: Haben Frauen ein anders Verständnis von Politik?“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 25-26, 3-18.
- Molitor, Ute, 1992: *Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden.
- Molitor, Ute/Neu, Viola, 1999: „Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer“. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. 30. Jg. H. 2, 252-267.
- Neu, Viola, 2004: *Alter gegen Geschlecht. Was bestimmt die Wahlentscheidung? Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung*. Sankt Augustin.
- Oellerking, Christian, 1988: *Marketingstrategien für Parteien. Gibt es eine Theorie des legalen Machterwerbs?* Frankfurt/M.
- Reichart-Dreyer, Ingrid, 1993: „Où est la (très) petite différence? Gibt es geschlechtsspezifisches Wahlverhalten?“. In: Gabriel, Oskar W./Troitzsch, Klaus G. (Hg.): *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*. Frankfurt/M., 107-130.
- Römmele, Andrea, 2002: „Konvergenz durch professionalisierte Wahlkampfkommunikation? Parteien auf dem Prüfstand“. In: von Alemann, Ulrich/Marschall, Stefan (Hg.): *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden, 328-346.
- Roth, Dieter/Jung, Matthias, 2002: „Ablösung der Regierung vertagt. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 49-50, 3-17.
- Rubart, Frauke, 1988: „Partizipation von Frauen in neuen sozialen Bewegungen“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 42, 30-42.
- Schumpeter, Joseph A., 1942: *Capitalism, Socialism and Democracy*. London, New York.
- Schoen, Harald, 2005: „Wechselwahl“. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, 367-388.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 2006: *Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Heft 4- Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen*. Wiesbaden.

- Wangen, Edgar, 1983: *Polit-Marketing-Management der politischen Parteien*. Opladen.
- Weis, Christian, 1999: *Marketing*. Ludwigshafen.
- Werner, Tim C., 2003: „Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik“. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Wirtschaft und Statistik 3*. Wiesbaden, 171-188.
- Westle, Bettina, 2000: „Politische Partizipation. Mobilisierung als Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit“. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hg.): *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase*. Wiesbaden, 136-159.
- Westle, Bettina, 2001a: „Gender-Asymmetrien zwischen politischem Interesse, subjektiver politischer Kompetenz und politischer Partizipation?“ *femina politica*. 10. Jg. H. 1, 15-29.
- Westle, Bettina, 2001b: „Politische Partizipation und Geschlecht“. In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland – Empirische Befunde und theoretische Entwicklungen*. Opladen, 131-168.
- Westle, Bettina/Harald Schoen, 2002: „Ein neues Argument in einer alten Diskussion: ‚Politikverdrossenheit‘ als Ursache des gender gap im politischen Interesse“. In: Bretschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hg.): *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen, 215-244.
- Zelle, Carsten (1995): *Der Wechselwähler – Eine Gegenüberstellung politischer und sozialer Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA*. Opladen.

Der Internet-Hype ist vorbei – was ist geblieben?

Auf der Suche nach feministischen Gegenöffentlichkeiten

Gabriele Winker, Tanja Carstensen

Die Zeiten, in denen dem Internet weit reichende gesellschaftliche und politische Konsequenzen nachgesagt wurden, sind mittlerweile vorbei. Zwar sorgen immer neue Tools und Nutzungsmöglichkeiten (aktuell Weblogs, Wikis und Web 2.0)¹ dafür, dass die Diskussionen um die Potenziale des Internets für die politische Kommunikation nicht abreißen; beendet sind aber die technikdeterministisch geprägten Debatten, die dem Internet seit Mitte der 1990er Jahre einseitige Auswirkungen auf Politik und Demokratie zuschrieben. Auch unter Frauen- und GeschlechterforscherInnen wurde damals euphorisch von der Entstehung neuer Öffentlichkeiten und Vernetzungsmöglichkeiten gesprochen (vgl. ausführlicher Drüeke/Winker 2005). Gleichzeitig wurden essentialistische Positionen reaktiviert, die dem Netz „weibliche“ Eigenschaften zu-

ordneten, da es „Frauen-Tätigkeiten“ wie Spinnen, Weben und Kommunizieren erfordert (Plant 1998). Für unterschiedlichste Positionen versprach insbesondere die Interaktivität des neuen Mediums eine Unterstützung demokratischer Partizipation.

Heute sieht die Bilanz eher ernüchternd aus. Mehr als die Hälfte aller Internetnutzenden weist ein sehr stark eingeschränktes Nutzungsspektrum auf: Neben dem Abrufen tagespolitischer Meldungen hat sich das Internet primär als Shoppingcenter und Unterhaltungsbörse etabliert (vgl. Eimeren/Frees 2005, 366f.). Politische Inhalte machen einen eher geringen Anteil des Gesamtangebots des Internets aus (vgl. Grunwald u.a. 2005, 167). Aber auch Voraussagen verschärfter Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern haben sich nicht bewahrheitet. Die antizipierten ungleichen Partizipationschancen wegen der digitalen Kluft entlang der Geschlechtszugehörigkeit sind in den entwickelten Industrieländern empirisch nicht mehr signifikant. Zumindest beim Zugang zum Internet wird inzwischen von einer Entdramatisierung der Geschlechterdifferenz gesprochen (vgl. Winker 2004).

Gleichzeitig lässt sich im Internet eine Vielfalt von feministischen Projekten finden, die belegen, dass es zu kurz greifen würde, die Hoffnungen auf neue Aktionsmöglichkeiten im Feld der Frauen- und Geschlechterpolitik vollständig aufzugeben. In einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt mit dem Titel „E-Empowerment. Die Nutzung des Internets in frauenpolitischen Netzwerken“ analysierten wir die empirische Situation in Deutschland (vgl. Schachtner/Winker 2005). Wir befragten zum einen feministische Aktivistinnen zu ihrer Internetnutzung und -gestaltung; zum anderen analysierten wir die Artefakte politischer Kommunikation, die frauenpolitischen Websites. Mit einer solchen Perspektive wird das Internet nicht deterministisch gedeutet, sondern die soziale Formung und Gestaltbarkeit des Internets durch gesellschaftliche AkteurInnen untersucht. Ferner wird damit der Kritik Rechnung getragen, dass – sowohl aus Sicht der Techniksoziologie als auch der politischen Kommunikationsforschung – der Zusammenhang zwischen Technik und Gesellschaft bzw. Medien und Politik zwar als wechselseitiges Wirkungsverhältnis konzipiert wird, allerdings finden die Auswirkungen von Technik bzw. Medien auf Gesellschaft und Politik in der Forschung bisher weitaus mehr Beachtung als umgekehrt.

In dem vorliegenden Aufsatz setzen wir uns zunächst anhand des Begriffs der feministischen Gegenöffentlichkeiten mit der politischen Kommunikation von feministischen Akteurinnen auseinander und stellen anschließend einen Ausschnitt der im Internet sichtbaren frauenpolitischen Netzwerke überblicksartig dar. Danach werden die Stärken und Schwächen dieser Internetpräsenzen ausgewertet, um anschließend einen Gestaltungsvorschlag zu erläutern.

Politische Kommunikation in feministischen Gegenöffentlichkeiten

Schwerpunkt der politischen Kommunikationsforschung ist die Beschäftigung mit dem Einfluss von Medien auf Politik sowie den Auswirkungen von Politik auf Medien. Mit dem Internet haben sich hierfür neue Forschungsfelder ergeben, z.B. Online-Wahlkampf, Protest im Internet oder virtuelle Parteitage (vgl. u.a. Bieber 1999; Westermayer 2003). Zudem verändert sich durch die Interaktivität des Mediums die Frage nach gegenseitiger Einflussnahme und Abhängigkeit von Medien und politischen AkteurInnen im Internet im Vergleich zu den klassischen Massenmedien: Mit der Möglichkeit, die eigenen Botschaften direkt, eigenständig und selbstbestimmt im Internet zu veröffentlichen, wird zum einen der Zugang zur Medienöffentlichkeit erleichtert. Zum anderen ergibt sich damit die Herausforderung, wie trotz der Zunahme konkurrierender Informationsangebote der Kampf um Aufmerksamkeit eines Massenpublikums zu gewinnen ist.

Mit diesen veränderten Kommunikationsmöglichkeiten entstehen auch neue Aktionsräume für periphere AkteurInnen wie Nichtregierungsorganisationen (engl. NGOs) und soziale Bewegungen, weshalb dem Internet eine demokratietheoretische Relevanz zugeschrieben wird: „Dies betrifft vor allem die Konstituierung von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit und die Möglichkeiten politischer Information, Deliberation und Partizipation.“ (Grunwald u.a. 2005, 9). Gegenöffentlichkeit – verstanden als Kritik herrschender Öffentlichkeit (vgl. Spehr 2002) – formiert sich als Antwort darauf, dass ihre Themen, Argumente und Positionen aus den hegemonialen, massenmedial strukturierten gesellschaftlichen Debatten ausgeschlossen sind (vgl. Grunwald u.a. 2005, 68). Sie ist als Widerstand und Aufbegehren gegen herrschende Positionen zu verstehen.

Feministische ForscherInnen gehen von einem Verständnis von vielfältigen Öffentlichkeiten aus und wenden sich dabei gezielt gegen die Form einer einzigen bürgerlichen Öffentlichkeit, wie sie von Jürgen Habermas (1995) und darauf aufbauend von vielen DemokratietheoretikerInnen vertreten wird. Nancy Fraser (2001) zufolge haben Mitglieder marginalisierter Gruppen keinen Ort, wo sie sich untereinander über ihre Bedürfnisse, Ziele und Strategien austauschen können. Deswegen haben es diese Gruppen immer wieder für notwendig befunden, eigene alternative Öffentlichkeiten herzustellen. Fraser schlägt dafür den Begriff der „subalternen Gegenöffentlichkeiten“ vor. Darunter versteht sie „parallele diskursive Räume (...), in denen Angehörige untergeordneter sozialer Gruppen Gegendiskurse erfinden und in Umlauf setzen“ (ebd., 129). Nach Fraser haben auch frauenpolitisch agierende Gruppen als subalterne Gegenöffentlichkeiten die Aufgabe, oppositionelle Interpretationen von Identitäten, Bedürfnissen und Interessen zu entwickeln, für ihre Mitglieder die Funktion von eigenen Räumen darzustellen, die Rückzug und Neugruppierung ermöglichen, und schließlich die gesellschaftspolitische Realität durch Einflussnahme auf Diskurse und Normen in größeren, teilweise auch hegemonialen Öffentlichkeiten zu verändern.

Um die Frage nach der derzeitigen Reichweite eines frauenpolitischen „E-Empower-

ment“ beantworten zu können, beziehen wir das Konzept von Fraser auf das Internet (vgl. Drüeke/Winker 2005). Für die feministische Kommunikation von subalternen Gegenöffentlichkeiten im Internet ist dementsprechend danach zu fragen, ob und wie frauenpolitische Akteurinnen erstens über die Bereitstellung von Informationen im Internet gesellschaftliche Problemlagen aufgreifen, zweitens über technikgestützte Interaktivität die Funktion des Austausches und der Beratung untereinander wahrnehmen sowie drittens über die Verständigung im kleinen Kreis hinaus im Internet eine nach außen gerichtete Interessenvertretung und Einflussnahme verfolgen.

Unter politischer bzw. feministischer Kommunikation verstehen wir somit die Bereitstellung und Veröffentlichung von Informationen in (virtuelle) (Teil-)Öffentlichkeiten hinein genauso wie den internen Austausch in geschützten (virtuellen) Räumen untereinander und die Einflussnahme auf größere, hegemoniale Öffentlichkeiten. Das Internet begreifen wir dabei als zusätzliche Möglichkeit für politische Kommunikation, die aber keine eigenständige, von anderen Medien losgelöste Öffentlichkeit darstellt, sondern vielmehr eng verschränkt und in Wechselbeziehung mit anderen Formen medialer Öffentlichkeiten und Kommunikationsmedien existiert. Informationen und Kommunikationsprozesse aus subalternen Gegenöffentlichkeiten können so auf verschiedenen Wegen in hegemoniale Diskurse eindringen. Wie Frauennetze das Internet für ihre politische Kommunikation nutzen, wird im Folgenden näher betrachtet.

Frauenpolitische Netze im Internet

Politische Frauennetze verfolgen die unterschiedlichsten inhaltlichen Ziele. Vor dem Hintergrund der von uns untersuchten im Netz aktiven Frauennetze können wir vier inhaltliche Hauptausrichtungen voneinander abgrenzen: Eine erste große Gruppe der im Internet vertretenen Frauennetze sind *Arbeitsgruppen von Berufsverbänden oder eigenständige Berufsvereinigungen*, die einen liberalfeministisch ausgerichteten Gleichstellungsansatz verfolgen. Inhaltlich setzen sich diese beruflich orientierten Netze für Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Beruf, Karriere und Familie ein. Einige Netzwerke analysieren darüber hinaus auch die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung mit dem Ziel, Diskriminierung zu überwinden. Zu finden sind hier primär Akademikerinnenverbände, aber auch Berufsvereinigungen von Handwerkerinnen sowie Zusammenschlüsse von Selbständigen oder Freiberuflerinnen.

Ihre Websites dienen primär der Selbstdarstellung sowie der Eigen- und Mitgliederwerbung. Oft erfüllen die Websites von Frauennetzwerken, die Teile einer größeren Organisation sind, auch Repräsentationszwecke innerhalb der eigenen Organisation. Beispiel hierfür ist die Homepage des Arbeitskreises Politik und Geschlecht in der DVPW. Eigenständige Berufsverbände wie etwa der Deutsche Ingenieurinnenbund oder der Deutsche Juristinnenbund setzen darüber hinaus deutlich mehr auf die Verbreitung von Informationen, z.B. Ergebnisse von Tagungen, Artikel der verbandsinternen Zeitschrift oder aktuelle Reden von besonderer Bedeutung.

Die Vielfalt dieser beruflich orientierten Websites ist beachtlich. Gleichzeitig entsteht allerdings der Eindruck, dass es sich hierbei primär um die Anliegen von gut qualifizierten Frauen handelt. Gerade auf den Websites von Frauennetzen, die ihrem Berufsverband zugeordnet sind oder die direkt von staatlicher Projektförderung abhängen, steht im Vordergrund eine wenig hinterfragte Erwerbsarbeitszentrierung. Themen wie Ausgrenzung, Erwerbslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden vernachlässigt. Ausnahme sind feministische Dachverbände wie der bereits angesprochene Juristinnenbund. Auffallend ist darüber hinaus, dass kaum interaktive Möglichkeiten angeboten werden, um mit anderen in eine Diskussion zu kommen, und dass auf mobilisierende Vorschläge verzichtet wird, die dazu einladen, selbst aktiv zu werden oder sich politisch zu äußern.

Eine zweite, kleinere Gruppe von im Internet sichtbaren Frauennetzen sind *in der Beratung aktive Organisationen*, die ihre Hauptaufgabe in den individuellen Unterstützungs- und Hilfeleistungen bei sozialen Notlagen aller Art sowie bei gesundheitlichen Fragen und Problemen sehen. Bei ihnen ist auffällig, dass sie im Internet primär über mehrere Dachverbände zu finden sind. So gibt es die Zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser, den Bundesverband autonomer Frauennotrufe sowie im Bereich Gesundheit den Bundesverband der Frauengesundheitszentren. Über diese Zusammenschlüsse lassen sich dann verhältnismäßig einfach die einzelnen regionalen Frauengesundheitszentren sowie Frauennotrufe und Frauenhäuser finden. Da viele regionale Gruppen keine eigene Website haben, sind die zentralen Webauftritte von besonderer Bedeutung, die gebündelt die vielfältigen Aktivitäten vor Ort darstellen. Allerdings gibt es neben den zentralen Verbänden zusammengeschlossenen Netzwerken noch andere örtliche Beratungsangebote im Netz, die nicht zentral und damit schwerer zu finden sind.

Es ist bemerkenswert, dass auf den Websites derjenigen Dachverbände, die Frauen mit Gewalterfahrungen beraten, vielfältigste Informationen zur sexualisierten Gewalt zur Verfügung gestellt werden. Damit verweisen diese Zusammenschlüsse alleine mit der Tatsache, dass sie sich in der Teilöffentlichkeit des Netzes präsentieren, auf die tagtägliche Gewalt gegen Frauen und tragen ein Stück dazu bei, als privat etikettierte Themen in das Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Auf den zentralen Web-Auftritten werden darüber hinaus zahlreiche, auch inhaltliche Links zur Verfügung gestellt, die NutzerInnen ermöglichen, sich weitere Informationen auf anderen Websites zu besorgen. Vereinzelt finden sich auf den Beratungsseiten auch interaktive Angebote, wie z.B. ein Forum auf den Seiten der Online-Beratung für Mädchen, in denen Expertinnen auf die Fragen von Mädchen antworten.

Als dritte Gruppe fallen *menschenrechtspolitische Frauennetze* auf, die sich mit den vielfältigen Formen von Gewalt gegen Frauen, mit einer international gerechten Entwicklung, mit globalen Umwelt- und Friedensfragen sowie Fragen der Globalisierung befassen. Sie versuchen mit ihren Internetauftritten eine feministische Gegenöffentlichkeit zu verbreitern, die sich für die Abschaffung von sozial und geschlechtlich diskriminierenden Herrschaftsstrukturen einsetzt.

Auf ihren Websites gibt es eine Fülle von Materialien und Dokumenten. Dabei sind die Netze gegen Menschenrechtsverletzungen führend, allen voran *terre des femmes*. Mit ansonsten nicht einfach zugänglichen Informationen wird es NutzerInnen ermöglicht, neue Erkenntnisse zu gewinnen und sich eine eigene Position zu erarbeiten. Aber auch die Umweltleitstelle *genanet* oder das Netzwerk *Women and Life on Earth* ermöglichen einen breiten Einblick in das Thema Nachhaltigkeit aus Genderperspektiven. Die Informationen auf den Websites der Frauenfriedensnetze sind dagegen knapp gehalten und eher auf Selbstdarstellung konzentriert. Auch bei *feminist attac* gibt es einige sehr interessante Hinweise, z.B. auf Migrantinnen als neue Dienstmädchen in bundesdeutschen Mittelstandshaushalten, aber eine umfassende Bereitstellung von Informationen und Expertise fehlt.

Auffällig ist, dass alle hier dargestellten Frauennetze weitaus stärker als die beiden erstgenannten Gruppen international vernetzt sind. Es gibt Links zu den vielfältigen transnational orientierten NGOs und sozialen Bewegungen. Auch in den Texten und hinsichtlich der Sprachen ist eine ausgeprägt internationale und grenzüberschreitende Ausrichtung der politischen Kommunikation zu beobachten. Auffällig ist weiter, dass – im Gegensatz zu den anderen Websites – diese Netzwerke versuchen, das Internet zu nutzen um zu mobilisieren, Proteste oder andere Aktivitäten zu bestimmten Anlässen (z.B. Weltsozialforum) und Themen zu koordinieren oder internationale Solidarisierungsaktionen zu initiieren. Es sind wiederum primär die Netze gegen Menschenrechtsverletzungen, die an markanter Stelle einen Link „Aktionen“ in ihre Websites integriert haben. Dort werben sie nicht nur für Spenden, für eine Mitgliedschaft in ihrer Organisation oder für die Verlinkung ihrer Website, sondern verweisen auch auf spezifische Kampagnen und aktuelle Aktionen. Ihr Ziel ist es, mehr BürgerInnen zum aktiven Handeln zu motivieren und die von ihnen verfolgten Themensetzungen in andere politische Arenen, auch in hegemoniale Öffentlichkeiten zu tragen.

Eine vierte Gruppe von Feministinnen, die das Internet mit eigenen Websites gestalten, sind *Cyberfeministinnen*. Diese von Künstlerinnen und kulturwissenschaftlichen Theoretikerinnen initiierte Bewegung entzieht sich eindeutigen Bestimmungen und setzt programmatisch auf Vielfalt, Heterogenität und Widersprüchlichkeit. Definitionsangebote, wie sie beispielsweise auf den Seiten des *old boys network* in deren „100 Anti-Thesen“ zu finden sind, machen deutlich, dass Humor und Ironie wichtige Strategien des Cyberfeminismus ausmachen: „cyberfeminism ist kein grünes haekeldeckchen“ oder „cyberfeminism ist kein leerer kuehlschrank“, heißt es dort. Cyberfeminismus lässt sich als Antwort auf die feministischen Debatten der vergangenen Jahre und die Kritik an Zweigeschlechtlichkeit und an Vorstellungen einer kollektiven Identität „der Frau“ interpretieren. Neben *riot grrrls* und queeren Bewegungen versuchen auch Cyberfeministinnen, auf der symbolischen Ebene Bedeutungsverschiebungen zu erreichen. Mit Mitteln der Ironie, Überidentifizierung und Verfremdung wollen sie Stereotype von Geschlecht aufgreifen, gewohnte Alltagswahrnehmungen stören und Irritationen auslösen (vgl. Groß 2003, 84ff.).

Die Versuche, Bedeutungen zu verschieben, erfolgen dabei auch über künstlerische Interventionen auf der Bildebene. So stellten beispielsweise die *Women with beards* eine Störung der Pornographiemaschine Internet dar. Im Stil des *Playboys* wurden unter der URL www.dds.nl/~beards/, die leider inzwischen nicht mehr existiert, „Babes“ in einem Kalender ausgestellt, die sich mit Bart und Make-up einer eindeutigen geschlechtlichen Zuordnung entzogen. Diese Persiflage störte nicht nur Sehgewohnheiten, sondern sorgte, da diese Internetseiten die Stichworte „babe“ und „calendar“ enthielten, auch dafür, dass Suchmaschinen bei der Suche nach den „echten“ Playboy-Kalendern auch diese Seiten als Treffer angaben (vgl. Weber 2001, 93).

In den Internetauftritten von cyberfeministischen Projekten finden sich – wie bei vielen anderen frauenpolitischen Netzwerken – zahlreiche Texte und Informationen, Linklisten und teilweise auch Veranstaltungshinweise. Darüber hinaus enthalten die Seiten auffällig viele Bilder, Fotos oder Videos, d.h. die technischen Möglichkeiten des Internets werden auch künstlerisch und spielerisch eingesetzt sowie weiterentwickelt, um die eigenen Anliegen zu vermitteln.

Feministische Gegenöffentlichkeiten im Internet

Entsprechend den drei Aufgaben, die Fraser (2001) für subalterne Gegenöffentlichkeiten identifiziert, lassen sich unsere Ergebnisse zur feministischen Kommunikation im Internet nun entlang der Fragen zusammenfassend ordnen, ob und wie frauenpolitische Akteurinnen erstens über die Bereitstellung von Informationen gesellschaftliche Problemlagen aufgreifen, zweitens die interaktiven Möglichkeiten des Internet zum Austausch und zur Beratung untereinander nutzen und drittens über das Internet nach außen gerichtete Einflussnahme auf größere, hegemoniale Öffentlichkeiten verfolgen.

Dabei zeigt sich, dass bei den hier untersuchten vier Gruppen die Weitergabe von Informationen im Vordergrund steht. So haben frauenpolitisch Aktive, aber auch interessierte BürgerInnen vielfältige Möglichkeiten, Informationen direkt bei den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen abzurufen. Das Spektrum an Positionen ist deutlich breiter, als es einzelnen BürgerInnen über Presse, Rundfunk und Fernsehen zur Verfügung steht. Neben der Selbstdarstellung und Weitergabe von Orientierungswissen wird das Netz als Medium politischer Mobilisierung begriffen. Besonders Menschenrechtsorganisationen setzen das Netz gezielt ein, um als privat etikettierte Themen auf die politische Agenda zu setzen. Cyberfeministinnen legen ihren Schwerpunkt darauf, über symbolische Politik und künstlerische Projekte hegemoniale Bedeutungen von Geschlecht zu unterlaufen. So lässt sich festhalten, dass mit den diversen Web-Auftritten in den letzten zehn Jahren gute Voraussetzungen geschaffen wurden, um feministische Gegenöffentlichkeiten zu stärken und in den hegemonialen Diskurs einzugreifen.

Allerdings ist es für NutzerInnen enorm schwierig, im umfangreichen frauenpolitischen Informationsreservoir die für sie interessanten Websites zu finden. Zwar ver-

weisen die Frauennetze über Linklisten aufeinander sowie nach außen, was auch als Art der Kommunikation im Sinne von gegenseitiger Bezugnahme aufeinander gedeutet werden kann; dies erleichtert allerdings nicht grundlegend die Suche, zumal nicht für NutzerInnen, die nur sporadisch auf frauenpolitische Informationen zugreifen möchten. Das am häufigsten genutzte Vorgehen bei der Recherche, die Stichwortsuche über eine Volltext-Suchmaschine, bleibt zeitraubend und ist oft wenig erfolgreich. Dies konnte anhand unserer Untersuchung von Recherchestrategien bei der Suche nach frauenpolitischen Informationen mit Hilfe von Client-Log-Protokollierungen aufgezeigt werden. Hier zeigte sich, dass Recherchen im Internet vor allem dann erfolgreich sind, wenn eine konkrete Information gesucht wird, z.B. eine Telefonnummer, eine Institution oder eine Person. Dient die Recherche allerdings dem Zweck, sich einen Überblick über ein Themenfeld zu verschaffen, eröffnet sich der Suchenden meist ein nicht zu überblickendes Feld an verschiedensten Hinweisen auf Web-Sites, das zudem je nach Suchstrategie und Stichworten anders ausfällt (vgl. Carstensen/Winker 2005).

Mit der schwierigen Auffindbarkeit frauenpolitischer Inhalte wird das breite fachliche Angebot, das als Summe der vielfältigen Herangehensweisen in den verschiedenen Frauennetzen groß ist, nur suboptimal in den politischen Meinungsbildungsprozess eingebracht. Dieses Ergebnis gilt nicht nur für feministische Inhalte, wie eine Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag zu „Internet und Demokratie“ zeigt: Danach ist das Angebot an Informationen zu politischen Themen im Netz groß; zugleich macht es die Masse der angebotenen Informationen nahezu unmöglich, die Breite der vorhandenen Argumente und Meinungen zu überblicken (vgl. Grunwald u.a. 2005, 13). Aufgrund dieser Problematik gewinnen frauenpolitische Dachorganisationen eine große Bedeutung für die Auffindbarkeit von frauenpolitischen Informationen.

Darüber hinaus ist auffällig, dass die Möglichkeiten, sich im Netz direkt und öffentlich zu artikulieren, nicht sehr verbreitet sind. Interaktive Tools wie Foren oder Chats sowie nach außen offene Mailinglisten, die Austausch, Diskussion und Beratung untereinander ermöglichen, sind kaum in das Angebot frauenpolitischer Netze integriert – und sofern sie vorhanden sind, werden sie kaum genutzt. Die von uns befragten frauenpolitischen Akteurinnen machten diesbezüglich deutlich, dass ihnen die Kommunikation in solchen interaktiven Räumen nutzlos, zeitraubend und für ihre politische Arbeit nicht weiter führend erscheint. Ein komplett anderes Bild erhält man allerdings, beim Blick auf die Online-Communities von Frauen, die erst mit dem Internet entstanden sind. Während Netzwerke, die über regelmäßige Face-to-Face-Treffen und außerhalb des Internets gewachsene Strukturen verfügen, kaum interaktive Tools nutzen, sind Online-Communities auf die Kommunikation in Foren, Chats und Mailinglisten angewiesen. Sie haben sich im Internet gegründet und die virtuelle Kommunikation ist für sie konstitutiv (vgl. Schachtner/Winker 2005).

Gemeinsame politische Aktionen oder Angebote zur aktiven Beteiligung im Internet,

die eine nach außen gerichtete Interessenvertretung verfolgen, gibt es bei deutschen frauenpolitischen Netzwerken kaum. Unter den befragten Aktivistinnen besteht eine gewisse Skepsis hinsichtlich Seriosität und Wirksamkeit solcher Formen politischen Protests. Allerdings gibt es bei den Netzwerken gegen Menschenrechtsverletzungen, die am stärksten international ausgerichtet sind, durchaus Aufrufe zu politischen Aktivitäten. Was politische Mobilisierung über das Internet betrifft, entsprechen die technischen Möglichkeiten des Internets offenbar nicht den im deutschsprachigen Raum üblichen und gewohnten politischen Praktiken und Kommunikationsformen frauenpolitischer Aktivistinnen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Internet von frauenpolitischen Netzen primär einseitig zur Bereitstellung von Orientierungswissen und nur sekundär als interaktives und bi- bzw. multilaterales Medium genutzt wird. Eine Stärkung der politischen Kommunikation subalternen Gegenöffentlichkeiten und feministischer Gegendiskurse über das Internet findet demnach nur eingeschränkt statt. Diese Zurückhaltung gilt nicht nur für die frauenpolitische Vernetzung, sondern dies lässt sich auch in Bezug auf die in den unterschiedlichsten Bereichen tätigen NGOs bestätigen (vgl. Grunwald u.a. 2005, 225ff.). Trotz dieser Einschränkung stellt das Internet eine bedeutsame Erweiterung des politischen Kommunikationsraums dar.

Virtuelle Nachbarschaften als eine Handlungsperspektive

Für politische Kommunikation, die in Gegenöffentlichkeiten stattfindet, ist es generell schwer, in hegemoniale Diskurse zu gelangen. Dies gilt auch für virtuelle Gegenöffentlichkeiten – erst recht, wenn die Informationen, anhand derer größere Kreise erreicht werden sollen, unverbunden und schwer findbar auf das ganze Internet verteilt sind. Um feministische Gegenöffentlichkeiten zu stärken, muss die Auffindbarkeit der frauenpolitischen Websites verbessert werden, zumal allzu viele andere Websites um die begrenzte Aufmerksamkeit von BürgerInnen kämpfen. Es gilt deswegen Verfahren zu entwickeln, die eine virtuelle Verknüpfung bereits vorhandener Informations- und Interaktionsangebote ermöglichen. Eine Bündelung ähnlicher Projekte könnte das Problem mindern, dass im Netz normalerweise Informationen und Interaktionsmöglichkeiten zu einem Thema aus allen Ecken und Enden zusammengesammelt werden müssen.

Eine solche Verknüpfung lässt sich unter anderem mit dem Konzept der virtuellen Nachbarschaft erreichen, das im Rahmen unserer Studie entwickelt wurde und als Prototyp eingesetzt wird (vgl. Taube/Winker 2005). Über einen Zusammenschluss und eine Kooperation aller interessierten frauenpolitischen Netzwerke in einer virtuellen Nachbarschaft, die über eine bestimmte Webadresse zu finden ist, können über neuartige Suchfunktionen vielfältige Informationen sowie eventuell vorhandene Interaktions- und Diskussionsmöglichkeiten zielsicher und zügig gefunden werden. Gleichzeitig lassen sich in einer solchen virtuellen Nachbarschaft über eine Visuali-

sierung der Verlinkungen und Verweisungen untereinander die Kommunikationsstrukturen und Verwobenheiten aufzeigen. Damit können inhaltliche, politische oder regionale Nähe- und Distanzbeziehungen dargestellt werden. Darüber hinaus können über die Visualisierung der Links, die nach „außen“ führen, die Nähe zu und die Kommunikationen mit anderen Netzen und Nachbarschaften (z.B. andere Menschenrechtsorganisationen, transgender-Netze, Berufsvereinigungen) dargestellt werden. Eine solche virtuelle Nachbarschaft ließe sich zudem selbst organisiert weiterentwickeln.

Gleichwohl: Der Pfad dieser technologischen Gestaltung ist schmal. Denn mit Recht stellt Barbara Holland-Cunz (2003, 172) fest, dass Feministinnen, die antipatriarchal wirken wollen, nicht ihre eigene Konformisierung und Homogenisierung vorantreiben dürfen, sondern ihre widersprüchliche Vielfalt betonen müssen. Die inhaltliche und formelle Selbstbestimmung der einzelnen Frauennetze und deren vielfältigen Sichtweisen dürfen deswegen nicht durch Technik eingeschränkt werden. Gleichzeitig sollten jedoch gezielte Integrationsmöglichkeiten unterstützt werden, die sowohl Aktivistinnen als auch gelegentlichen NutzerInnen bessere Orientierungen ermöglichen.

Wichtig ist, die bestehenden technischen Möglichkeiten des Internets nicht als gegeben hinzunehmen und die Perspektive zu verlassen, die nur nach den Auswirkungen des Internets auf feministische Kommunikationsmöglichkeiten fragt. Wenn wir das Internet als gestaltbar betrachten, dann eröffnen sich auch für die Zukunft noch viele interessante Perspektiven für feministische Öffentlichkeiten, für neue Politik- und Kommunikationsformen sowie Mobilisierungs- und Einflussmöglichkeiten über das Internet.

Anmerkungen

- 1 Ein Weblog ist eine – oft in Tagebuch ähnlichem Stil geschriebene – Webseite, deren sequentiell erfolgende Einträge von anderen NutzerInnen kommentiert werden können. Ein Wiki ist eine im World Wide Web verfügbare Sammlung von Webseiten, die von den NutzerInnen nicht nur gelesen, sondern auch online geändert werden können. Mit dem Begriff Web 2.0 wird schließlich eine veränderte Wahrnehmung und Nutzung des Internets beschrieben. Zentral ist die Beobachtung, dass die Partizipation der NutzerInnen zunimmt und die Qualität des Netzes dadurch steigt.

Literatur

- Carstensen, Tanja/Winker, Gabriele, 2005: „Problemorientierte Suchstrategien und die Auffindbarkeit frauenpolitischer Netzwerke im Internet“. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): *Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten*. Frankfurt/M., New York, 91-106.
- Bieber, Christoph, 1999: *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*. Frankfurt/M., New York.

- Drüeke, Ricarda/Winker, Gabriele, 2005: „Neue Öffentlichkeiten durch frauenpolitische Internetauftritte“. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): *Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten*. Frankfurt/M., New York, 31-49.
- Eimeren, Birgit van/Frees, Beate, 2005: „Nach dem Boom: Größter Zuwachs in internet-fernen Gruppen. ARD/ZDF-Online-Studie 2005“. *Media Perspektiven*. 9. Jg. H. 8., 362-379.
- Fraser, Nancy, 2001: „Öffentliche Sphären, Genealogien und symbolische Ordnungen“. In: Dies.: *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt/M., 107-248.
- Groß, Melanie, 2003: „Von riot grrrls, Cyberfeminismus und Kommunikationsguerilla – Postfeministische Strategien“. *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. 23. Jg. H. 87, 81-91.
- Grunwald, Armin u.a., 2005: *Internet und Demokratie. Endbericht zum TA-Projekt Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten*. Arbeitsbericht Nr. 100, Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin.
- Habermas, Jürgen, 1995: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einem Kriterium der bürgerlichen Gesellschaft*. 4. Auflage, Frankfurt/M.
- Holland-Cunz, Barbara, 2003: *Die alte neue Frauenfrage*. Frankfurt/M.
- Plant, Sadie, 1998: *Nullen + einsen: digitale und die Kultur der neuen Technologien*. Berlin.
- Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.), 2005: *Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet*. Frankfurt/M., New York.
- Spehr, Christoph, 2002: *Gegenöffentlichkeit*. Internet: www.linksnet.de/drucksicht.php?id=709 (28.6.2006).
- Taube, Wolfgang/Winker, Gabriele, 2005: „Virtuelle Nachbarschaften zur Unterstützung subalternen Gegenöffentlichkeiten“. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): *Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten*. Frankfurt/M., New York, 107-123.
- Weber, Jutta, 2001: „Ironie, Erotik und Techno-Politik: Cyberfeminismus als Virus in einer neuen Weltordnung? Eine Einführung“. *Die Philosophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie*. 12. Jg. H. 24, 81-97.
- Westermayer, Till, 2003: „Politische Online-Kommunikation unter Wirklichkeitsverdacht: Der Virtuelle Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg“. *kommunikation@gesellschaft*. 4. Jg. B. 5. Internet: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2003_Westermayer.pdf
- Winker, Gabriele, 2004: „Internetforschung aus Genderperspektiven“. In: Sylvia Buchen u.a., (Hg.): *Gender methodologisch. Empirische Forschung in der Informationsgesellschaft vor neuen Herausforderungen?* Wiesbaden, 123-140.

Partizipation und Geschlecht in der deutschen Blogosphäre

Weblogs: Ein neues Medienformat im Netz

Cilja Harders, Franka Hesse

Mit dem Aufkommen neuer Technologien sind häufig Erwartungen auf eine verbesserte Teilhabe marginalisierter Gruppen wie z.B. Frauen verbunden; dies betrifft die Möglichkeiten politischer Partizipation und Kommunikation. Weblogs oder Blogs stellen ein solches neues Medienformat im Netz dar; dies sind landläufig auch als Internettagebücher bezeichnete, häufig aktualisierte Webseiten mit individuellen Einträgen, deren besonderes Merkmal die Reihenfolge der Beiträge ist: aktuelle Einträge stehen an oberster Stelle, ältere folgen in umgekehrt chronologischer Reihenfolge. Weblogs können von Einzelpersonen oder Gruppen geführt werden. Inhaltlich findet sich in Weblogs ein breites Spektrum von Themen, dies reicht von Berichten über Reisen, Hobbies oder alltägliche Erlebnisse im Berufsleben, der Familienarbeit oder der Schule bis zur Diskussion politischer Themen oder aktueller Ereignisse. Zwar gab es zuvor schon Webseiten, die die Merkmale eines Weblogs aufwiesen¹, als neue Kommunikationsform im World Wide Web sind sie jedoch erst seit etwa 1999 zu beobachten. Features wie RSS-Feed², Trackbacks³ und Blogrolls⁴ fördern die Vernetzung und die Kommunikation zwischen Weblog-AutorInnen, daher können Weblogs als Format im Bereich zwischen Computer-vermittelter Kommunikation und Internet-Publikation angesiedelt werden (vgl. Herring 2004b, 10). Bezüglich der Größe der Blogosphäre⁵ ist ein rasantes Wachstum zu konstatieren: Mitte des Jahres 2005 wurde die Zahl der Weblogs bei den großen US-amerikanischen Bloghosts auf 31,6 Millionen geschätzt, davon wurden allein zehn Millionen im ersten Quartal 2005 geschaffen (vgl. Perseus 2005). Allerdings wird ein großer Teil schon nach kurzer Zeit wieder aufgegeben oder verzeichnet überhaupt nur einen Eintrag (vgl. Perseus 2003). Die Zahl der deutschsprachigen Blogs wird auf ca. 200.000 geschätzt. In Deutschland geben 12% der Internet-NutzerInnen an, selbst ein Weblog zu betreiben, allerdings aktualisiert unter diesen nur jede/jeder Dritte ihr/sein Blog zumindest gelegentlich (vgl. BBDO 2005).

Neue Medien, Partizipation und Geschlecht

Mit dem Internet waren Erwartungen auf eine Demokratisierung verbunden. Das Internet hat zudem Hoffnungen auf die Umsetzung deliberativer Politikmodelle befördert, scheinen doch die dem Medium inhärenten Möglichkeiten der Many-to-Many-Kommunikation eine Umsetzung der attischen Agora im virtuellen Raum zu gestatten

(vgl. Möller 2004; s. auch Leggewie 2001). Eine differenzierte Sicht auf die politischen Implikationen des neuen Mediums zeigt, dass das entsprechende Potenzial zwar vorhanden ist, jedoch wiederum von den bereits engagierten AkteurInnen genutzt wird (vgl. Siedschlag 2003, 3). Hier hat die Internet-Nutzung sowohl auf das Informations- als auch Partizipationsverhalten der AkteurInnen einen nachweisbar positiven Einfluss (vgl. Vowe/Emmer 2002, 8ff.).

Partizipationschancen durch das Internet sind eingeschränkt aufgrund von Nutzungsdisparitäten entlang der so genannten digitalen Spaltung (digital divide), den Strukturen der Aufmerksamkeitsökonomien, androzentrischen Selbstverstärkungseffekten (vgl. Harders 2004) sowie den politischen Kontextbedingungen. Für Deutschland ist zu konstatieren, dass Unterschiede im Zugang (access) abhängig von den Variablen Alter und Bildungsniveau sind, während das Geschlecht Einfluss auf die Nutzungspraxis hat (vgl. Winker 2004, 126f.). Neben der Verfügbarkeit der neuen Technologien ist eine weitere notwendige Bedingung für politische Beteiligung via Internet auch ein Interesse an Politik und politischem Engagement (vgl. Abold 2005; Westle 2001); hier zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede. So ist eine geringere Partizipation und Repräsentanz von Frauen in den Institutionen der internationalen und der nationalen Politik zu konstatieren (vgl. Harders 2004, 215). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind im Bereich der konventionellen Partizipation deutlicher als bei Formen der nicht-institutionalisierten Partizipation (vgl. Geißel/Penrose 2004, 12; Heß-Meining 2005, 399f.). Neben der ungleichen Ressourcenausstattung (vgl. Verba/Nie 1972) kann auf Unterschiede in der politischen Sozialisation (vgl. Geißel/Penrose 2004, 15) als ursächlich für die geringere Beteiligung von Frauen im Bereich der konventionellen politischen Partizipation rekurriert werden. In der vergleichenden Perspektive sind die politische Kultur sowie die institutionelle Ausgestaltung des politischen Systems wichtige Einflussfaktoren (vgl. Hoecker 1998; Hoecker/Fuchs 2003).

Die Grenzziehung zwischen öffentlich und privat hat zu einer Vernachlässigung „sozialer Partizipation“ im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement und zu einer Konzentration auf ein zweckrationales Partizipationsverständnis geführt, das Identitätsbildungsprozesse und gesellschaftlich relevante Aktivitäten ausklammert. Die feministische Partizipationsforschung hat gezeigt, wie diese Unterschiede durch die Grenzlinie von öffentlich/privat wiederum einen Ausschluss von Frauen beinhalten und plädiert daher für einen erweiterten Partizipationsbegriff, der neben politischem auch bürgerschaftliches Engagement und politisches Alltagshandeln umfasst (vgl. Geißel/Penrose 2003, 3f.; Harders 2004, 220).

Forschungsergebnisse zur Relevanz des Sozialkapitals für die Akzeptanz politischer Systeme bieten Anschlussmöglichkeiten für die Analyse der Bedeutung scheinbar „privater“ Aktivitäten, wie sie beispielsweise in Online-Tagebüchern praktiziert werden, für die politische Partizipation (vgl. Braun 2002; Putnam 2001).

Geschlecht, neue Medien und die Trennung von privat und öffentlich

Für eine Analyse der Verwirklichung von Partizipationschancen durch neue Technologien ist die Übertragung der Ergebnisse bisheriger Forschung in den virtuellen Raum nicht ausreichend. Weder vermag die Einführung von Technologien neue Beteiligungsformen unabhängig von sozialen und politischen Kontexten zu ermöglichen, noch ist das Internet ein neuer Kanal der politischen Kommunikation, der keinen Einfluss auf die Struktur der Kommunikation und die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse hat. Auf der Ebene der individuellen Nutzung finden wir geschlechtliches Handeln, das einerseits die enge Verbindung von Maskulinität und Technologie reifiziert und andererseits neue Nutzungspraxen auf der Grundlage geschlechtlicher Zuschreibungen entwickelt (vgl. Schönberger 1999; Kajatin 2005). Insofern ist Techniknutzung und -aneignung auch als Prozess des „doing gender“ interpretierbar. Die Interaktionsprozesse sind von gesellschaftlichen Zuschreibungen geprägt und schreiben sie zugleich der Technik ein, die Verbindung von Technik und Männlichkeit ist ein Ergebnis dieser „Ko-Konstruktion“ (vgl. Winker u.a. 2004).

Im Bereich der Veröffentlichung im Internet verschränken sich die Zuordnungen entlang der Grenzlinie Frau/Mann und vergeschlechtlichte Nutzungspraxen mit der Trennung in privat und öffentlich. In einem Blog sind die Beiträge in chronologischer Reihenfolge geordnet, technische und politische Informationen und Kommentare finden sich neben Einträgen zu persönlichen Themen. Während das Format so die hierarchische Dichotomisierung aufhebt, wird sie ihm durch die Nutzungspraxen und die Identifizierung verschiedener Typen wiederum eingeschrieben. Diese können auch als Aushandlungsprozesse über die Zuordnung des Medienformats entlang der Grenzlinien Öffentlich/Privat und Männlich/Weiblich gesehen werden.

Die mit der Industrialisierung entstehende politische Öffentlichkeit ist ein Teilbereich der bürgerlichen Kultur und in der Grenzziehung zwischen öffentlich und privat eng mit der geschlechtlichen Arbeitsteilung verbunden (vgl. Lang 2004). Die Geschlechterforschung hat die der Genese der bürgerlichen Öffentlichkeit zugrunde liegenden Ausschlussmechanismen hinterfragt (vgl. Sauer 2004; Klaus 2004). Die öffentliche Sphäre ist nicht automatisch gegeben, sondern muss als Voraussetzung und Produkt von Demokratie geschaffen werden. Die Grenzlinie zwischen privat und öffentlich wird machtvoll ausgehandelt und schließt Frauen aus (vgl. Fraser 1994; Harders 2004, 219f.). Insofern ist die Teilhabe an Öffentlichkeit und an den Aushandlungsprozessen über die Grenzen von privater und öffentlicher Sphäre etwa durch das Verfassen von Blogs auch als Form politischer Partizipation zu betrachten (vgl. Harders 2004, 220).

Agenda Setting: Teilhabechancen durch neue Medien

Das World Wide Web bietet durch die sich im virtuellen Raum entwickelnden vielfältigen Diskurse Ansatzpunkte, Themen in den politischen Diskurs einzubringen. Die männliche Konnotation der öffentlichen Sphäre bleibt allerdings bestehen und wird mit jedem neuen Format in der virtuellen (politischen) Kommunikation neu ausgehandelt. Obwohl in Weblogs Zuordnungen entlang der Grenze von privat und öffentlich verschwimmen, wird in der Zuschreibung von Relevanz immer auf hegemoniale Öffentlichkeiten rekurriert. So zeigt sich auch hier eine Fortschreibung geschlechtskultureller Muster. Zwar ermöglichen Blogs Thematisierungsprozesse unabhängig von traditionellen Massenmedien und stellen somit eine neue Dimension politischer Kommunikation dar. Allerdings muss auch hier ein Konsens über die Fokussierung auf bestimmte Themen hergestellt werden (vgl. Abendschön 2005). Neben traditionellen Massenmedien und ihren Pendanten im Netz sind dieses die Blogverzeichnisse und die dort erstellten Top-Listen (Technorati, Blogstats, deutsche Blogcharts). Hinsichtlich des Agenda-Setting zeigt sich ein komplementäres Verhältnis von Weblogs und traditionellen Massenmedien. Themen und Meldungen, die in der Blogosphäre diskutiert werden, werden von etablierten Medien aufgegriffen und haben dann häufig auch politische oder wirtschaftliche Implikationen. Diese Thematisierungsleistung gelingt Weblogs durch ihre vernetzte Struktur, die eine hohe Affinität zu der Funktionsweise von „Google“, der meist gebrauchten Suchmaschine des Internets, hat.⁶ Verschiedene Fallbeispiele zeigen, wie traditionelle Gate-Keeper der politischen Kommunikation umgangen wurden (vgl. Neuberger 2003; Mohr 2004; Prigge 2005). Politische Kommunikation im Netz wird stark durch Aufmerksamkeitsökonomien gesteuert, die unterschiedlichen Ausschlüsse produzierenden Effekten unterliegen (vgl. Harders 2004, 228). So gelingt es zivilgesellschaftlichen AkteurInnen häufig nur sehr eingeschränkt Agenda-Setting zu betreiben (vgl. Koopmans/Zimmermann 2003).

Aufmerksamkeitsökonomien in der Blogosphäre

Innerhalb der Blogosphäre zeigen die Verlinkungen eine vernetzte Struktur, wobei eine relativ kleine Anzahl von Weblogs eine große Zahl eingehender Links aufweist. So verteilen sich die Aufmerksamkeiten sehr ungleich und die Chancen für Thematisierungsleistungen sind ungleich verteilt zwischen dem „Grundrauschen“ (long tail), der großen Anzahl von Blogs, die zumeist nur von Bekannten der AutorInnen gelesen werden, und so genannten A-Blogs, die häufig verlinkt werden und auch eine hohe Zahl von BesucherInnen aufweisen. Die ungleiche Verteilung wird in den verschiedenen Rankings von Weblogs deutlich und wiederum von diesen verstärkt. Dieses „power law“ der Blogosphäre erfüllt zum einen notwendige Strukturierungs- und Orientierungsleistungen (Shirky 2003), geht aber einher mit einer Zuordnung von Relevanz, die sich an der Trennung von privat und öffentlich orientiert und soziale Un-

gleichheit im virtuellen Raum abbildet. Es sind nicht nur die Massenmedien und die Blogosphäre selbst, auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung reproduziert die Abwertung bestimmter Formen als trivial (vgl. Mortensen 2004).

Studien aus den USA zeigen, dass der Frauenanteil unter den AutorInnen der A-Blogs gering ist. So finden sich in den bekanntesten Top-Listen in den USA, Technorati Top 100 und TLB Ecosphere nur wenige Frauen. Die Verlinkung der viel besuchten Blogs führt zudem zu einer Marginalisierung der Textproduktion von Frauen (vgl. Ratliff 2004).

Die mediale und akademische Wahrnehmung von Weblogs privilegiert die virtuellen Ausdrucksformen von Minderheiten (gut ausgebildeten männlichen Erwachsenen). Wahrgenommen werden überwiegend die als politisch relevant betrachteten Filter-Weblogs, obwohl sie nur 13% aller Weblogs ausmachen (vgl. Herring u.a. 2004b, 6). Susan Herring u.a. (2004a) zeigen, dass die Unterschiede in der Rezeption verschiedener Typen von Weblogs einen Ausschluss von Autorinnen implizieren. Sie identifizieren verschiedene Blog-Typen: Filter-Blogs, deren Inhalte Ereignisse und Themen sind, die außerhalb der direkten persönlichen Erfahrung der AutorInnen liegen, Online-Tagebücher, die eigene Gedanken und Gefühle thematisieren und K(nowledge)-Blogs, die Informationen und Beobachtungen zu spezifischen meist technischen Themen enthalten. Während die meisten Blogs den Online-Tagebüchern zuzuordnen sind, sind A-Blogs im allgemeinen Filter-Blogs, d.h. Filter-Blogs erhalten inner- und außerhalb der Blogosphäre die meiste Aufmerksamkeit. Die Analyse der soziodemographischen Merkmale der AutorInnen zeigt, dass Filter-Blogs zumeist von Männern verfasst werden. Allerdings ist auch die Mehrzahl der von Männern verfassten Blogs den Online-Tagebüchern zuzuordnen (vgl. ebd.). Die vergeschlechtlichte Konstruktion der verschiedenen Typen wird nicht nur an der Demographie der NutzerInnen deutlich: Gerade das Tagebuch gilt als typisch weibliche literarische Gattung aufgrund seiner Konzentration „on the everyday (for which to some extent read ‚trivial‘ and ‚ephemeral‘)“ (Hogan 1991, zit. n. Scheidt 2006). Die grundlegenden geschlechtlichen Zuschreibungen zeigen sich auch im virtuellen Raum: Während Weblogs von Frauen zu Themen der alltäglichen Lebensführung im häuslichen Bereich als privat (Mommy-Blogging) und somit hinsichtlich der Verwirklichung von Partizipationschancen als uninteressant gelten, sind die Weblogs männlicher Autoren in den Top-100 Listen überproportional vertreten.

Geschlechterverhältnisse in der bundesdeutschen Blogosphäre

Eine Untersuchung der Inhalte von Weblogs und die Erhebung soziodemographischer Merkmale der AutorInnen im Rahmen des Projekts „Gender Blogging“ an der Ruhr-Universität Bochum ermöglicht Aussagen über die Bedeutung des Geschlechterverhältnisses für diese neue Form des Publizierens im Internet und der sich im virtuellen Raum konstituierenden Öffentlichkeiten.⁷ Im Bochumer Projekt wurde auf der

Grundlage der Daten des Blogverzeichnisses Blogstats eine Zufallsauswahl von 464 Weblogs gezogen, um zu Erkenntnissen bezüglich der soziodemographischen Struktur der Blogosphäre zu gelangen. Bei ca. 90% der AutorInnen war eine Zuordnung des Geschlechts möglich. Methodisch wurde auf eine Konsistenz der Angaben geachtet. Die inhaltsanalytische Bestimmung des Geschlechts setzt notwendig die Zuverlässigkeit der Angaben der AutorInnen voraus. Gender-Swapping ist als Phänomen bestimmter Formate der Online-Kommunikation bekannt (Chat, MUDs etc.), allerdings folgt die Selbstdarstellung auf persönlichen Webseiten anderen Prinzipien und ist auf Identifizierbarkeit angelegt (vgl. Döring 2000, 73).

Für die deutsche Blogosphäre ist ein hoher Frauenanteil zu konstatieren, der auf die große Zahl blogggender Teenager zurückzuführen ist, während bei den erwachsenen AutorInnen das Geschlechterverhältnis annähernd paritätisch ist. Die Anteilswerte des Samples nach Geschlecht betragen weiblich: 66,1% (275) und männlich: 33,9% (141). Damit zeigt sich in der Zufallsauswahl ein deutlich höherer Frauenanteil als in bisherigen Studien zur deutschsprachigen Blogosphäre (vgl. Schmidt/Wilbers 2006; Abold 2005), deren Samples auf Selbstrekrutierung der Befragten beruhten. Er entspricht ungefähr den Anteilen einer US-amerikanischen Untersuchung zu Weblogs bei den großen Bloghosts (Perseus 2005: weiblich 66%, männlich 34%), während Studien aus den Jahren 2003/2004 (vgl. Herring u.a. 2004a), die auf der Grundlage von Blogverzeichnissen erhoben wurden, einen deutlich geringeren Frauenanteil aufweisen (52% männlich bzw. 48% weiblich, ebd.). Die Ergebnisse zeigen einen langfristigen Trend: Mit der Emergenz der Blogosphäre steigt der Anteil der Autorinnen, die Ursache ist in der Zunahme der Zahl der Internet-Nutzerinnen und der Diffusion des Formats zu vermuten. Gerade für Mädchen und junge Frauen scheint das Medium eine besondere Attraktivität zu entwickeln.

Angaben zum Alter machten 150 AutorInnen (32%), bei diesen zeigte sich ein hoher Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener. 55,3% (83) der AutorInnen sind zwischen 12 und 17 und 28,7% (43) zwischen 18 und 25 Jahre alt. Nur 16% (24) sind älter als 25. Eine Zuordnung nach den Altersgruppen Jugendliche (bis 18 Jahre) und Erwachsene war bei weiteren 230 Autor/-innen möglich.⁸ Insgesamt konnte für 78% des Samples (362 Autor/-innen) sowohl Altersgruppe als auch Geschlecht bestimmt werden. Während unter den Jugendlichen der Frauenanteil mit 84,4% hoch ist, finden sich bei den Erwachsenen nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Sample nach Alter und Geschlecht

		Männlich	Weiblich	Gesamt
Jugendliche	(13-17)	26 (15,6%)	141 (84,4%)	167 (100%)
Erwachsene	(18-99)	92 (47,2%)	103 (52,8%)	195 (100%)
Gesamt		118 (32,6%)	244 (67,4%)	362 (100%)

Weblogs im Alltagshandeln weiblicher Teenager

Insgesamt stellen weibliche Teenager 39% des Samples. Dabei handelt es sich um eine Gruppe, die sowohl aufgrund des Alters als auch des Geschlechts als weniger politisch interessiert gilt und über geringere Teilhabechancen verfügt (vgl. Schneekloth 2002, 93). Die der Konstruktion von Öffentlichkeit zugrunde liegende geschlechtliche Spaltung verstärkt den Ausschluss weiblicher Jugendlicher, da ihnen der Zugang zu den öffentlichen Orten und zu politischer Erfahrung erschwert wird (vgl. Nissen 2005). Gerade bei weiblichen Teenagern zeigt sich eine geringere Beteiligung bei institutionalisierten Formen der Politik und ein stärkeres Engagement bei der Gestaltung des sozialen Nahbereichs als bei männlichen Jugendlichen (vgl. Hurrelmann u.a. 2002, 41). Hier sind Formen der Community-Bildung und der Auseinandersetzung mit politischem Alltagshandeln durch das Führen des Weblogs zu erwarten, die Ansätze für die Akkumulation sozialen Kapitals bieten und Einfluss auf Beteiligungschancen haben. So zeigen Untersuchungen, dass Jugendliche das Bloggen auch funktional im Sinne der Identitätsentwicklung und als „Experimentalbühne(n) im Umgang mit Welt“ (Reichmayr 2005, 12) nutzen und Weblogs ihnen die Aneignung wichtiger Fertigkeiten im Umgang mit neuen Medien ermöglichen (vgl. Reichmayr 2005; Scheidt 2006).

Weblogs als Medium der politischen Beteiligung

Im Bochumer Projekt wurde ein mehrstufiges Verfahren gewählt, um empirische Instrumente zu entwickeln, die es ermöglichen, die Dimensionen politischer Beteiligung und die Auflösung der rigiden Grenzziehungen zwischen so genannter „politischer“ und „sozialer“ Partizipation angemessen zu erfassen. Dabei wird Partizipation verstanden als „Teilhabe an sozialen, politischen und gesellschaftlichen Prozessen der Ressourcenallokation in der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Sphäre“ (Harders 2004, 222), wobei der nicht-öffentliche Bereich des politischen Alltagshandelns systematisch mit einbezogen wird.

In einem ersten Schritt wurden Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Altersgruppen in Bezug auf politische Partizipation im Sinne eines instrumentellen Politikverständnisses inhaltsanalytisch untersucht. Eine Frequenzanalyse ergab, dass ein großer Teil der erwachsenen AutorInnen das Weblog durchaus zur Reflexion und Diskussion politischer Themen nutzt. Im Untersuchungszeitraum August und September 2005, zeigten sich in 43,5% aller Weblogs des Samples (n=464) Bezüge zu politischen Themen, vor allem der Bundestagswahl.

Dabei sind Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen AutorInnen sowie Jugendlichen und Erwachsenen zu konstatieren. Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Geschlecht und Alter der AutorInnen und politischen Bezügen in den Weblog-Beiträgen (n=362) zeigt, dass sich in 36% der von Frauen und 60% der von Män-

nern verfassten Blogs Bezüge zu politischen Themen finden. Diese Unterschiede sind zum einen auf den hohen Anteil weiblicher Teenager zurückzuführen: Politische Inhalte finden sich nur bei 30,2% der männlichen und 23% der weiblichen Teenager. Aber auch in den von erwachsenen Männern verfassten Weblogs sind politische Inhalte häufiger zu finden (68,48%) als in den Weblogs erwachsener Autorinnen (54,37%). Damit scheinen sich auch im Netz Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Altersgruppen hinsichtlich der konventionellen politischen Beteiligung zu bestätigen. In einem zweiten Schritt sollen neben Formen der nicht-konventionellen Partizipation auch soziale Partizipation im Sinne bürgerschaftlichen Engagements und politisches Alltagshandeln als Aspekte des erweiterten Partizipationsbegriffs erfasst werden.

Im virtuellen Raum, so die These, erweisen sich die scheinbar rigiden Grenzen zwischen „privat“ und „öffentlich“ als durchlässig und ermöglichen es Frauen und Männern, in den vordergründig privaten Internettagebüchern Bezüge zum politischen Geschehen herzustellen. Internettagebücher können zudem als Teil einer Community-Building-Strategie aufgefasst werden und zur Akkumulierung sozialen und kulturellen Kapitals dienen. Sie werden dann zu wichtigen Ressourcen für Partizipation.

Das Internet dynamisiert Spielräume politischer Öffentlichkeit. Indem Weblogs als neues Format Möglichkeiten der „Citizen-to-Citizen“-Kommunikation schaffen, werden zugleich die Grenzlinien zwischen öffentlich und privat neu ausgehandelt. Die steigende Bedeutung virtueller Kommunikation beinhaltet neue Beteiligungschancen, die in ihrer Ausgestaltung von gesellschaftlichen Zuschreibungen und institutionellen Rahmenbedingungen abhängig sind, und zu deren Analyse ein erweiterter Partizipationsbegriff notwendig ist, da sonst Möglichkeiten der Beteiligung und des Empowerments für Frauen unterschätzt werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Herring u.a. (2004a) und Unger (2005, 9ff.) zur Genese der Bezeichnung und ersten Beispielen.
- 2 RSS ist ein universelles Format zum Austausch von Dateien. Von vielen Blogs können „RSS-Feeds“ bestellt werden, wird der Inhalt erneuert, wird er direkt im RSS-Format empfangen.
- 3 Eine Funktion, mit der Weblogs Informationen über Verweise untereinander austauschen können.
- 4 Eine Liste der von der/dem AutorIn gern gelesenen Blogs.
- 5 Als Blogosphäre wird die Gruppe aller Blogs bezeichnet, zumeist wird der Begriff aber für den durch Blogs konstruierten virtuellen Raum verwendet.
- 6 Die Position einer Seite in den Ergebnissen bei Google beruht auf der Bedeutung der Seite in Bezug auf andere Seiten, d.h. auf der Zahl der links auf diese Seite (vgl. http://www.google.de/intl/de/why_use.html).
- 7 Das Projekt wird im Rahmen des HWP-Fachprogrammes „Chancengleichheit“ vom Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.
- 8 Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen wurde die Vollendung des 18. Lebensjahres gewählt, zum einen aus forschungspraktischen Gründen (Wahlrecht, Führerschein), zum anderen aufgrund bekannter Unterschiede bezüglich des politischen Interesses zwischen den Altersgruppen der 12-17 bzw. 18-25jährigen (vgl. Schneekloth 2002, 93).

Literatur

- Abendschön, Simone, 2005: „Politische Online-Öffentlichkeiten – abseits vom Mainstream der Printmedien?“ *Welttrends*. 13. Jg. H. 48, 27-42.
- Abold, Roland, 2005: *Wahlkampf in der Blogosphäre – Weblogs im Vorfeld der Bundestagswahl 2005*. Bamberger Zentrum für Europäische Studien, Discussion Paper Nr. 9. Internet: <http://www.baces.uni-bamberg.de/Texte/Discussion%20Pap%209.pdf> (1.5.2006).
- BBDO Germany GmbH, 2005: Corporate Blogging. Internet: http://www.bbdo.de/de/home/presse/aktuell/20050/12_05_2005_-_aktuelle.html (8.9.2005).
- Braun, Sebastian 2002: „Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 29-30, 6-12.
- Döring, Nicola, 2000: „Identität + Internet = Virtuelle Identität?“ *forum medienethik*. Nr. 2, 65-75.
- Fraser, Nancy, 1994: „Sex, Lügen und die Öffentlichkeit: Überlegungen zur Bestätigung des Bundesrichters Clarence Thomas“. In: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt/M., 19-42.
- Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia, 2003: *Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung*. Internet: http://www.fu-berlin.de/gpo/geissel_penrose.htm (30.3.2005).
- Harders, Cilja, 2004: „Das Netz als Medium der Politik: Virtuelle Geschlechterverhältnisse zwischen neuen Öffentlichkeiten und alten Spaltungen“. In: Kahlert, Heike/Kajatin, Claudia (Hg.): *Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter. Wie neue Technologien die Geschlechterverhältnisse verändern*. Frankfurt/M., New York, 215-238.
- Harders, Cilja/Hesse, Franka, 2005: *Gender Blogging: Geschlechterverhältnisse in der Blogosphäre*, Antrag an das MWIFT NRW.
- Herring, Susan C. u.a., 2004a: „Women and Children Last: The Discursive Construction of Weblogs“. In: Gurak, Laura u.a. (Hg.): *Into the Blogosphere: Rhetoric, Community, and Culture of Weblogs*. Internet: http://blog.lib.umn.edu/blogosphere/women_and_children.html (15.6.2005).
- Herring, Susan C. u.a., 2004b: *Bridging the Gap: A Genre Analysis of Weblogs. Proceedings of the Thirty-seventh Hawaii International Conference on System Sciences (HICSS-37)*. Los Alamitos. Internet: <http://www.blogninja.com/DDGDD04.doc> (15.6.2005).
- Heß-Meining, Ulrike, 2005: „Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement“. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit: *I. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, 357-405. Internet: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/gender-report/6-politische-partizipation-und-buergerschaftliches-engagement.html> (11.4.2006).

- Hoecker, Beate, 1998: *Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Opladen.
- Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine, 2003: *Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band 2: Die Beitrittsstaaten*. Opladen.
- Hogan, Rebecca S., 1991: „Endangered Autobiographies: Diaries as a Feminine Form.“ *Prose Studies*. Jg. 14. Nr. 2, 95-107.
- Hurrelmann, Klaus u.a., 2002: „Eine Generation von Egotaktikern? Ergebnisse der bisherigen Jugendforschung“. In: Deutsche Shell (Hg.): *Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus*. Frankfurt/M., 31- 52.
- Kajatin, Claudia, 2004: „Vexierbilder“: Technologien und die Zukunft der Geschlechter“. In: Kahlert, Heike/Dies. (Hg.): *Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter. Wie neue Technologien die Geschlechterverhältnisse verändern*. Frankfurt/M., New York, 95-118.
- Klaus, Elisabeth, 2004: „Öffentlichkeit und Privatheit: Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten“. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden, 209-216.
- Koopmans, Ruud/Zimmermann, Ann, 2003: *Internet: A New Potential for European Political Communication?* Discussion Paper SP IV 2003-402. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Lang, Sabine, 2004: „Politik – Öffentlichkeit – Privatheit“. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht*. Wien, 65-81.
- Leggewie, Claus/Bieber, Christoph, 2001: „Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse“. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 41-42. Internet: http://www.bpb.de/publikationen/N8PJ6D,0,0,Interaktive_Demokratie.html (7.5.2006).
- Mohr, Fabian, 2004: *Mehr Online als Journalismus: Zehn Jahre Copy and Paste*. Internet: <http://www.onlinejournalismus.de/webwatch/10jahrebilanz.php> (1.9.2005).
- Möller, Erik, 2004: *Die heimliche Medienrevolution – Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern*. Hannover. Internet: <http://medienrevolution.dpunkt.de/files/Medienrevolution-1.pdf> (1.5.2006).
- Mortensen, Torill, 2004: „Personal Publication and Public Attention“. In: Gurak, Laura u.a. (Hg.): *Into the Blogosphere: Rhetoric, Community, and Culture of Weblogs*. Internet: <http://blog.lib.umn.edu/blogosphere/> (1.5.2006).
- Neuberger, Christoph, 2003: *Google, Blogs & Newsbots. Mediatoren der Internetöffentlichkeit*. Vortragsmanuskript. Kongress „Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0. Kongress zum Verhältnis von Medien und Demokratie“. 1.-2. Dezember 2003 in Berlin. Internet: <http://www.bpb.de/files/AJGN9T.pdf> (20.6.2005).
- Nissen, Ursula, 2005: Kindheit und Geschlecht – eine fehlende Perspektive in der Forschung zur politischen Sozialisation. In: Henninger, Annette/Ostendorf, Helga (Hg.): *Die politische Steuerung des Geschlechterregimes. Beiträge zur Theorie politischer Institutionen*. Wiesbaden, 37-56.

- Perseus Development Company, 2003: *The Blogging Iceberg*. Internet: <http://www.perseus.com/blogsurvey/iceberg.html> (12.6.2005).
- Perseus Development Company, 2005: *The Blogging Geysier*. Internet: <http://www.perseus.com/blogsurvey/geyser.html> (16.6.2005).
- Pew Internet and Life Project, 2005: *The State of Blogging*. Internet: http://www.pewinternet.org/pdfs/PIP_blogging_data.pdf (15.7.2005).
- Prigge, Jörg, 2005: „Die fünfte Gewalt. Schneller, hilfreicher, unmittelbarer: Weblogs haben sich bei der Hurrikan-Katastrophe als unverzichtbares Medium erwiesen“. *telepolis*. 6.9.2005. Internet: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20864/1.html> (9.9.2005).
- Putnam, Robert (Hg.), 2001: *Gesellschaft und Gemeinsinn*. Gütersloh.
- Ratliff, Clancy, 2004: *Whose Voices Get Heard? Gender Politics in the Blogosphere*. Internet: <http://culturecat.net/node/303> (16.6.2005).
- Reichmayr, Ingrid, 2005: „Weblogs von Jugendlichen als Bühnen des Identitätsmanagements. Eine qualitative Untersuchung“. In: Schmidt, Jan u.a. (Hg.): *Erkundungen des Bloggens. Sozialwissenschaftliche Ansätze und Perspektiven der Weblogforschung*. Sonderausgabe von kommunikation@gesellschaft. 6. <http://www.fonk-bamberg.de/pdf/fonkbericht0601.pdf> Jg. Internet: http://www.soz.unifrFrankfurt.de/K.G/B8_2005_Reichmayr.pdf.
- Sauer, Birgit, 2004: „Staat – Institutionen – Governance“. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht*. Wien, 107-125.
- Scheidt, Lois Ann, 2006: „Adolescent Diary Weblogs and the Unseen Audience“. In: Buckingham, David/Willett, Rebekah (Hg.): *Digital Generations: Children, Young People and New Media*. London. Internet: http://loisscheidt.com/linked/2006/Adolescent_Diary_Weblogs_and_the_Unseen_Audience.pdf. (2.5.2006).
- Schmidt, Jan/Wilbers, Martin, 2006: „Wie ich blogge?! Erste Ergebnisse der Weblogbefragung 2005“. Berichte der Forschungsstelle „Neue Kommunikationsmedien“. Nr. 06-01. Bamberg. Internet: <http://www.fonk-bamberg.de/pdf/fonkbericht0601.pdf> (11.5.2006).
- Schmidt, Jan, 2005: „Praktiken des Bloggens: Strukturierungsprinzipien der Online-Kommunikation am Beispiel von Weblogs“. *Berichte der Forschungsstelle „Neue Kommunikationsmedien“*. Nr. 05-01. Bamberg. Internet: <http://www.bamberg-gewinnt.de/wordpress/wp-content/pdf/PraktikenDesBloggens.pdf> (20.7.2004).
- Schneekloth, Ulrich, 2002: „Demokratie, ja – Politik, nein? Einstellungen Jugendlicher zur Politik“. In: Deutsche Shell (Hg.): *Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus*. Frankfurt/M., 91-138.
- Schönberger, Klaus, 1999: „Internet zwischen Spielwiese und Familienpost. Doing Gender in der Netznutzung“. In: Hebecker, Eike u.a. (Hg.): *Neue Medienwelten. Zwischen Regulierungsprozessen und alltäglicher Aneignung*. Frankfurt/M., 249-270.
- Shirky, Clay, 2003: *Power Laws, Weblogs, and Inequality*. Internet: http://www.shirky.com/writings/powerlaw_weblog.html (14.6.2005).

- Siedschlag, Alexander, 2003: „Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie – Ein Kommentar zum Forschungsstand“. In: Rogg, Arne (Hg.): *Wie das Internet die Politik verändert. Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen*. Opladen, 9-19.
- Unger, Frank, 2005: *Die Blogosphäre – Inhaltliche Strukturen deutschsprachiger Weblogs. Eine Analyse von publizistischen Potenzialen und thematischen Schwerpunkten*. Unveröff. Magisterarbeit. Internet: <http://neuronal.twoday.net/files/magisterarbeit> (1.9.2005).
- Verba, Sidney/Nie, Norman H., 1972: *Participation in America*. New York.
- Vowe, Gerhard/Emmer, Martin, 2002: „Elektronische Agora? Digitale Spaltung? – Der Einfluss des Internet-Zugangs auf politische Aktivitäten der Bürger. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung“. In: Baum, Achim/Schmidt, Siegfried J. (Hg.): *Fakten und Fiktionen: Über den Umgang mit Medienwirklichkeiten*. Konstanz, 419-432.
- Winker, Gabriele, 2004: „Internetforschung aus Genderperspektiven“. In: Buchen, Sylvia u.a. (Hg.): *Gender methodologisch. Empirische Forschung in der Informationsgesellschaft vor neuen Herausforderungen?* Wiesbaden, 123-140.
- Winker, Gabriele u.a., 2004: Neue Öffentlichkeiten durch frauenpolitische Netze im Internet? In: Kahlert, Heike/Kajatin, Claudia (Hg.): *Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter*. Frankfurt/M., New York, 239-257.

Wissenschaftspreise der DVPW 2006

Auf dem Kongress 2006 in Münster wurde der Theodor-Eschenburg-Preis der DVPW an Prof. Dr. emerita *Helga Haftendorn* für ihr Lebenswerk verliehen. Des Weiteren wurde Prof. Dr. *Barbara Holland-Cunz* mit dem erstmalig ausgelobten Themenpreis geehrt. Damit zeichnete die Jury ihr jüngstes Buch *Die Regierung des Wissens: Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der „Wissengesellschaft“* (s. Rezension in: *femina politica* 1/2006) als herausragende Arbeit im Bereich der Genderforschung aus. Beide Laudationes werden in *Politische Vierteljahresschrift* (Heft 4/Dezember 2006) erscheinen.

Tagespolitik

Das Elterngeld – Einige Anmerkungen zum Unbehagen mit der Neuregelung

Silke Bothfeld

Ende September wird der Bundestag das neue Elterngeldgesetz beschließen, das voraussichtlich zum 1.1.2007 in Kraft treten wird. Wenngleich die politischen Reaktionen in fast allen Lagern überwiegend positiv ausfallen, so gibt es doch vereinzelte Einsprüche. Diese sollen im Folgenden im Hinblick auf drei Aspekte diskutiert werden, um Argumente für eine Bewertung der Neuregelung zu bündeln: das Unbehagen mit der Grundausrichtung der Neuregelung, die wichtigsten Defizite des Gesetzentwurfs sowie die fehlende Verankerung des Gesetzes im generellen sozialpolitischen Kontext.

Überlagerung, nicht Wechsel der Paradigmen

Seit der Einführung des Bundeserziehungsgeldes 1985 wird um die normative Grundausrichtung der deutschen Vereinbarkeitspolitik gestritten. Stets ging es um die Frage, ob die Familien- und die Berufsarbeit unter dem Stichwort der (vermeintlichen) „Wahlfreiheit“ als gleichermaßen wertvoll anerkannt werden sollen, oder ob der Anerkennung der Erwerbstätigkeit von Müttern stärker Rechnung getragen werden soll, um die traditionelle Verweisung der Frauen auf die Familien- und Erziehungsarbeit bewusst zu konterkarieren und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern. Diskutiert man diese Frage mit den Ideen, die Nancy Fraser (1994) für die Bewertung von Geschlechtergleichheit entwickelt hat, so geht es um die Entscheidung zwischen dem Modell der gleichen Anerkennung der Betreuungsarbeit, oder dem Modell der allgemeinen Erwerbstätigkeit, das von der Berufsarbeit beider PartnerInnen ausgeht und die Betreuungsarbeit auf Dritte verlagert oder schließlich dem Integrationsmodell, dass auf die Vereinbarung beider Lebensbereiche vermittelt eines verkürzten Arbeitszeitstandards für beide Geschlechter setzt. Aus Gründen der Gleichheit zwischen den Geschlechtern, die Fraser u.a. an der Reduzierung des Androzentrismus' und der Gleichheit in der Freizeit misst, plädiert sie für das „Integrationsmodell“. Das Bundeserziehungsgeld aber wurde als symbolische Anerkennung einer Erziehungsleistung konzipiert und ist daher in seiner Systematik dem Familienlastenausgleich zuzuordnen – dies entspricht dem Anerkennungsmodell. Dementsprechend wirkte es – gemeinsam mit dem dreijährigen Erziehungsurlaub – als Anreiz für Mütter zum Rückzug vom Arbeitsmarkt.

Die Reform von 2001 hat vor allem mit ihrer Teilzeitoption einen Wandel zum Integrationsmodell in Gang gesetzt. Das neue Elterngeld setzt diesen Wandel fort; es ist jedoch ein Hybrid, da gleichzeitig das alte Elterngeld als Sockelbetrag für nicht erwerbstätige Erziehende erhalten bleibt und nun sogar ohne Bedarfsprüfung gewährt

wird.¹ Insofern ist diese Reform Ausdruck einer allmählichen Überlagerung der zugrunde liegenden Paradigmen – das der gleichen Anerkennung der Betreuungsarbeit mit dem Integrationsmodell. Das Unbehagen gegenüber der Neuregelung ergibt sich vermutlich auch aus dieser Unentschiedenheit, die sich in der rechtlichen Umsetzung entsprechend niederschlägt. Diesen Widersprüchlichkeiten soll im Weiteren noch einmal genauer nachgegangen werden.

Kritik einzelner Regelungen

Die konzeptuelle Unentschiedenheit des Elterngeldes spiegelt sich bei der Finanzierung der Leistung wider. So wird die neue Leistung auch weiterhin durch Bundesmittel finanziert, während sich die Zahlbeträge an dem vorherigen Einkommen der Beschäftigten orientieren. Die Finanzierungsform leitet sich pfadabhängig aus der bestehenden Regelung ab und ist institutionell inkonsistent, wenngleich nicht ohne Vorbild: Auch die alte Arbeitslosenhilfe funktionierte nach dieser Mischung aus Steuerfinanzierung und Leistungsprinzip. Eine Elternurlaubsversicherung nach dem schwedischen Modell wäre eine konsistentere Lösung gewesen, weil die Leistungen enger an die Vorleistungen (Beiträge) geknüpft würden. Eine reine Versicherungsleistung hätte aber die Lohnnebenkosten erhöht und den Beibehalt der Sockelbeträge für Nichterwerbstätige erschwert.

Die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung ist konsequent, die Zahlung des Sockelbetrags von 300 an nicht erwerbstätige Eltern hingegen nicht. Die Koalition drückt sich damit vor der Entscheidung, entweder vorrangig die Erwerbstätigkeit von Eltern zu fördern oder Familienarbeit zumindest symbolisch als gleichwertig anzuerkennen. Der Wegfall der Einkommensgrenzen begünstigt die Nichterwerbstätigkeit von Eltern, die gemeinsam mit einem/einer gut verdienenden PartnerIn in einem Haushalt leben und die ohnehin durch das Ehegattensplitting begünstigt sind. Dies ist ein politisches Zugeständnis an Konservative, die die „Gleichbehandlung“ von nicht erwerbstätigen Eltern unter der Prämisse der „Wahlfreiheit“ fordern. Das Argument, die Neuregelung der Geldleistung dürfe nicht zu einer Schlechterstellung von (nicht erwerbstätigen) Eltern führen, hat schon bei der Reform 2001 eine große Rolle gespielt und – bei damals engen Haushaltsvorgaben – eine grundsätzliche Neustrukturierung verhindert (vgl. Bothfeld 2005).

Die Schlechterstellung von unfreiwillig nicht erwerbstätigen Eltern wird dagegen in Kauf genommen. Sie sollte jedoch kein Argument gegen das Gesetz sein, vielmehr müsste im Zuge der Elterngeldreform auch eine vernünftige Existenzsicherung für arbeitslose, kranke, erwerbsunfähige oder bereits in Elternzeit befindliche Eltern entwickelt werden. Nach der aktuellen Regelung wirken sich Zeiten innerhalb des Zwölfmonatszeitraums, in dem die Eltern nicht erwerbstätig waren, extrem negativ auf die Höhe des Elterngeldes aus, so dass eine eigenständige Existenzsicherung in vielen Fällen nicht möglich sein wird.

Folgerichtig, im Sinne der Förderung des Integrationsmodells, ist dagegen die Verkürzung der Bezugsdauer des Elterngeldes auf generell 12 bzw. 14 Monate, womit der Sichtweise Ausdruck verliehen wird, dass eine baldige Rückkehr des erziehenden Elternteils in die (teil- oder vollzeitige) Erwerbstätigkeit wünschenswert ist. Hierin liegt ein klarer Bruch mit dem alten System, das eine mehrjährige Ausstiegsoption gefördert hat und damit erheblich zur Verschlechterung der Arbeitsmarktchancen von Frauen beitrug. In der bisherigen Praxis wurden arbeitslose Frauen, wenn sie kleine Kinder zu betreuen hatten, teilweise sogar unter vorbehaltloser Gewährung von Leistungen bis zum 3. Lebensjahr des Kindes „ruhig gestellt“, in der Regel aber aus der Arbeitsvermittlung und -förderung ausgenommen. Insofern ist die gesetzliche Regelung, arbeitslose Eltern kleiner Kinder in die Förderung einzubeziehen sinnvoll, wobei eine wirkungsvolle Arbeitsförderung – ja eine effektive Beschäftigungspolitik insgesamt – sowie eine armutsfeste Sicherung arbeitsloser Eltern allerdings nach wie vor fehlen.

Die neuen „Partnermonate“ hingegen, die noch bei der Reform 2001 in allen politischen Lagern als „zwingende Teilung“ abgelehnt wurden, scheinen nun auf einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu treffen. Allerdings ist die konkrete Ausgestaltung der Teilzeitregelung im Gesetzentwurf nicht geeignet, die tatsächlich partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Eltern zu fördern. So führt die volle Anrechnung von Teilzeitelterngeld zu einer (überproportionalen) Reduzierung des Gesamtanspruchs. Eine gleichzeitige teilzeitige Inanspruchnahme durch beide Eltern ist nach dem aktuellen Stand nur für sieben Monate möglich. Der Juristinnenbund hat daher eine Neuformulierung vorgeschlagen, die in der Überarbeitung des Gesetzentwurfs unbedingt berücksichtigt werden muss.

Ein weiterer, aus geschlechterpolitischer Sicht ebenfalls hoch relevanter Aspekt ist die fehlende Flexibilität bei der Inanspruchnahme des Elterngeldes. Wurde noch bei der Reform 2001 mit Mühe die bis zum 8. Lebensjahr des Kindes mögliche Inanspruchnahme des dritten – wengleich unbezahlten – Jahres der Elternzeit als Kann-Regelung von den Grünen eingebracht (vgl. Bothfeld 2005), so spielte diese Form der Flexibilität in der Diskussion um die Lohnersatzleistung keine Rolle mehr. Die Chance, eine stärkere Beteiligung der Väter zu erzielen, würde besser ausgeschöpft werden, wenn ein kleiner Teil des Elterngeldes (es müssen nicht die Partnermonate sein) zu einem späteren Zeitpunkt beansprucht werden könnte.

Das Elterngeld als Leuchtturm in der aktuellen sozialpolitischen Landschaft

Jenseits der Hybridität des Elterngeldkonzeptes und der institutionellen Inkonsistenz des Gesetzentwurfs muss der Blick auf den sozialpolitischen Kontext gerichtet werden. Dabei erstaunt, dass aktuell ein Gesetz mit einem finanziellen Mehraufwand von rund 1,5 Mrd. Euro beschlossen wird, was das Argument der sozialpolitischen Not-

wendigkeitskonstruktion des generell verhindernden Haushaltszwangs ein Stück weit zu unterminieren scheint. So war doch bei der Reform von 2001 die Überschreitung der Grenze von Mehrausgaben in Höhe von 300 Mio. Euro mit einem regelrechten Tabu belegt, das sich jedoch in der Debatte um die hohen Investitionen in die Kinderbetreuung sehr schnell wieder auflöste. Umso interessanter ist die Frage, ob das Elterngeldgesetz als Teil einer „nachhaltigen Familienpolitik“ (Rürup/Gruescu 2005) allein einer ökonomischen Logik gehorcht – mit der die Kosten gerechtfertigt werden können oder ob in dem Projekt auch ein gleichstellungs- und sozialpolitisches Potenzial liegt, das die Handlungsautonomie der Eltern tatsächlich vergrößern wird.

Ein Knackpunkt in der allgemeinen politischen Entwicklung ist erstens das fehlende politische Bekenntnis zum Ausbau qualitativ hochwertiger und flächendeckender sozialer Dienstleistungen, der auf vernünftigen Finanzierungsplänen und nachhaltigen Implementationsprogrammen basieren müsste. Der Ausbau der Kinderbetreuung durch kurzfristig geschulte und schlecht entlohnte Tagesmütter und die Behebung von Personalengpässen in öffentlichen Einrichtungen durch Ein-Euro-Jobs unterläuft das Ziel, das eigentlich mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) erreicht werden sollte: die Erhöhung der Versorgungsquote für die Betreuung von kleinen Kindern und die qualitative Entwicklung der Betreuungsdienstleistungen. Nicht zuletzt verläuft auch aus politisch-institutionellen Gründen die Entwicklung der Kinderbetreuung in Deutschland extrem langsam und kaum am Bedarf orientiert (vgl. Evers u.a. 2005), ein Problem das sich durch die anstehende Föderalismusreform vermutlich noch verschärfen wird, weil die Handlungsmöglichkeiten des Bundes weiter eingeschränkt werden.

Zweitens werden die positiven Effekte der Elterngeldreform durch die Veränderungen im Arbeitsmarkt konterkariert. Denn hier vollzieht sich gegenwärtig ein Prozess, der die Erwerbszentrierung der sozialen Sicherung stärkt und den Druck auf die Beschäftigungsbedingungen und die Karriereentwicklungschancen insgesamt erhöht. Dadurch verringert sich der Spielraum für ein selbstbestimmtes Leben diesseits der Erwerbsarbeit generell. Faktisch, und das zeigt auch die generelle Tendenz der tariflichen und tatsächlichen Arbeitszeitverlängerung bei gleichzeitigen sinkenden tatsächlichen Wochenarbeitszeiten bei den Frauen (Bothfeld u.a. 2005), verhindern nämlich betriebliche Praktiken eine wirkliche Veränderung der Geschlechterrollen. Fraglich ist daher, ob das Elterngeld unter Verzicht auf eine Veränderung der Arbeitszeitstandards und eine gesetzliche Gleichstellungsregelung für die Privatwirtschaft die Veränderung der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung bewirken kann.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik steigt, drittens, der Druck auf die Beschäftigten: Zum einen werden den Beschäftigten höhere Eigenbeiträge abverlangt und gleichzeitig die Leistungen für Langzeitarbeitslose reduziert. Der Spielraum für „Auszeiten“ verringert sich, was sich re-traditionalisierend auf die geschlechterspezifische Arbeitsteilung auswirken wird. Zum anderen werden die Standards des alten Normalarbeitsverhältnisses durch die Neudefinition zumutbarer Tätigkeiten in Frage gestellt. Parallel

dazu wächst der Anteil von Niedriglohnbeschäftigten beständig an, wie auch die Erkenntnis über das hohe Ausmaß von „AufstockerInnen“ kürzlich gezeigt hat (vgl. dazu Aust u.a. 2006). Dass außerdem der Anstieg der Erwerbslosigkeit die individuelle objektive und subjektiv wahrgenommene soziale Sicherheit negativ beeinflusst, bedarf kaum einer gesonderten Erwähnung. Vor allem im Arbeitsmarkt ergeben sich somit erhebliche negative Entwicklungen, die die Handlungsspielräume für alle Erwerbspersonen drastisch verringern.

Fazit

In der Gesamtschau bedeutet dies: Nicht das Elterngeld als Instrument an sich ist zu kritisieren, sondern vielmehr seine Eigenschaft als „sozialpolitischer Leuchtturm“, die sich aus der fehlenden Einbindung in die sozialpolitische Landschaft ergibt. Die allgemeine Erhöhung von Handlungsautonomie von Eltern kann nur erzielt werden, wenn die vorwiegend ökonomisch motivierte Maßnahme von Regelungen begleitet wird, die explizit und konsequent die geschlechterpolitische Schräglage und die allgemeinen sozialpolitischen Fehlentwicklungen in den Blick nehmen. Dazu gehört auch, dass noch konsequenter als bislang über die Erwerbszentrierung und die Individualisierung in der sozialen Sicherung nachgedacht wird, sodass nicht nur die Anerkennung von Betreuungs- und Pflegetätigkeiten verbessert wird, sondern gleichzeitig der Aspekt der horizontalen Umverteilung – zwischen Viel- und Geringverdienern nicht aus dem Blick gerät. Insofern gilt das latente Unbehagen mit der Neuregelung wohl vor allem der verteilungspolitischen Schräglage des eigentlich begrüßenswerten Gesetzentwurfs der großen Koalition.

Anmerkungen

- 1 Im Gesetzentwurf der Bundesregierung ist, angelehnt an das Arbeitslosengeld, eine Lohnersatzleistung in Höhe von 67% des letzten Nettoeinkommens mit einer Bezugsdauer von bis zu 12 bzw. 14 Monaten vorgesehen. Die Lohnersatzleistung soll bei 1800 EUR gedeckelt werden. Gleichzeitig soll ein nicht bedarfsgeprüfter Sockelbetrag von 300 EUR für nicht erwerbstätige Eltern beibehalten werden. Für Erwerbstätige mit einem Einkommen von unter 1000 EUR gilt eine mit sinkendem Einkommen progressiv ansteigende Lohnersatzrate.

Literatur

- Aust, Judith/Bothfeld, Silke/Leiber, Simone/Müller-Schoell, Till/Seine, Britta, 2006: *Misbrauch und Kostenexplosion bei Hartz IV? WSI-Thesen zur aktuellen Reformdiskussion*; Juni 2006, <http://www.monapoli.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-1582F064/monapoli/hs.xsl/191.html>
- Bothfeld, Silke, 2005: *Vom Erziehungsurlaub zur Elternzeit. Politisches Lernen im Reformprozess*. Frankfurt/M., New York.

- Bothfeld, Silke/Klammer, Ute/Klenner, Christina/Leiber, Simone/Thiel, Anke/Ziegler, Astrid, 2005: *WSI-FrauenDatenreport 2005*. Berlin.
- Evers, Adalbert/Lewis, Jane/Riedel, Birgit, 2005: "Developing Child-Care Provision in England and Germany: Problems of Governance." *Journal of European Social Policy*. 15. Jg. H. 3, 737-748.
- Fraser, Nancy, 1994: „Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment.“ In: Honneth, Axel (Hg.): *Pathologie des Sozialen*. Frankfurt/M., 351-376.
- Gruescu, Sandra/Rürup, Bert, 2005: *Nachhaltige Familienpolitik. Aus Politik und Zeitgeschichte*. H. 23-24, 3-15.

Nomen et omen: Reframing the sogenannter-Ehrenmord Discourse in Europe

Joyce Marie Mushaben

Die Sprache der Herrschenden wird zur herrschenden Sprache.

Karl Marx, „Die Deutsche Ideologie“

The last year has witnessed three sensational trials involving the murders of young women of migrant descent in EU member-states. Despite half-hearted claims to the contrary, these cases have been singled out as “further proof” that some foreigners, especially Muslims, have no place in otherwise law-abiding, democratic countries like Germany, Britain and Denmark. The case of Faten Habash (22), bludgeoned to death in May 2005 by her Christian Palestinian father for falling in love with a Muslim, received little notice; the others made the international press.

One of nine children, Hatun Aynur Sürücü was born in Berlin on January 17, 1982 to Kurdish parents; she was forced to leave the Gymnasium at 16 to marry a cousin in Turkey. She divorced her abusive husband, returning to Germany to give birth to a son, Can, in 1999. A naturalized citizen, Sürücü was “bestens in die deutsche Gesellschaft integriert” – a single mother training to become an electrician. In April 2006, her youngest brother, Ayhan (by then 19) was sentenced to nine years and three months in prison, for killing her at a Tempelhof bus-stop with three shots to the head on February 7, 2005. Brothers Mutlu (26, also a German citizen) who secured the weapon, and Alpasian (25), who helped to plan the execution, were acquitted – because the state was not able to prove their involvement (cs. Füchsel/Bebber 2006; Bullion 2006).

In Britain, Samaira Nazir (25), a “strong-willed businesswoman” with a degree from Thames University, rejected family-selected Pakistani suitors in order to marry an asylum-seeker of a different caste. She died in April 2005 as a result of 18 stab wounds and three slashes to the throat after being “summoned” to the family home in South-hall/London. Her brother Azhar (30) and a cousin (17) were convicted of her death in June 2006; the former faces 20 years, the latter 10 years imprisonment (cs. Butt 2006). The trial involving Ghazala Khan’s death marks a “turning point in Danish judicial history” – despite threats to the jury. A Danish citizen, Ghazala was living with her mother and sister in Pakistan; she fell in love with an Afghan she met on the plane to Copenhagen (necessary to renew her visa for Pakistan). She was gunned down two days after eloping, on September 23, 2005; her family had hunted her down and invited her to a “reconciliation meeting” at the Slagelse train-station. Also shot twice, her husband survived. Mobile phone records revealed constant contacts among the plotters. Nine persons were convicted: Kahn’s father, brother, aunt, mother’s brother, father’s brother, older and younger relatives of the aunt, and two family friends, including the taxi driver who helped to track her down (cs. Lueber 2006).¹

Reading of a murder – more than a problem of speech

“Honor killings” are now being framed as a human rights issue. As one UN worker stressed: “Naming the problem and bringing international attention to it highlights the refusal of some of these governments to shine any light on their failure to protect their own citizens.” (Honour Crimes 2006). *Nomen et omen*: This is exactly why we must stop labeling these tragedies “so-called honor killings.” These heinous acts have as little in common with honor as ethnic cleansing does with neighborhood-beautification campaigns. They *are* directly connected to dowry deaths, unexplained “suicides,” crimes of passion, and female infanticide. Let us call these acts by their real name: *femicide, domestic homicide, or crimes of shame*. Any use of the word “honor” sub-consciously re-inforces a sense of moral righteousness among persons who justify such deaths, at the same time the “so-called” label exonerates everyone else from national responsibility.

By presenting these cases as religiously motivated (i.e., by way of Islamic fundamentalism) or culturally pre-destined, feminists buy into *the same private/public distinctions* that used to keep police from interfering in “family affairs” – until the woman was dead. Over 90% of all females murdered in the United States are killed by their partners. That figure alone makes “domestic disputes” a national issue demanding a systemic response. European feminists incensed by such crimes should be the first to demand that *all* trials involving women killed by “family members” receive equal treatment, that is, “headline” coverage in local newspapers. Instead, feminist rhetoric, as Birgit Rommelspacher (1995) observes, has been tainted by far-right discourse re-invoking ethno-nationalism; some even label themselves *white German Christian*

feminists vis-à-vis Muslim women, affirming stereotypes (religion = culture, West vs. the rest) intended to divide and exclude.

The supposedly left-enlightened *tageszeitung (taz)* offers one example of how women can be hoodwinked into the dominant discourse. Following Sürücü's death, Jan Feddersen and Martin Reichert interviewed "expert" Necla Kelek whose sensationalized writings regarding women and Islam, e.g., *Die fremde Braut* (2005), are at odds with her empirical findings on the subject (cs. Zaptcioglu 2005). Mirroring the title of her recent book (vgl. Kelek 2006) – "Es sind verlorene Söhne" – the tone of the interview (*taz* vom 23.09.2005), was polemical, the questions downright stupid. "Was war die Sünde der Hatun Aynur Sürücü?" Hatun's sin? Bad enough that she was murdered – in this case, the victim is rendered the guilty one, while perpetrators are merely "lost," thus worthy of empathy. Rather than ask hard questions about causes and effects, *taz* reporters draw on vocabulary guaranteed to invoke religious stereotypes. The real issues, alienation and aggression deriving from a lack of effective integration policies, are never raised. "Aber müsste es nicht für die Brüder unerträglich sein, die eigene Schwester prügeln, gar töten zu müssen?" Unbearable for beaters, required to kill? All world religions, including Islam, instruct their followers „thou shall *not* kill." Murder is presented here not as a crime but rather as a categorical imperative inherent in family relations. Do reporters assume that these males, unlike their German counterparts, lack the free will differentiating humans from other species? "Ist der weibliche Orgasmus, ist der Spaß ihrer Frauen eine Dimension unter türkischen Männer?". Who cares about the sex lives of these murderers? What gives any man the right, or the power, to control female sexuality in the first place?

Hatun, Samaira and Ghazala made clear personal choices. We *dishonor* their courageous efforts at self-determination by classifying their deaths in terms used by their killers. It is unclear why their mothers have been exempted from prosecution, though they did nothing to deter their sons and husbands, or to warn their daughters about the real purpose of "reconciliation" visits. European courts consider these women just as invisible, submissive and incapable of independent moral judgment as the men who carried out the executions – no better than the Sharia legal code that deems women's legal testimony only half as good as man's. If German jurisprudence prevents convictions of anyone other than the person who fired the gun, perhaps it is time to amend the law to include other types and degrees of collaboration – as appears to have been done in Denmark.

Why is it that ethnic minorities repeatedly denounce the immorality of women – "the whore lived like a German" (*Spiegel* online 2005) – but never castigate the honor or morality of the men who dominate the host culture. Migrant communities of all sorts use their women to assert their moral superiority over Western culture, in reaction to discrimination, degradation and subordination in the host state. Obviously the ethnic patriarchs need to learn that MEN still control the advertising, the fashion world, prostitution rings, and even the porno industry in western societies (Beate Uhse is the

exception that confirms the rule). The male desire to control and exploit female sexuality is not limited to migrant groups; it is the *sine qua non* of traditional masculine identity.

Then why are these murders treated as sensational events deriving from “foreign cultures,” when they actually testify to violence against women *across all cultures?* (vgl. Weichman/Hossein 2005) In the Bundesrepublik, battered women shelters were created in the early 1970s to rescue natives, not foreigners; East German shelters opened in 1989, and rapidly filled to capacity. Even Sweden reports mounting abuse, 22.400 cases in 2003, up from 14.000 in 1990 (cs. Alvarez 2005).

Gaps in the German law

Forced marriages are tolerated in Germany by way of perverse “residency permit” regulations, in the name of constitutionally protected “family unification.” According to Foreign Ministry data, 21.447 Turkish citizens entered Germany under family unification in 2001. There are no reliable statistics on forced marriages, characterized as “a modern form of slavery”; the number of brides exported back to Turkey is also unknown. A 2002 survey led the Berlin Senate to “guestimate” forced marriages at 230 among local 16-22 year-olds.² In a 2003 Family Ministry study, half of the 150 women polled admitted their parents had chosen their partners; a quarter had not met their spouses prior to marriage, twelve were married against their wills (cs. Kelek 2005; Inci 2005). Exporting parents “un-register” (*abmelden*) daughters under the age of 18 to preclude their return – §44 of the Aliens Act automatically cancels residency permits for persons who do not re-enter within six months. Only citizenship can ensure unlimited return, should women choose to flee. Though a necessary condition, citizenship is not a sufficient guarantee against discrimination, xenophobia and violence against women. Despite Danish citizenship, Khan was sent “back” to Pakistan under the age of 18, presumably by her father.³

Instead of relying on implicit protection against *Nötigung* under §240 of the German Criminal Code, forced marriage merits “a law of its own,” imposing criminal sanctions on all who profit from such unions through dowries, cash or work permits. Berlin Justice Minister Karin Schubert advocates amending the Civil Code, allowing nullification of such unions up to three years (instead of one); modifying residency rules to allow for a later return (three months *after* dissolution); granting residency rights to imported brides even if the marriage lasts less than two years, to meliorate the dire consequences they face as “damaged goods” if forced to return to home villages; and terminating inheritance rights for parents and other relatives.⁴ One partial solution would be to raise the minimum age for “marriage” purposes; spouses must be 24 to enter Denmark, 21 in the Netherlands. Partners should be required to provide full support, including a separate dwelling, to prevent exploitation by in-laws.

Necessary demands, absurdities and missing action

Part of the solution lies in educating girls about their rights, sensitizing personnel at schools and consulates, and prosecuting *all* family collaborators. The real problem rests elsewhere, however: namely, with men of all ages. What is it about *male socialization*, German and otherwise, that reproduces a belief in male dominance, moral superiority, and intolerance of female self-determination? In a world increasingly dominated by profit-mongering, women have limited “market value”, i.e. as sexual objects or as reproductive machines. Traditional perceptions of women as the property of men, to be traded away as “brides”, have merged with new forms of female commodification. This applies not only to forced marriages but also to the ludicrous tendency among Western men to “mail-order” brides out of catalogues from Asia, Russia and Eastern Europe – not to mention the larger problem of delete female commodification through sex-trafficking.

These murders have evoked absurd political responses: The CDU in Berlin used Sürücü’s murder to demand binding religious instruction in schools, though 40% of Berlin pupils already exempt themselves from state subsidized religion classes. The last thing this family needs is more religion: Mutlu is described as “der mit langem Haar und Bart *wie ein strenggläubiger Muslim wirkt*” (my emphasis); this is a sweeping stereotype that could also apply to ex-Bundestag president Wolfgang Thierse! He is further characterized as “fromm”, although prosecutors found no direct links to fundamentalist mosques. The Greens called for independent residency rights for “ausländische Ehefrauen” (cs. Küpper 2006; Lueber 2006). Sürücü was neither married nor a “foreigner” the time of her death.

Following the recent *Integrationsgipfel*, Peter Uhl (CSU) demanded “das klare Bekenntnis zu Sanktionen”, while Edmund Stoiber (CSU) proposed cutting social benefits 30% for persons refusing to participate in integration courses *that do not yet exist* and for which there seems to be little money. Still others, stressing Sürücü’s “German/Turkish” roots (though Turks persecute Kurds), saw a chance to oppose Turkey’s EU application. Federal Integration Commissioner Maria Böhmer (CDU) urged all schools to require singing of the national anthem to foster integration. I sincerely doubt that singing *Einigkeit und Recht und Freiheit* or *God save the Queen* would have saved any of these women. Had the Nazirs neighbors forced their way in as Samaira thrust her bloody arms out the door, screaming for help before she was dragged back in by her hair, at least one might have survived.

Sürücü reported several death threats to the police, who took no action. Missing are tough national laws and court-ordered bans – without exception – on contacts between family members and women who reported intimidation or threats; they should be coupled with automatic arrest for persons violating these bans. Secondly, all three countries need hotlines *and* mentors for young women at risk, visible at every school, mosque, and Ausbildungsplatz. Thirdly, all youth and educational ministries need to

adopt immediate, pro-active, school-based (re)socialization and integration programs for youth of migrant background, with special focus on males. Schools should be required to investigate sudden female withdrawals from school. Fourth, elected officials need to dialogue with “moderate” Imams who attest that nothing in the Quran mandates forced marriages or these killings. These imams should be assisted in publicly renouncing such deeds as *Schandemorde*, as crimes that shame the perpetrator families.

Last but not least, German feminists, especially, need to start identifying with their own nation, in order to hold *that* nation accountable for gender-sensitive migration and integration policies. Stop blaming other countries, cultures and religions. The real story here is that Germany, Denmark and Britain *failed to defend women who were their own citizens*. None of the “recommendations” thus far treat these women as such.

Too many feminists are missing a chance to use real political voice. Don't let *your* country get away with murder.

Notes

- 1 Details provided by Hanna Petersen, Professor of Law at the University of Copenhagen
- 2 Interview with Sabine Kroker-Stille, July 1, 2005
- 3 Press reports are unclear on this point, but Prof. Petersen suggests he may have done so to keep the family females compliant with Pakistani traditions.
- 4 Schubert introduced a Bundesrat proposal in June 2005, subsequent to expert hearings in Berlin and North Rhine-Westphalia (draft documents 15/3544 and 15/3274).

References

- Alvarez, Lizette, 2005: “Sweden Boldly Exposes a Secret Side of Women’s Lives”. *New York Times*, 06.04.2006.
- Bullion, Constanze von, 2006: “Ehrenmord-Prozess: Aus der Welt geschafft”. *Süddeutsche Zeitung*, 28.06.2006.
- Butt, Riazat: “‘You’re not my Mother any more’, shouted Samira”. *The Guardian*, July 15, 2006.
- Füchsel, Katja/Bebber, Werner van, 2006: “Wo die Erinnerung lebt”. *Der Tagesspiegel*, 28.06.2006.
- “Honour crime is ‘complex issue’”. Internet: http://77newsvote.bbc.co.uk/mpapps/page_tools/print/news.bbc.co.uk/2/hi/uk-news/wales (March 9, 2005)
- Kelek, Necla, 2005: *Die fremde Braut*. Köln.
- Kelek, Necla, 2006: *Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes*. Köln.
- Küpper, Mechthild, 2006: “Ein ‘richtiger Killer’ und seine Familie”. Internet: <http://www.faz.net/s/Rub77CAE94D7431F9EACD163751D4CFD/Doc~E2316D> (January 12, 2006)

- Lueber, Peter, 2006: "So sollte es sein: Dänisches Gericht verurteilt erstmals Familie wegen Ehrenmord". *Die Zeit*, 30.06.2006.
- Rommelspacher, Birgit, 1995: *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin.
- Spiegel online, 2005, „The Whore Lived Like a German“. Internet: <http://service.spiegel.de/cache/international/0,1518,344374,00.html> (2.3.2005)
- Welchman, Lyn/Hossain, Sara (eds.), 2005: "Honor": *Crimes, Paradigms, and Violence Against Women*. Melbourne.
- Y., Inci, 2005: *Erstickt an Euren Lügen. Eine Türkin in Deutschland erzählt*. Köln.
- Zapcioglu, Dilek, 2005: *Türken und Deutsche. Nachdenken über eine Freundschaft*. Frankfurt/M.

Forschung, Fortbildung und Förderung

Zum 30-jährigen Bestehen des UN-Frauenforschungsinstituts INSTRAW

Eva Voß

Auf Initiative einer kleinen Frauengruppe um die finnische Frauenrechtlerin Hertta Kuusinen beschlossen die Vereinten Nationen zwanzig Jahre nach ihrer Gründung dem Thema „Frauen und Entwicklung“ endlich ein eigenes Themenjahr zu widmen, das 1975 als das „Internationale Jahr der Frau“ (International Women’s Year, IWY) in die Geschichte der UN einging. Das „Internationale Jahr der Frau“ war nur eines von zahlreichen Themenjahren der Vereinten Nationen, garantierte aber zum ersten Mal, dass die Anliegen von Frauen tatsächlich Gehör fanden. Bis zu diesem Zeitpunkt spielten Frauen in der männerdominierten und -zentrierten Entwicklungspolitik weder als Akteurinnen in den Entwicklungsorganisationen noch als entwicklungspolitische Zielgruppe eine Rolle (Pietilä 2002, 30f.).

Trotz anfänglicher Skepsis seitens der UN-Generalversammlung übertraf IWY alle Erwartungen und führte schließlich zu einer ganzen Dekade mit drei Weltfrauenkonferenzen (1975-1985), die ausschlaggebend für eine enge Vernetzung der internationalen Frauenbewegung mit den entstehenden Frauenförderstrukturen innerhalb der Vereinten Nationen sein sollten. Als eines der wichtigsten Ergebnisse dieses frauenbewegten Jahrzehnts ist die Schaffung jenes Institutes anzusehen, welches seit nunmehr 30 Jahren einen essentiellen Beitrag zu einer geschlechtergerechten Entwicklungspolitik leistet: das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (International Research and Training Institute for the Advancement of Women, INSTRAW).

Gründung und Hauptsitz

Die 1975 in Mexico City abgehaltene „Erste Weltfrauenkonferenz“ empfahl die Schaffung eines Forschungs- und Ausbildungsinstituts, das sich mit Entwicklungsfragen und Frauenförderung beschäftigen und vorrangig Frauen in den am wenigsten entwickelten Ländern helfen sollte. Im darauf folgenden Jahr etablierte der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau, dessen Hauptsitz ursprünglich in Teheran errichtet werden sollte. Aufgrund der politischen Situation im Iran wurde das Forschungsinstitut dann 1983 in die Dominikanische Republik verlegt, wo INSTRAW bis heute ansässig ist. Unterstützt wird INSTRAW in seiner Arbeit von ca. 40 focal points, die an der Schnittstelle einzelner UN-Agenturen eingesetzt werden, um gender-relevante Themen in alle Bereiche der UN-Arbeit zu integrieren und die Arbeit des Forschungsinstituts in Abstimmung mit externen KooperationspartnerInnen wie Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu koordinieren. Zusätzlich garantiert ein Verbindungsbüro mit Sitz in New York die direkte Absprache und Abstimmung mit anderen UN-Frauen- und Gendereinrichtungen (Blätte 2000, 274).

Arbeitsschwerpunkte

Ein wesentliches Element der Arbeit von INSTRAW ist die Bereitstellung von geschlechtsspezifischen Daten und Statistiken. Lange Zeit gab es keine nach Geschlechtern getrennten Erhebungen, so dass in den Bilanzen der Entwicklungsprogramme kein Anlass für die spezielle Integration einer Gender-Perspektive gesehen wurde. INSTRAW begann frühzeitig auf diesen Mangel an Daten hinzuweisen und Schulungen anzubieten, um zunächst innerhalb der UN auf die Auswirkungen geschlechtsspezifischer Diskriminierungen aufmerksam zu machen. Mit Hilfe der daraus gewonnenen Ergebnisse, die „weit mehr als das Zählen von (männlichen und weiblichen) Köpfen“ (Frey 2004, 30) beinhalteten, sollten zukünftige Entwicklungsprojekte gerechter und sozialer gestaltet werden. Auch sollten in den Studien Gender-Analyse-Verfahren eingesetzt werden, um die unterschiedlichen Auswirkungen von Entwicklungsmaßnahmen auf Frauen und Männer identifizieren zu helfen und Instrumente entwickeln zu können, die den benachteiligenden Effekten entgegenwirken sollten.

Im Laufe der Jahre hat INSTRAW darüber hinaus zahlreiche Auftragsforschungen betrieben und umfangreiche Datensammlungen bereitgestellt, die sich unter anderem mit Themen wie Geschlecht, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung beschäftigen. Pionierarbeit hat INSTRAW beispielsweise auch auf dem Gebiet der Dokumentation von entlohnter und nicht-entlohnter Arbeit von Frauen geleistet und gleichzeitig verschiedene Maßnahmen der „Quantifizierung und Monetarisierung von unbezahlter

Frauenarbeit und der Erarbeitung von Ausbildungsmaterialien“ entwickelt (Wörgetter 1999, 169). Ein anderer Schwerpunkt der betriebenen Forschung betrifft den Zugang von Frauen zu Informations- und Kommunikationstechniken. Schließlich ist in den letzten Jahren besonders die Wirkung von Globalisierungsprozessen auf Frauen, die Wahrung und Sicherung der Menschenrechte, die Bedeutung von Frauen für Friedensprozesse, Migration und die Rolle von Männern beim Erreichen der Geschlechtergleichheit von INSTRAW untersucht worden.

Mit seiner Arbeit hat INSTRAW den Dialog zwischen lokalen Forschungsinstituten, nationalen Regierungen und internationalen NROs gefördert und ein Netzwerk an Informationsquellen geschaffen, das für die beständige Verbreitung geschlechtersensibler Datenerhebungen und -aufarbeitung sorgt. Parallel dazu verfügt INSTRAW seit einigen Jahren auch über eine eigene Webseite, die den Zugriff auf die wichtigsten frauenpolitischen Dokumente ermöglicht und darüber hinaus die Diskussionen und Möglichkeiten des weltweiten Informationsaustausches zu bestimmten Gender-Themen in elektronischen Foren vereinfacht.

Um auf die geschlechtsspezifischen Diskriminierungen aufmerksam zu machen, bietet INSTRAW außerdem auch spezielle Trainings- und Fortbildungsangebote an, die in enger Kooperation mit anderen UN-Organisationen, Regierungen, NROs und Frauengruppen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene ausgearbeitet werden. Mit diesen Trainingsmaßnahmen soll bei den entwicklungspolitischen AkteurInnen das Bewusstsein für die weit reichenden Auswirkungen der verschiedenen Geschlechterdimensionen auf Entscheidungen in Politik und Programme geschärft werden. Nicht zuletzt wird mit diesen Maßnahmen der Tatsache Rechnung getragen, dass nicht nur die Zielgruppe von INSTRAWs Entwicklungspolitik, in diesem Falle Frauen, sondern auch die „Entwickler“ ein Geschlecht und damit eigene, in spezifischen Machtkonstellationen entstandene Vorstellungen von gesellschaftlichen Geschlechterordnungen haben.

Herausforderungen

In den letzten 30 Jahren hat INSTRAW umfangreiche Forschungsprogramme zu geschlechtsspezifischen Themen durchgeführt, neue Trends aufgezeigt, fortdauernde Bedürfnisse identifiziert sowie vorhandene Lücken in der entwicklungspolitischen Frauen- und Geschlechterforschung durch mannigfache Studien geschlossen. Mit seiner Arbeit hat das Forschungsinstitut den Grundstein für weiterführende Forschungen ermöglicht und eine gendersensible Formulierung und Gestaltung zahlreicher Entwicklungsprogramme und -projekte erreicht. Ferner hat INSTRAW andere UN-Agenturen, NRO und akademische Gruppen ermutigt, mit der begonnenen Forschung zu Frauen- und Geschlechterfragen und der kritischen Überprüfung von Themen fortzufahren, die vordergründig als „geschlechtsneutral“ deklariert werden.

Trotz aller Erfolge haben sich jedoch in organisatorischer Hinsicht die Bedingungen für INSTRAW während der letzten 30 Jahre nicht wesentlich verbessert. Als autonome UN-Institution, die sich ausschließlich aus freiwilligen Beiträgen von Mitgliedsstaaten, NRO und Privatspenden finanziert, ist INSTRAW – im Gegensatz zu vielen anderen UN-Agenturen – nicht berechtigt, vom regulären UN-Budget unterstützt zu werden. Auch kann es nicht wie andere UN-Forschungseinrichtungen von Stiftungsgeldern getragen werden. Diese Schwierigkeiten in der Finanzierung stellen INSTRAW nicht nur vor wiederkehrende Existenznöte, sondern haben auch das Erreichen des ursprünglich angedachten Umfangs und der damit einhergehenden Bedeutung verhindert (Pietilä 2002, 39). Mit einem Jahresbudget von 800.000 US-Dollar bleibt der Spielraum für ausgiebige Forschungsarbeiten entsprechend begrenzt (Wörgetter 1999, 169). Im Zuge der UN-Reform wurde daher mehrfach überlegt, INSTRAW aufzulösen oder aber mit anderen Fraueneinrichtungen zu verschmelzen (Blätte 2000, 274). Obwohl dieser Vorschlag während der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking nicht mehr aufgegriffen wurde, sind die laufenden und geplanten Programme weiterhin durch gravierende finanzielle Probleme gefährdet.

Information, Kontakt und Spenden: www.un-instraw.org

Literatur

- Blätte, Andreas, 2000: „INSTRAW – Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau“. In: Volger, Helmut (Hg.): Lexikon der Vereinten Nationen. München, 273-274.
- Frey, Regina, 2004: „Entwicklungslinien: Zur Entstehung von Gender Mainstreaming in internationalen Zusammenhängen“. In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, 24-39.
- Pietilä, Hilikka, 2002: Engendering the Global Agenda. The Story of Women and the United Nations. Genf.
- Wörgetter, Aloisia, 1999: „Gender Issues: Frauenförderung in den Vereinten Nationen“. In: Cede, Franz/Sucharipa-Behrmann, Lilly (Hg.): Die Vereinten Nationen. Recht und Praxis. Wien, München, 163-178.

„Wir wollen, dass das bolivianische Volk regiert“

Interview mit Silvia Lazarte, Präsidentin der verfassungsgebenden Versammlung

In Bolivien wurde in Sucre am 6. August 2006 die verfassungsgebende Versammlung eröffnet. Innerhalb eines Jahres werden nun 255 gewählte Mitglieder aus unterschiedlichen Parteien eine neue Verfassung für Bolivien ausarbeiten. Die Mehrheit von 137 Mitgliedern der verfassungsgebenden Versammlung stammt aus der Regierungspartei *Movimiento al Socialismo* (MAS), die am 18. Dezember 2005 mit Evo Morales als Präsidentschaftskandidat gewählt wurde. Die MAS ist entstanden aus einer Vielfalt sozialer Organisationen wie indianischen Ethnien, Frauenorganisationen wie insbesondere der *Organización de mujeres indígenas Bartolina Sisa*, der Bewegung der Koka-Bauern, Nachbarschaftsorganisationen, der Bewegung der Landlosen, Minenarbeitern sowie Bäuerinnen und Bauern. Zum ersten Mal seit der Gründung Boliviens regiert die indianische Bevölkerung Boliviens. Das folgende Interview mit Silvia Lazarte, Präsidentin der verfassungsgebenden Versammlung, beschreibt ihren Weg bis an die Spitze dieser Versammlung, Motive und Ziele für eine neue bolivianische Verfassung sowie zentrale Eckpfeiler der aktuellen Regierungspolitik.

femina politica: Frau Lazarte, die *femina politica* freut sich sehr, mit Ihnen heute ein Gespräch über die aktuelle Situation in Bolivien, insbesondere über die verfassungsgebende Versammlung führen zu können. Wir sind besonders dankbar, weil Sie als Präsidentin der Versammlung wohl die zurzeit am meisten beschäftigte Frau Boliviens sind. Mich würde zunächst interessieren, wie ihr politischer Werdegang war.

Silvia Lazarte: Ich bin in Karasakapinota, im Distrikt Cochabamba geboren und als Kind mit meinen Eltern in den Chapare¹ gezogen. Da mein Vater krank war, bin ich schon als Jugendliche zu den regelmäßigen Treffen der Gewerkschaft unserer Dorfgemeinschaft gegangen. Ich habe also schon sehr jung angefangen, mich politisch zu engagieren und habe bereits sehr früh Verantwortung als Leiterin der Dorfgewerkschaft übernommen. Später wurde ich dann Gewerkschaftsleiterin der tropischen Region in Cochabamba und anschließend zuerst Mitglied und schließlich Präsidentin des Gemeindebezirks Villa Tunari der Region Chapare. Auf einem nationalen Kongress der bäuerlichen und indigenen Frauenbewegung „Bartolina Sisa“ wurde ich zu einem Mitglied des nationalen Führungskomitees gewählt. Ich habe dann in den neun verschiedenen Distrikten die verschiedenen dort aktiven Frauengruppen koordiniert, so dass wir jetzt in allen Departamenten mit unterschiedlichen Frauengruppen zusammenarbeiten.

Als mein Grundstück von zwei Flüssen überschwemmt wurde, bin ich nach Santa Cruz gegangen, um Land zu suchen. Glücklicherweise hat mein Vater mir ein kleines Stück Land gekauft. Dort habe ich eine eigene Familie gegründet und weit weg von

meiner Familie gelebt. Da meine Kinder sehr klein waren, habe ich zu dieser Zeit weniger in der Gewerkschaft gearbeitet. Mein Mann ist in dieser Zeit für mich zu den Versammlungen gegangen. Ich war ja immer noch Leiterin der Gewerkschaft im Chapare und so bin ich zwischen dem Chapare und Santa Cruz hin- und hergependelt. Während meiner politischen Arbeit als nationale Leiterin der Frauenorganisation und Gewerkschaftsleiterin im Chapare hatte ich fünf Rechtsverfahren mit dem Innenministerium. In dieser Zeit wurde ich immer wieder geschlagen und gefoltert. Auch meine Schwestern und Brüder aus den anderen sozialen Bewegungen, wie beispielsweise Evo Morales, der jetzt Präsident Boliviens ist, wurden mit mir zusammen gefoltert. Ich wurde ungerechterweise im Gefängnis eingesperrt und wurde erst entlassen, als meine politischen Schwestern und Brüder sich Geld liehen, um eine Kaution für mich abzuleisten. Ich stand anschließend unter Hausarrest und durfte mich nur zwischen meinem Dorf Villa Tunari und der Departementshauptstadt Cochabamba bewegen und musste zweimal wöchentlich Unterschrift leisten. In dieser Zeit durfte ich an keinen politischen Versammlungen, geschweige denn Blockaden oder Demonstrationen, teilnehmen. Auf diese Weise wurde ich in ganz Bolivien bekannt.

fp: Wie kam ihre Kandidatur für die verfassungsgebende Versammlung zustande?

Lazarte: Ich war zunächst Gewerkschaftsleiterin meines Dorfes in Santa Cruz. Wir haben damals um rechtsfähige Besitztitel für unser Land gekämpft. Unser Dorf bekam keine Besitztitel und so haben wir unseren Kampf auf das ganze Departement ausgeweitet. Ich habe einen Gewerkschaftskongress, auf dem Frauen und Männer zusammen gearbeitet haben, in Santa Cruz² geleitet. Während dieses Kongresses entstand die Idee, dass ich für die verfassungsgebende Versammlung kandidieren könnte.

Es ist so, dass immer zwei KandidatInnen antreten, eine Frau und ein Mann. Die als Nummer eins gesetzte Person wird auch Mitglied der Versammlung, wenn die dahinter stehende Partei nicht die Mehrheit erreicht. Bei den KandidatInnen der Partei mit den meisten Stimmen werden beide Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung. Ich bin zusammen mit dem Juristen Carlos Romero angetreten, der die Stadt vertrat, während ich für die ländliche Region kandidiert habe. Dank des Bewusstseins der Leute vom Land und aus der Stadt und dank der Hilfe und des Vertrauens, die ich für meine Arbeit bekommen habe, für das Leid, das ich am eigenen Leib erfahren habe, dafür, dass ich für den Wechsel mit MAS als einem politischen Instrument für den Wandel eintrat und dafür, dass ich die Gewerkschaft zusammen mit Frauen und Männern organisiert habe, habe ich das Vertrauen der Leute aus Santa Cruz gewonnen und wurde ebenfalls als Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung gewählt.

fp: Nun, wie wurden Sie aber Präsidentin dieser Versammlung?

Lazarte: Die weiblichen Mitglieder dieser Versammlung forderten natürlich eine Frau als Präsidentin und sahen es als großen Erfolg an, dass ich kandidierte. Wir haben nicht damit gerechnet, dass ich auch tatsächlich gewählt würde. Wissen Sie, es gibt

seit 180 Jahren die bolivianische Verfassung und sie wurde in dieser Zeit 18 Mal novelliert. Doch wir *indígenas* haben nie auch nur an einer der vorangegangenen verfassungsgebenden Versammlungen teilgenommen. Weder die indigene Bevölkerung noch Frauen durften vorher jemals mitbestimmen. Deshalb haben unsere Vorgängerinnen gekämpft. Zum Beispiel Bartolina Sisa, die zusammen mit ihrem Mann gekämpft hat, Micaela Bastida, die Frauen der Coronilla³, Juana Azurduy de Padilla; in verschiedenen Distrikten haben Frauen zusammen mit ihren Männern für die Unabhängigkeit Boliviens und für soziale Gerechtigkeit gekämpft. Es haben immer nur ein paar Individuen über das Schicksal Boliviens bestimmt, es waren nur Männer, die die bolivianische Verfassung novelliert haben. Deshalb haben nun endlich auch die Männer realisiert, wie wichtig es ist, dass eine indigene Frau an die Spitze der Versammlung kommt und meine Kandidatur unterstützt. Sie haben entschieden, dass ich es sein soll, weil ich so viel gelitten habe, weil ich mich so stark engagiert habe und weil sie mich kennen. So bin ich gewählt worden.

fp: Wie kam es zu dieser verfassungsgebenden Versammlung?

Lazarte: Viele soziale Organisationen haben Gerechtigkeit gefordert und wollten das Land verändern. So haben viele Frauen und Männer angefangen, über die Situation nachzudenken, sich über die politischen Verhältnisse bewusst zu werden. Daraus entwickelte sich die Forderung nach einem grundlegenden und offenen Wandel. Wir wollten, dass eine verfassungsgebende Versammlung eingerichtet wird. Doch weder Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada, der im Oktober 2003 in die Vereinigten Staaten von Amerika floh, noch sein Nachfolger, der vormalige Vizepräsident Carlos Mesa, haben diese Versammlung eingerichtet. Ebenso wenig dessen Nachfolger Präsident Eduardo Rodríguez Veltzé. Doch das Volk, Frauen und Männer, haben Tag und Nacht gefordert, dass die verfassungsgebende Versammlung endlich eingesetzt werde. Erst als Evo Morales am 18. Dezember 2005 zum Präsidenten gewählt wurde, hat er das Gesetz zur Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung verabschieden lassen. Damit hat Bruder Evo sein Versprechen, für das er vom Volk gewählt wurde, erfüllt. Es war allerdings immer noch ein hartes Stück Arbeit, zusammen mit den Abgeordneten, SenatorInnen und MinisterInnen der MAS dieses Gesetz gegen die Rechte durchzusetzen, die es auf keinen Fall wollte. Aufgrund des Bewusstseins und dieses unermüdlichen Beharrens seitens der MAS haben wir jetzt endlich eine verfassungsgebende Versammlung.

fp: Sie haben uns den schwierigen Weg hin zu dieser verfassungsgebenden Versammlung geschildert. Was sind die inhaltlichen Anliegen für eine neue bolivianische Verfassung?

Lazarte: Bolivien möchte eine neue Verfassung, weil wir jetzt zwar mit MAS und Evo Morales an der Spitze regieren, aber nicht so können, wie wir wollen. Wir wollen wie *indígenas* regieren, wir wollen, dass das bolivianische Volk regiert und das erlaubt uns

die bestehende bolivianische Verfassung nicht. Die jetzige Verfassung entspricht den Interessen der Rechten, sie nützt uns armen Leuten, also der Mehrheit der BolivianerInnen nichts. Die jetzige Verfassung ist mehr auf Individuen gerichtet und zwar auf wohlhabende. Deshalb brauchen wir eine neue politische Verfassung, die die 36 bolivianischen Ethnien repräsentiert. Das Volk hat uns als Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung darum gebeten, dass wir eine neue bolivianische Verfassung ausarbeiten, die sich nicht in erster Linie an Individuen richtet, sondern die vielen verschiedenen Ethnien, die gemeinsam in Bolivien leben, berücksichtigt. Die Verfassung, die wir ausarbeiten werden, wird grundlegend anders als die bisherigen Verfassungen, weil wir, die Frauen vom Land und der Stadt, die indigene Bevölkerung, die sozialen Bewegungen zum ersten Mal mitbestimmen und nicht mehr nur noch einige wenige Personen, die uns nie gefragt, sondern hinter verschlossenen Türen entschieden haben.

fp: Wie kann das aussehen, wenn 36 Ethnien gemeinsam eine Verfassung festlegen?

Lazarte: Die indigene Bevölkerung Boliviens spricht viele unterschiedliche Sprachen, Aymara, Quechua, Guaraní sind die am meisten gesprochenen Sprachen. Aber uns wird die spanische Sprache aufgezwungen. Dabei ist Spanisch nicht unsere Sprache. Wir sollen unsere Sprachen vergessen. Deshalb wollen wir, dass unsere Sprachen anerkannt werden und dass wir sie überall, in den Schulen, in den Ämtern etc. sprechen können. Das gleiche gilt für unsere verschiedenen Traditionen, uns zu kleiden. Ich zum Beispiel bin die Tochter einer Cholita, einer indigenen Frau, und trage daher auch den typischen Rock der Cholitas. Niemand kann mich dazu zwingen, mich anders zu kleiden. Das gleiche gilt auch für andere kulturelle Fragen, für die Erziehung und Bildung und für den Gesundheitsbereich. Wir wollen eine Verfassung, die sehr nah an den ländlichen und städtischen sozialen Organisationen ausgerichtet ist. Eine auf Bolivien zugeschnittene Verfassung.

fp: Welche weiteren zentralen politischen Ziele verfolgt die aktuelle Regierung Boliviens?

Lazarte: Ich möchte von zwei Maßnahmen berichten, die die Regierung seit Beginn ihrer Amtszeit realisiert hat. Wir haben reiche Erdölvorkommen und erhalten jetzt wieder 82% der Gewinne aus dem Erdölgeschäft und die Firmen 18%, während es vorher genau umgekehrt war. Wir wollen von unseren reichen Naturvorkommen profitieren und nicht mehr Opfer ihrer Ausbeutung bleiben. Die Regierung hat außerdem ein Gesetz zur Agrarreform verabschiedet, das verhindert, dass sich riesiger Landbesitz in den Händen weniger Personen konzentriert. Ländereien werden verstaatlicht und dann an Menschen ohne (ausreichend) Land verteilt. Unsere neue Verfassung soll diese Politik legitimieren.

fp: Frau Lazarte, die *femina politica* dankt Ihnen für dieses Interview!

Lazarte: Ich grüße die Schwestern und Brüder, die dieses Interview lesen und möchte ihnen sagen, dass ich die enormen Aufgaben, die ich in meiner Funktion als Präsidentin der verfassungsgebenden Versammlung trage, mit voller Verantwortung als indigene Frau erfüllen werde. Ich werde die bolivianischen Frauen nicht im Stich lassen!

Das Interview wurde von Antonia Kupfer am 23. August 2006 in Sucre, Bolivien geführt und aus dem Spanischen übersetzt.

Anmerkungen

- 1 Der Chapare ist bekannt als das Koka-Anbaugebiet Boliviens.
- 2 Santa Cruz ist der reichste Distrikt Boliviens und der mit der zweitgrößten Bevölkerung.
- 3 Einer Region in Bolivien, in der Nähe Cochabambas.

Neues aus Lehre und Forschung

Kurzmitteilungen

Frauenquote in der Wissenschaft in Diskussion

Der scheidende Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Winnacker hat mit der Forderung nach einer Quotenregelung in der Wissenschaft im Frühjahr 2006 eine Debatte um Frauenförderung angestoßen. Für eine Quotenregelung sprachen sich auch sein Nachfolger Holger Kleinen, wie auch die Präsidenten der Leibniz-Gesellschaft Rietschel und der Helmholtz-Gemeinschaft Mlynek aus. Gegen eine Quote äußerten sich die Präsidenten der Frauenhofer-Gesellschaft Bullinger sowie der Max-Planck-Gesellschaft Gruss, der „reine Exzellenzkriterien“ anwenden will. Die Bildungsministerin Annette Schavan kritisierte zwar die weiterführende Benachteiligung von Frauen in Wissenschaft und Forschung, stellte den Universitäten die Wahl der Instrumente jedoch frei. Eine Linksammlung zu dieser Debatte findet sich auf der Homepage des Centre of Excellence Women in Science unter:

www.cews.org/cews/files/314/de/NL45.pdf

Bildungsministerin will 12-Jahres-Regelung lockern

Wie die Wochenzeitung *Die Zeit* berichtet, will die Bundesbildungsministerin Schavan die 12-Jahres-Befristung des Hochschulrahmengesetzes lockern. In einem Gesetzesentwurf soll eine längere Beschäftigung auf Stellen, die durch Drittmittel finanziert werden, ermöglicht werden. Damit will die Ministerin Rechtssicherheit

gegenüber der aktuellen Regelung schaffen, die für WissenschaftlerInnen eine Begrenzung befristeter Beschäftigungen in der Wissenschaft von insgesamt zwölf Jahren vorsieht. Demgegenüber soll eine Drittmittelfinanzierung von Stellen explizit als „Befristungstatbestand“ etabliert werden. Der Artikel kann im Internet eingesehen werden unter:

www.academics.de/portal/action/magazine?nav=11036

She-Figures 2006 für die EU erschienen

In einem aktuellen Bericht der Generaldirektion Forschung der EU-Kommission „She Figures 2006. Women and Science – Statistics and Indicators“ werden Frauenanteile in Wissenschaft und Forschung für alle Länder der EU, die Beitrittskandidaten sowie die USA differenziert nach Fächern, Qualifikationsstufen und unterschiedliche Forschungssegmente vergleichend dargelegt. Das Dokument kann im Internet abgerufen werden unter:

http://ec.europa.eu/research/science-society/pdf/she_figures_2006_en.pdf

Frauenanteil bei Habilitationen in Deutschland liegt konstant bei 23%

Bei einer insgesamt rückläufigen Zahl der abgeschlossenen Habilitationen im Jahr 2005 blieb der Frauenanteil mit 23% wie im Vorjahr konstant. Der Rückgang der Habilitationen um 12% gegenüber dem

Vorjahr wird auf die Verbreitung der Juniorprofessur zurückgeführt. Der Frauenanteil bei Habilitationen war in den Kulturwissenschaften mit knapp 36% am höchsten, den niedrigsten Anteil hatte mit 18% erstmals die Fächergruppe Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften. Weitere Informationen unter:

www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p2300072.htm

Studie zur Besetzung und Forschungsaktivität von Juniorprofessuren

Die DFG hat in einer Studie die Besetzung sowie die Antragsaktivität von JuniorprofessorInnen in den verschiedenen Disziplinen untersucht. Insgesamt zeigt sich bei den Juniorprofessuren mit 28% ein höherer Frauenanteil als bei regulären Professuren und auch bei den Habilitationen (s.o.). Bei der Einwerbung von Forschungsgeldern zeigten Frauen zwar in allen Fächern eine etwas niedrigere Antragsaktivität als Männer, bei den Bewilligungsraten wurden aber keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede festgestellt. Allerdings existieren sowohl bei der Stellenbesetzung wie bei der Forschungsaktivität große Unterschiede zwischen den Disziplinen. Die Studie ist erhältlich unter:

http://www.dfg.de/dfg_im_profil/zahlen_und_fakten/statistisches_berichtswesen/ib/

Neue Studien zur Kinderlosigkeit von Akademikerinnen insgesamt und NachwuchswissenschaftlerInnen

In einer neueren Untersuchung mit dem Sozio-ökonomischen Panel hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgefunden, dass die öffentlich diskutierte Zahl von über 40% Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen nicht stimmt. Aufgrund ihrer Berechnungen liegt deren Kinderlosigkeit insgesamt unter 30%. Den höchsten Anteil wiesen mit 35% Universitätsabsolventinnen mit westdeutschem Lebenslauf aus. Im Vergleich dazu liege die allgemeine Kinderlosigkeit von Frauen in Deutschland etwas über 20%.

Besonders extrem zeigt sich die Kinderlosigkeit bei NachwuchswissenschaftlerInnen, wie eine Studie des hochschuldidaktischen Zentrums der Universität Dortmund herausstellt. Sie untersuchten in einer Vollerhebung die wissenschaftlichen Beschäftigten mit Besoldungsgruppen BAT IIa/IIb und C1 an Universitäten in Nordrhein-Westfalen zwischen 1994 und 2004. Insgesamt sind etwa drei Viertel des Mittelbaus kinderlos, 2004 traf dies auf 78% der Frauen und rund 71% der Männer zu. Die hohe Kinderlosigkeit deutet nach Angaben der Studie auf eine strukturelle Unvereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Kindern hin. Die Kurzberichte zu diesen beiden Studien im Internet unter:

www.diw.de/programme/jsp/presse.jsp?PCODE=489&LANGUAGE=deStudie

www.hdz.uni-dortmund.de/fileadmin/JUWEL/Pressebericht_juwel.pdf

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen – Was lange währt, wird endlich gut?

Petra Ahrens, Sandra Lewalter

Im Laufe des Jahres 2007 soll ein Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIG) seine Arbeit aufnehmen. Viele Gründe sprechen für die Errichtung: Gleichstellung von Frauen und von Männern ist ein Grundrecht und ein rechtlich fest verankerter Politikbereich in der Europäischen Union (EU). Dennoch zeigen die Jahresberichte zur Gleichstellung von Frauen und Männern, dass trotz einiger Fortschritte die Gleichstellung in der EU nicht realisiert ist, und unterschiedliche Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten eine Harmonisierung und Weiterentwicklung der Gleichstellung erschweren. Das erfordert – laut Europäischer Kommission – ein Exzellenzzentrum für Gleichstellungsfragen auf europäischer Ebene mit dem Ziel, „die Gemeinschaftsinstitutionen, insbesondere die Kommission, und die Behörden der Mitgliedsstaaten in der Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Sensibilisierung der EU-Bürgerinnen und -Bürger für Gleichstellungsfragen zu unterstützen“ (Europäische Kommission 2005, 12). Damit ist ein anspruchsvoller Katalog formuliert, zu dessen Erfüllung auch die Aufgaben des EIG und seine Organisationsstruktur entsprechend gestaltet sein müssen.

Der aktuelle Vorschlag zum EIG: Aufgaben, Ausstattung, Administration

Der aktuelle, geänderte Vorschlag der Kommission für das EIG liegt seit dem 8. Mai 2006 vor (Europäische Kommission 2006). Dem ging ein langwieriger Abstimmungsprozess voraus: Von der ersten Idee im Jahr der Pekinger Weltfrauenkonferenz 1995, dem Aufruf des Europäischen Rates im Dezember 2000 zur Errichtung eines „Europäischen Gender-Instituts“ und einer Durchführbarkeitsstudie, die 2001 von der Kommission in Auftrag gegeben wurde. Deren Ergebnisse zeigten, dass die Mehrheit der Befragten ein EIG für notwendig erachteten und als zentrale Aufgaben die Koordinierung, Zentralisierung und Verbreitung von Informationen sowie die Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen und Unterstützung von Gender Mainstreaming formulierten (Europäische Kommission 2002). Im Juni 2004 sprach sich der Europäische Rat für die Errichtung eines solchen Instituts aus und forderte die Kommission auf, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen, was am 8. März 2005 geschah. Das Europäische Parlament (EP), das gemeinsam mit dem Rat über die Verordnung entscheidet, hat seinerseits Änderungen vorgeschlagen, die in wichtigen Punkten von der Kommission aufgenommen wurden. Das EIG soll nach der Fassung des geänderten Verordnungsvorschla-

ges folgende, zentrale Aufgaben erfüllen (Europäische Kommission 2006):

- Es soll objektive, zuverlässige und vergleichbare Informationen zur Geschlechtergleichstellung zusammentragen, erfassen, analysieren und bewerten; inklusive der Forschungsergebnisse, die dem Institut von den Mitgliedsstaaten, Gemeinschaftsinstitutionen, Forschungszentren, nationalen Gleichstellungsstellen, Nichtregierungsorganisationen, Drittländern und internationalen Organisationen übermittelt werden. Darüber hinaus sollen Forschungslücken identifiziert und Initiativen zu deren Schließung vorgeschlagen werden.
- In Zusammenarbeit mit EUROSTAT und einschlägigen Einrichtungen sollen Methoden entwickelt werden, die die Vergleichbarkeit, Objektivität und Zuverlässigkeit von Daten auf europäischer Ebene verbessern und Kriterien zur Optimierung der Datenkonsistenz entwickelt werden, um bei der Erhebung geschlechtspezifische Aspekte zu berücksichtigen.
- Es soll ein Instrumentarium zur Entwicklung, Analyse, Bewertung und Verbreitung von Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen der Gemeinschaft erarbeiten, seine Implementierung in allen Institutionen und Gremien der Gemeinschaft sowie entsprechende nationalen Maßnahmen unterstützen.
- Es soll ein europäisches Gleichstellungsnetzwerk von relevanten Forschungszentren, Einrichtungen und Organisationen und Sachverständigen einrichten und koordinieren, um Forschungen zu unterstützen und anzuregen, die Nutzung verfügbarer Ressourcen zu op-

timieren und den Austausch und die Verbreitung von Informationen zu fördern.

Weitere Aufgaben bestehen in der Erstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichts sowie dem Aufbau eines öffentlich zugänglichen Dokumentationszentrums. Ausgestattet wird das EIG für eine erste Laufzeit von 2007 bis 2013 mit einem Gesamtetat von 52,5 Millionen Euro über die Gemeinschaftsinitiative PROGRESS. Administrativ besteht das EIG neben den Beschäftigten aus Direktion, einem Verwaltungsrat und einem Beirat. Die Direktorin/der Direktor ist für alle inhaltlichen und administrativen Aufgaben und das Personal verantwortlich. Alle für die Tätigkeit des EIG erforderlichen Beschlüsse werden vom Verwaltungsrat gefasst, so auch das Jahresprogramm des EIG. Der Beirat soll den mitgliedersstaatsübergreifenden Wissens- und Informationsaustausch gewährleisten.

Erwartungen und Befürchtungen

Die Einrichtung des EIG wird von den verschiedenen europäischen Institutionen begrüßt, aber es existieren jeweils unterschiedliche Erwartungen und Befürchtungen. Die Kommission sieht sich durch das EIG in der Lage, sich stärker auf ihre Kernaufgaben – der Politikentwicklung und Überwachung des Gemeinschaftsrechts – zu konzentrieren. Hingegen befürchten das EP, NGOs und der Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), dass das EIG zu einem „Alibi-Institut“ werden könnte, wenn die Kommission versucht, ihre Arbeit an das EIG auszulagern. Das würde letztlich zur Marginalisierung von Gleichstellungsfragen führen.

Die Chancen und Risiken eines EIG zeigen sich hauptsächlich an drei Punkten: dem Aufgabenprofil (1), seiner Unabhängigkeit (2) sowie der Zusammensetzung des Verwaltungsrates (3). Alle drei Punkte sind miteinander verknüpft und ihre Ausgestaltung wird maßgeblich für eine erfolgreiche Arbeit des EIG sein:

(1) Aufgabenprofil

In einem Punkt sind sich alle Beteiligten einig: europäische Gleichstellungspolitik bedarf vergleichbarer und zuverlässiger Daten und Informationen zur Gleichstellungssituation in der EU und den Mitgliedstaaten. Die Kommission selbst schlug vor, den Fokus der Tätigkeit des EIG auf das Sammeln und Erfassen von Daten, sowie die Entwicklung eines einheitlichen Systems zur Datensammlung und -analyse zu legen. Das EP hingegen betont, dass es nicht an Daten und Wissen über geschlechtsspezifische Diskriminierung mangle. Die Herausforderung liege vielmehr darin, diese zu analysieren und damit die Relevanz von Gender für die Politikgestaltung und -umsetzung zu verdeutlichen und zu operationalisieren (Europäisches Parlament 2006, 32). Diese Einschätzung des EPs kann nur unterstützt werden. Wenn das EIG auf eine bloße Sammelstelle für Daten reduziert wird, kann es seine Funktion – innovative Impulse für Gleichstellung zu geben – nicht erfüllen. Wichtig ist hierbei auch, dass die Zusammenarbeit mit Statistikinstitutionen wie z.B. EUROSTAT nun festgeschrieben ist. Im Sinne von GM muss es die Aufgabe von bestehenden zentralen Akteuren wie EUROSTAT sein, die Datenerhebung gendergerecht zu gestalten. Das EIG sollte diese Akteure dabei unterstüt-

zen, die genderbezogene Datenerhebung zu standardisieren, statt deren Aufgaben zu übernehmen. Die Zukunft wird zeigen, wie kooperativ sich diese Institutionen verhalten, die ihrerseits keine Verpflichtung zur Zusammenarbeit haben.

Unstrittig ist bei den Aufgaben auch, dass sich das EIG mit Gender Mainstreaming – als *der* gleichstellungspolitischen Strategie der EU – befassen wird. Dabei ist die entscheidende Frage wie in der EU die Wirkung von GM für Gleichstellung in Zukunft gemessen wird. Eine vom EIG erarbeitete Indikatorik, die europaweit kompatibel ist, wäre für die Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming von zentraler Bedeutung.

(2) Unabhängigkeit

Der Grad der Unabhängigkeit des EIG ist umstritten: Für das EP, die EWSA und die European Women's Lobby soll das EIG *neue* Impulse für Aktivitäten und Maßnahmen in der EU gewährleisten. Der Rat und die Kommission zielen hingegen lediglich auf Unterstützung bei *bestehenden* Programmen und beschränken hierbei Unabhängigkeit auf die eigenständige tägliche Arbeit. Die Frage ist, ob das EIG seiner Innovationsfunktion nachkommen kann, wenn es auf eine eher technische Unterstützung zugeschnitten ist und nicht unabhängig von den bisherigen politischen Prioritäten neue Wege der Gleichstellungspolitik denken und bereiten kann.

(3) Verwaltungsrat

Welche konkreten Aufgaben das EIG wann und wie bearbeiten wird, hängt wesentlich von dessen Arbeitsprogramm ab, das der Verwaltungsrat absegnen. Klar ist, wer

die Mehrheit im Verwaltungsrat hat, beeinflusst in hohem Maße die bearbeiteten Themen des EIG und damit letztendlich auch die Gleichstellungspolitik der EU. Es verwundert daher nicht, dass momentan hier der strittigste Punkt liegt. Einigkeit besteht nur über eine möglichst paritätische Besetzung (mindestens 40% Männer bzw. Frauen) mit Personen, die über Fachwissen im Bereich Geschlechtergleichstellung verfügen und der Repräsentation von Rat, Kommission und Zivilgesellschaft (ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen, NGO) entsprechen. Die Mitgliedsländer beharren noch auf jeweils einem eigenen Sitz, während EP und Kommission einen Verwaltungsrat mit Rotationsprinzip favorisieren, in dem nur neun Länder, eine Kommissionsvertretung (mit Vetofunktion in bestimmten Bereichen) und drei Vertretungen für die Zivilgesellschaft (ohne Stimmrecht) beteiligt sind. Die bisherige Erfahrung mit solchen Gremien in der EU zeigt, dass Einigkeit bezüglich eines erfolgversprechenden Arbeitsprogramms eher bei einer geringen Anzahl von Mitgliedern zu erreichen sein wird. Ein Gremium mit über 30 Personen aus 25 Ländern wäre nicht zielführend.

Fazit

Die baldige Einigung zum Verwaltungsrat und zum Sitz des EIG vorausgesetzt, wird es zum ersten Mal ein öffentlich zugängliches Forum für europaweite Information zum Thema Gleichstellung geben – und das ist eine gute Nachricht. Und auch wenn kaum eine andere Agentur der EU mit so wenig finanziellen Mitteln auskommen muss wie das EIG, liegt in diesem Institut eine Chance, die alle positiv begleiten und nutzen sollten, um Gleichstellung voranzubringen.

Literatur

- Europäische Kommission, 2005: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen. KOM(2005)0081. Brüssel.
- Europäische Kommission, 2006: Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen, Brüssel.
- Europäisches Parlament, 2006: Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen. KOM(2005)0081. A6-0043/2006 endgültig. Brüssel.

Die *European Platform of Women Scientists*: Interessenvermittlung für Wissenschaftlerinnen

Irina Michalowicz

Interessenvertretung wird von Politologinnen gewöhnlich als Untersuchungsobjekt angesehen – aber es kann auch als wirkungsvolles Instrument zur Verbesserung der eigenen beruflichen Rahmenbedingungen genutzt werden. Ein solches Instrument ist mit der *European Platform of Women Scientists (EPWS)* nun auf europäischer Ebene ins Leben gerufen worden.

Grund für die Einrichtung der Plattform ist die unveränderte Unterrepräsentation von Frauen in der Wissenschaft. Den *She Figures 2006* (European Commission 2006) zufolge werden volle Professuren und vergleichbare Positionen in den EU-Mitgliedstaaten nach wie vor lediglich zu durchschnittlich 15% von Frauen besetzt, obwohl die Zahl von Hochschulabsolventinnen mittlerweile auf mehr als 50% angestiegen ist und noch rund 29% Frauen im Mittelbau tätig sind. Insbesondere im Rahmen der Exzellenzdebatte um die Lissabon-Strategie der EU-Mitgliedstaaten ist die Verbesserung der Situation von Wissenschaftlerinnen und ihre gleichberechtigte Stellung in der Wissenschaft zu einer Priorität der Europäischen Kommission erhoben worden.

Die Vorgeschichte der Plattform reicht bis 1999 zurück. In ihrer Mitteilung „Women and Science: Mobilizing Women to Enrich European Research“ wies die Europäische Kommission Wissenschaftlerinnen-Netzwerken eine Schlüsselrolle für die bessere Integration der Gender-Dimension in der Forschungspolitik zu. Daraufhin wurden

Gelder zur Identifizierung bereits bestehender Netzwerke zur Verfügung gestellt. 2003 wurde diese Liste als sogenannter „Network Guide“ mit Kontakten und Profilen der Netzwerke veröffentlicht. Im Juni desselben Jahres brachte eine Konferenz Vertreterinnen von Wissenschaftlerinnennetzwerken und Organisationen zum Zweck der Verbesserung der Gender-Balance in der Forschungspolitik zusammen, deren Deklaration die Basis für künftige Zusammenarbeit bildete. Mit dem Förderinstrument einer „spezifischen Unterstützungsaktion“ unter dem sechsten Rahmenprogramm rief die Europäische Kommission anschließend eine Auftragsvergabe zur Errichtung einer europäischen Wissenschaftlerinnenplattform auf. Den Zuschlag bekam das Centre of Excellence Women and Science (CEWS) in Bonn, das mit der Unterstützung eines aus hochrangigen Wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen und Nationalitäten bestehenden Gründerinnenforums die Plattform ins Leben rief. Seit April 2006 ist das Sekretariat in Brüssel mit fünf Mitarbeiterinnen unter Leitung von Generalsekretärin Dr. Maren Jochimsen besetzt. Für alle technischen Aspekte des Projektes, inklusive der Entwicklung der Webseite und einer elektronischen Plattform als Basis der Kommunikation zwischen Mitgliedern, arbeitet das CEWS mit der Arbeitsgruppe Digitale Medien in der Bildung der Universität Bremen zusammen.

Aufbau und Aktivitäten der Plattform

Was tut die Plattform? Als Dachorganisation ist es ihre Aufgabe, die Sorgen, Interessen, Bedürfnisse und Vorschläge von Wissenschaftlerinnen auf allen Ebenen ihrer Karrieren und Karriereverläufe zu vertreten. Von ihrer Struktur her basiert die Plattform auf drei Pfeilern: einem Sekretariat als operativer Einheit, einer Generalversammlung der Mitglieder und einer elektronischen Kommunikationsplattform. Sekretariat und Vorstandsmitglieder sind Wissenschaftlerinnen verschiedener Länder, Disziplinen und Ebenen. Die Tätigkeiten sind auf drei Aspekte verteilt:

- Netzwerkbildung
- Forschungspolitik
- Public Relations und Öffentlichkeitsarbeit inklusive der elektronischen Plattform

Im Brüsseler Sekretariat ist für jeden dieser Bereiche eine Referentin unter Leitung der Generalsekretärin zuständig. Die Aktivitäten jedes Bereiches werden mit zugeordneten Mitgliederausschüssen koordiniert. Diese Ausschüsse werden erst ab 2007 nach der ersten Generalversammlung bestehen – bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Rücksprache mit dem aus dem Gründerinnenforum bestehenden Verwaltungsrat und dem Vorstand.

Netzwerkbildung

Das Instrument der Netzwerk-Bildung dient der Etablierung einer demokratischen Basis für die Teilnahme der EPWS an der politischen Debatte und der Vernetzung von Wissenschaftlerinnen untereinander.

Das Ziel ist, die EPWS als Brücke und Vermittlungsinstrument zwischen Wissenschaftlerinnen und Forschungspolitikerinnen und -politikern zu etablieren. Die neue Plattform soll der Stimme von Wissenschaftlerinnen in der Forschungsdebatte mehr Gehör verschaffen.

Über die Netzwerkreferentin werden bereits existierende Netzwerke angesprochen und zur Mitgliedschaft eingeladen sowie Beitritte anderer interessierter Netzwerke koordiniert. Obwohl bereits existierende Netzwerke die Hauptzielgruppe der Plattform sind, wendet sich die Organisation auch an individuelle Wissenschaftlerinnen, die Netzwerken beitreten oder sie in ihrem Feld gründen wollen oder Informationen oder Zusammenarbeitsmöglichkeiten über bereits bestehende Netzwerke hinaus suchen. Bis die mitgliederschaftliche Debatte die Willensbildung innerhalb der Organisation bestimmt, erfolgt die Koordination von Positionen in erster Linie mit dem Vorstand der EPWS. Die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats dienen als Multiplikatorinnen und als demokratische Stimme in den EPWS-Aktivitäten.

Um eine auch durch mitgliedstaatliche Netzwerke gedeckte Stimme zu etablieren, erhebt das EPWS-Sekretariat derzeit, welche Länder bereits Netzwerke besitzen – auch um Individuen wie Netzwerke dazu zu ermutigen, sich in der EPWS zu engagieren. Fragebögen werden an Wissenschaftsräte sowie bestehende Netzwerke in Gesamteuropa versandt. Zusätzlich soll die Umfrage auch Informationen zu den Aktivitäten, Interessen und Erwartungen der Netzwerke an die EPWS liefern. Durch die Arbeit mit den Mitgliedernetzwerken sucht die Plattform nah an den Interessen von

Wissenschaftlerinnen zu bleiben; der Erfolg der Plattform hängt auch von den Mitgliedernetzwerken ab. Insgesamt ist das Ziel, eine starke Mitgliedschaft von formalisierten Netzwerken aufzubauen und so einerseits mit den Netzwerken in Kontakt zu treten, andererseits Wissenschaftlerinnen dazu zu ermutigen, neue Netzwerke zu errichten, wenn noch keine formellen Strukturen bestehen.

Der Kontakt zu den Mitgliedern soll dabei nicht ausschließlich virtuell bleiben: Seit der Inauguration der Plattform am 28. März 2006 sind wöchentliche Besuche von Wissenschaftlerinnen ein selbstverständlicher Bestandteil der Plattform in Brüssel geworden. Diese Wissenschaftlerinnen sind generell für EU-Projektverhandlungen oder aus anderen Gründen in Brüssel. Ihre Besuche des EPWS-Büros beinhalten gewöhnlich den Austausch von Informationen zu den spezifischen Bedürfnissen von Wissenschaftlerinnen aus dem jeweiligen Bereich und Land. Das EPWS-Sekretariat nimmt diese Informationen auf, um mehr über die Situation in den Nationalstaaten zu lernen und von dieser Perspektive die europäische Forschungspolitik anzugehen.

Interessenvertretung

Gleichzeitig zielt die Plattform darauf ab, Wissenschaftlerinnen zu ermutigen, sich selbst als betroffene Bürgerinnen zu sehen und sich in forschungspolitischen Debatten einzubringen. Die Plattform leistet dies auf der Grundlage einer detaillierten Beobachtung der forschungspolitischen Entwicklung und indem es Ansatzpunkte für die Einbringung von Gender-Belangen identi-

fiziert. Dies ist die Aufgabe der Forschungsreferentin. Positionen der Plattform werden zu Kernthemen der Forschungspolitik und zum breiteren Kontext von Themen im Interesse von Wissenschaftlerinnen formuliert und mit Kommissions- und Parlamentsmitgliedern diskutiert. Gegenwärtige Themen sind die Ausformulierung des siebten Forschungsrahmenprogramms und der breitere Kontext der Lissabon-Strategie der Europäischen Union; in naher Zukunft kommen die Diskussionen um das European Institute of Technology, um den europäischen Wissenschaftsrat und andere Themen hinzu.

In den Debatten um das siebte Rahmenprogramm setzte die EPWS den Schwerpunkt auf die Identifikation von Themen, an denen Gender Balance und Gender Mainstreaming explizit gemacht werden könnten und sollten. Die Plattform begab sich diesbezüglich in einen Dialog mit Entscheidungsträgern, in diesem Fall vorrangig mit dem Parlamentsausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE).

Mit der Lissabon-Strategie und den Bemühungen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa zu schaffen, beschäftigt sich die EPWS, da in diesem Zusammenhang die zunächst sozialpolitische Forderung zur Gleichstellung von Wissenschaftlerinnen durch ein ökonomisches Argument ergänzt werden kann. Beispielsweise kann argumentiert werden, dass allein die Definition der Begriffe „gleiche Qualifikation“ und „Exzellenz“ die Förderung der Personen beeinflusst, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa führen sollen. Durch eingefahrene Interpretationen wird jedoch kein Raum für innovative

Karrieren gegeben. Solange Regulierung und Investitionen nicht auf einen inklusiven Ansatz aller Forschenden Europas ausgerichtet sind, wird strukturelle Ungleichheit zu einer Verschwendung von Talent verschiedenster Gruppen, unter ihnen Frauen, führen.

Insgesamt können die EPWS-Interessen der im Zusammenhang mit den Zielen der Lissabon-Agenda – eine Verstärkung von Innovation, Forschung und Exzellenz – also eine besonders breite Europapolitische Aufmerksamkeit gewinnen.

Öffentlichkeitsarbeit und die elektronische Plattform

Ein wichtiger Aspekt für die Etablierung der Plattform sind eine effektive Öffentlichkeitsarbeit und der aktive Austausch zwischen den Mitgliedern.

Die Öffentlichkeitsarbeit wird von einer dritten Referentin betreut, die einen Newsletter erstellt und die EPWS in den einschlägigen Brüsseler und nationalen Medien bekannt zu machen sucht. Sie kommuniziert die Arbeit des Sekretariats an die Mitglieder. Aktiver Austausch zwischen Mitgliedern wird in erster Linie über die passwortgeschützte elektronische Plattform stattfinden. Diese Plattform bildet ein Forum, in dem einerseits generelle Debatten zur Arbeit der Plattform geführt werden können, und andererseits die Mitgliedsausschüsse sich zu den einzelnen Arbeitsgebieten austauschen, Positionen koordinieren und Aktivitäten absprechen. Die technischen Voraussetzungen für diese Plattform sind geschaffen, ein aktives Forum wird sie mit dem ersten Netzwerktreffen in Brüssel Ende Oktober 2006.

Aufruf zur Mitarbeit

Die European Platform of Women Scientists kann nur dann ein effektives Instrument für europäische Wissenschaftlerinnen aller Disziplinen werden, wenn Wissenschaftlerinnen zur aktiven Mitarbeit bereit sind. Viele Probleme von Wissenschaftlerinnen sind struktureller Art und können durchaus durch interdisziplinäre wie disziplinar gebundene Netzwerke identifiziert und bearbeitet werden. Gerade Politologinnen, die einerseits Betroffene, andererseits aber auch Gender- oder Politik-Forscherinnen sind, können hier wertvolle Beiträge leisten und werden benötigt, um die EPWS zu einem Erfolg zu machen. Interessierte sind herzlich eingeladen, sich auf der EPWS-Website näher zu informieren und eine Interessensbekundung für die Vollmitgliedschaft von Netzwerken oder die assoziierte Mitgliedschaft von Individuen abzugeben.

Literatur

European Commission, DG Research, 2006: She figures 2006. Women and Science – Statistics and Indicators. Brüssel.

Kontakt

European Platform of Women Scientists
Rue d'Arlon, 38
B-1000 Brüssel
Tel.: +32 (0)2-234 3 50
Fax: +32 (0)2-234 37 59
Email: info@epws.org
Website: www.epws.org